

## V. HAUPTSCHRIFTLITER DER »MÜNCHNER NEUESTEN NACHRICHTEN«

### 1. POLITISCHES ENGAGEMENT IN DER JUNGEN REPUBLIK

#### a) Bürgerrat und DDP

Die Tätigkeit für den Heimatdienst Bayern hatte Gerlich in Kontakt mit führenden Vertretern der bayerischen Wirtschaft gebracht. Seine programmatischen Artikel im ›Feurio‹ und der dahinter stehende klar-krasse Antibolschewismus dürften ihm deren Sympathien gesichert haben. Als sich im Gefolge des räterepublikanischen Experiments die Notwendigkeit ergab, über die Parteigrenzen hinweg das Bürgertum zu aktivieren, wurden in Bayern – wie in ganz Deutschland – Bürgerräte ins Leben gerufen<sup>1</sup>, die in der ersten Phase der Revolution den Zusammenschluß des »ganzen führerlosen Mittelstandes« anstrebten, um dessen Interessen wahren zu können. Der Bürgerrat München konstituierte sich am 13.11.1918<sup>2</sup>. Den Vorsitz hatte der Rechtsanwalt Rudolf Meyer-Absberg, zum Vorstand gehörte neben dem Kommerzienrat Eugen Zentz, einer schillernden Figur<sup>3</sup>, auch Fritz Gerlich, der,

---

<sup>1</sup>Zur Entstehung der Bürgerräte: H.-J. BIEBER, S. 56ff. Bieber hat bezüglich der politischen Positionen Gerlichs eine widersprüchliche Haltung. Zum einen unterstellt er ihm, ein »Vorkämpfer gegen die ›Novemberdemokraten‹ und die Weimarer Republik« (S. 323) gewesen zu sein, was so natürlich nicht stimmt, zum anderen betont er: »Fritz Gerlich, 1919 Vorstandsmitglied des Reichsbürgerrats und einer der Aktivisten des Bürgerrats München, focht als Chefredakteur der Münchener Neuesten Nachrichten schon Anfang der zwanziger Jahre und erst recht in der Endphase der Republik als Katholik so vehement gegen die Nationalsozialisten, daß diese ihn zu ihren größten Gegnern zählten« (S. 396); auch dies ist bezüglich der ersten Aussage so nicht richtig.

<sup>2</sup>MAA Nr. 589 v. 21.11.1918, S. 2.

<sup>3</sup>Der Name Zentz taucht in den Quellen zur bayerischen Geschichte der Jahre 1918-1923 häufig auf. Eugen Zentz, Kaufmann, Geheimer Kommerzienrat, Förderer der Einwohnerwehren, Mitglied einer Freimaurerloge und wahrscheinlich auch der Thule-

im Gegensatz zu Zentz, Gründungsmitglied war<sup>4</sup>. Die Arbeit des Münchner Bürgerrates war von Beginn an gegen die Bolschewisten gerichtet, er rief dazu auf »der Geschlossenheit der Bolschewiki die Geschlossenheit des Bürgertums entgegensetzen«<sup>5</sup> und schreckte dabei vor der Ankündigung eines »Bürgerstreiks«<sup>6</sup> als Kampfmittel nicht zurück. Im Gegensatz zu anderen Ortsgruppen der Bewegung war der Münchener Bürgerrat fest in das rechte politische Lager eingebunden<sup>7</sup>.

Gerlich übernahm die Aufgabe, ein Programm für den Reichsbürgerrat<sup>8</sup> zu entwerfen. Die Notwendigkeit eines solchen Programms sah er mit der Tatsache gegeben, daß das Bürgertum sich zwar mutig gegen die revolutionäre Bewegung

---

Gesellschaft, hatte seine Finger in vielen Aktivitäten der sog. vaterländischen Kreise, ohne freilich über ein politisches Mandat zu verfügen. Vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 80. Zur finanziellen Unterstützung Hitlers durch Zentz spätestens seit 1923: W. MASER, Frühgeschichte, S. 397.

<sup>4</sup>H.-J. BIEBER, S. 418.

<sup>5</sup>Zitiert nach: Ebd., S. 64.

<sup>6</sup>Vgl. den Text eines undatierten (wohl vor der Jahreswende 1918/19 anzusetzenden) Plakates, das zur Schaffung eines Bürgerrates aufruft: »Wenn aber die Bolschewikiherrschaft kommen sollte, so müßt ihr organisiert sein – Ihr müsst dem Streik den Bürgerstreik entgegensetzen«; K.-L. AY (HRSG.), Appelle, Anlage 11.

<sup>7</sup>Die Zusammenhänge zwischen Heimatdienst Bayern, Bürgerrat und Bayerischer Ordnungsblock bei R. KANZLER, S. 69ff. Kanzler erwähnt Gerlich weder im Zusammenhang mit dem Heimatdienst Bayern noch dem Bürgerrat, was wahrscheinlich mit Gerlichs späterer Stellungnahme zu den Einwohnerwehren zusammenhängt; vgl. hierzu H. NUSSER, S. 349.

<sup>8</sup>Eine Kopie des Textes des »Reichsbürger-Programms« befindet sich im Nachlaß Otto Geßler (Bd. 11, fol. 48ff.) im BA Koblenz. Vgl. auch MNN Nr. 12 v. 10./11.1.1920, S. 4. Mitverfasser war der Historiker Prof. Walter Goetz, ein altes Mitglied des Nauemann-Kreises in München. Goetz gehörte zur Führung des Leipziger Bürgerausschusses; vgl. W. GOETZ, S. 55ff.

gestellt und auch deren Gedankengut verworfen hatte, aber bisher über kein eigenständiges, positives Gegenprogramm verfügte<sup>9</sup>. Ein solcher Gegenentwurf sollte nach seinen Vorstellungen an dem zentralen Punkt des ›Wertes der bürgerlichen Arbeit‹ ansetzen<sup>10</sup>. Sein diesbezüglicher Vortrag bildete in gedruckter Form den unbestrittenen ideologischen Kernbestand der gesamten Reichsbürgerbewegung<sup>11</sup>, in deren Vorstand Gerlich im Laufe des Jahres 1919 aufrückte<sup>12</sup>.

Die Arbeit des Bürgerrates verlief im wesentlichen im Verborgenen, einen kurzen Gipfelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit erreichte sie im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch. Der zur Abwehr des Aufstandes ausgerufene Generalstreik weckte in den bürgerlichen Kreisen Erinnerungen an die Rätezeit und schürte die Furcht vor der Rückkehr des ›bolschewistischen Gespenstes‹. Man geht aber sicher mit der Annahme nicht fehl, daß in München auch unabhängig von einer wirklichen oder nur behaupteten Umsturzgefahr von links erhebliche Sympathien für Kapp vorhanden waren<sup>13</sup>. Der Bürgerrat verhandelte eigenmächtig mit dem Streikführern der Arbeitnehmer über eine Verhinderung des Generalstreiks und

---

<sup>9</sup>Vgl. den Bericht über die erste Landestagung des Bayerischen Bürgerblocks in: MNN Nr. 57 v. 9.2.1920.

<sup>10</sup>Gerlichs Vortrag über den »Wert der bürgerlichen Arbeit‹ auf der Landestagung wurde in die Schriftenreihe des Bürgerrates München aufgenommen; vgl. FR. GERLICH, Wert, S. 5ff.

<sup>11</sup>In diesem Sinne R. MEYER-ABSBERG, S. 7: »Ich folge hier den tiefgründigen Ausführungen von Dr. Fritz Gerlich über den Wert der bürgerlichen Arbeit, die ich als den wichtigsten Baustein der Bürgerratsbewegung bezeichnen möchte«.

<sup>12</sup>H.-J. BIEBER, S. 396.

<sup>13</sup>Die nationalen Kreise um Kahr, Pöhner und Escherich nutzten die allgemeine Erregung, um den Oberbefehlshaber der Reichswehr in Bayern, General v. Möhl von der Notwendigkeit einer Übertragung der vollziehenden Gewalt auf ihn zu überzeugen. Die Folge dieses Manövers war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Hoffmann und aller SPD-Mitglieder aus dem Kabinett und die Regierungsübernahme durch Gustav von Kahr. Vgl. SPINDLER IV,1 S. 454ff.

versuchte dabei unter Androhung eines Bürgerstreiks recht plump Arbeitgeberinteressen durchzusetzen<sup>14</sup>. Ein Eingreifen des auf der Durchreise befindlichen Reichsministers für Wiederaufbau und späteren Reichswehrministers Otto Gessler, der die Arbeiter von der Kontraproduktivität eines Streiks überzeugte, störte die Pläne des Bürgerrates daher empfindlich und führte zu wütenden Angriffen auf ihn<sup>15</sup>. Die hohe Zeit des Bürgerrates war nach dieser Episode<sup>16</sup> aber vorbei, er benannte sich später in Bürgerbund um und griff kaum mehr direkt in die bayerische Politik ein<sup>17</sup>.

Mit der vorübergehenden Beruhigung, die das Ende des Räteexperimentes in Bayern mit sich brachte, wurde der Blick auf die Tatsache frei, daß man sich nun

---

<sup>14</sup>Vor allem die Möglichkeit, nach Beendigung des Streiks SPD-Aktivisten entlassen zu dürfen. Vgl. das Protokoll einer Besprechung zwischen Hamm, Zentz, Meyer-Absberg und Gerlich v. 19.3.1920, BA Koblenz, NL Gessler 11, fol. 43ff.

<sup>15</sup>Vgl. die Darstellung Gesslers in seinen Memoiren: »Ich hörte nach meiner Ankunft in München sofort, daß der [...] Generalstreik die Gemüter ordentlich erregte und dort, wo dem ganzen Bürgertum noch der Schrecken der Räterepublik vom Vorjahr in den Gliedern lag, einen wahrscheinlich gar nicht unwillkommenen Anstoß zu einer Gegenaktion bot. Ich habe es für richtig gehalten, diese Gegenaktion nach Möglichkeit zu verhindern, und habe daher meine früheren Beziehungen zu Münchener Gewerkschaftsführern dazu benutzt, um ihnen den dringenden Rat zu geben, den Generalstreik in Bayern nicht durchzuführen. [...] Das hätte eigentlich gerade jene Kreise beruhigen müssen, die hinter dem Generalstreik das Gespenst des Bolschewismus sahen. Aber da sie dieses Gespenst brauchten, um die politische Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen, haben sie mir mein Eingreifen sehr verübelt«; O. GESSLER, S. 125f.

<sup>16</sup>Auch auf Reichsebene war die Bürgerratsbewegung durch ihre unklare Haltung während des Kapp-Putsches ins Zwielicht geraten; vgl. Berliner Tageblatt Nr. 146 v. 30.3.1920.

<sup>17</sup>Gerlich blieb noch längere Zeit Vorstandsmitglied des Bürgerbundes. So hielt er in dieser Eigenschaft am 16. Dezember 1922 auf einer Hauptversammlung einen Vortrag zum Thema »Die Entwicklung des Sozialismus seit der Revolution«; BayHStA V, Sammlung Plakate 9357. Im Jahr 1926 verhinderte er, sehr zum Ärger von Edgar Julius Jung, eine von diesem angeregte, kostspielige Plakataktion des Bürgerrates gegen die Fürstenenteignung; NL Jung A 14.

in den veränderten politischen Verhältnissen einzurichten hatte. Für Gerlich war die neue demokratische Ordnung – im Gegensatz zu manchen seiner politischen Weggefährten aus der Zeit des Weltkrieges – kein grundsätzliches Problem. Hatte er doch vor dem Krieg einer politischen Richtung angehört, die eben diese Demokratie angestrebte. Gerlichs parteipolitische Option war angesichts dieser Vorgeschichte die Deutsche Demokratische Partei (DDP)<sup>18</sup>, an deren bayerischer Gründung, die zunächst unter der Bezeichnung DVP firmierte, er nach eigenem Bekunden beteiligt war<sup>19</sup>. Die Gründungsversammlung der neuen liberalen Partei fand am 16.11.1918 im Augustinerbräu statt und brachte ein klares Bekenntnis zum neuen Staat<sup>20</sup>. Eine wesentliche Rolle scheint Gerlich in der Partei zunächst nicht gespielt zu haben, seine Aktivitäten waren während der Rätezeit durch den Heimatdienst Bayern gebunden<sup>21</sup>. Erst im Laufe des Jahres 1919 konnte er an seine alten Verbindungen im Linksliberalismus anknüpfen. Zu Beginn des Jahres 1920 war seine Stellung dann soweit gefestigt, daß er an eine Kandidatur für die

---

<sup>18</sup>Zur Entstehung der DDP vgl. B. FRYE, S. 45ff.

<sup>19</sup>Illustrierter Sonntag Nr. 33, 9.8.1931, S. 7.

<sup>20</sup>»Die alte Ordnung ist unter den Schlägen der Revolution zusammengebrochen [...] Wir bekennen uns freudig zum neuen freien Volksstaat [...] Jeden Wunsch, das alte wiederherzustellen, lehnen wir deshalb ab« verkündete Ludwig Quidde bei der Gründungsveranstaltung; MNN Nr. 582 v. 18.11.1918; zum Vorgang auch J. REIMANN, S. 186ff.

<sup>21</sup>Eine Ausnahme bildete eine Veranstaltung der DDP am 8. April 1919. Gerlich spricht hier zu seinem Lieblingsthema »Ziele und Gefahren des Bolschewismus«. Das Plakat beginnt: »Männer und Frauen aller Stände! Bolschewismus, dieses magische Wort ist heute in aller Munde, wenige aber wissen, was Bolschewismus wirklich ist und wohin sein Einzug in Deutschland führt. Für den einen ist er ein Begriff für Not und Elend, von Raub und Mord, von Terror und Bürgerkrieg, für den anderen der Träger der Weltrevolution, eine soziale Religion, ein Beglückender der Menschheit. Männer und Frauen, die ihr das wahre Gesicht des Bolschewismus kennen lernen wollt, die ihr Anteil nehmt an der staatlichen und wirtschaftlichen Zukunft des Deutschen Volkes, kommt darum alle in die ...« BayHStA V, Sammlung Plakate 8530.

anstehenden Landtags- und Reichstagswahlen denken konnte. Zunächst aber versuchten seine Parteifreunde ihn als berufsmäßigen Stadtrat in München durchzusetzen, was zunächst auch gelang<sup>22</sup>, sich durch eine Wahlanfechtung dann aber wieder zerschlug<sup>23</sup>.

Am 7. Mai 1920 wurde Gerlich auf dem Landesparteitag der DDP in Nürnberg auf die Listen für die Reichs- und Landtagswahlen gewählt. Die Zeit bis zu den Abstimmungen am 6. Juni waren mit zahlreichen Wahlveranstaltungen angefüllt, bei denen Gerlich sein Programm vorstellte<sup>24</sup>. Die Landtagswahlen verliefen für die DDP jedoch höchst unerfreulich. War man bei den Wahlen 1919 noch auf einen Stimmenanteil von 14% gekommen, so entschieden sich bei Juniwahlen 1920 nur noch 8,2% der Wähler für die bayerische DDP<sup>25</sup>. Es spricht für die Position, die Gerlich sich binnen kurzem innerhalb der Partei erarbeitet hatte, daß er die offiziöse Analyse der Ursachen der Niederlage in einem Leitartikel in den Münchener Neuesten Nachrichten, die zu dieser Zeit eine Art Parteiorgan der

---

<sup>22</sup>Bei einer Sitzung des USPD-dominierten Stadtrates am 24. Februar wurde Gerlich vom Vertreter der Demokraten, Stadtrat Karl Hübsch, als gemeinsamer Kandidat eines spontan gebildeten Bürgerblocks vorgeschlagen und – mit einigen Stimmen der BVP – auch gewählt; MNN Nr. 81 v. 24.2.1920.

<sup>23</sup>Zur Anfechtung der Wahl: MNN Nr. 104 v. 10.3.1920. Der Verwaltungssenat der Regierung von Oberbayern erklärte die Wahl Gerlichs am 12.5.1920 für ungültig; MNN Nr. 193 v. 12./13.5.1920.

<sup>24</sup>Am 18. Mai 1920 spricht Gerlich auf einer Wahlversammlung der DDP im Konzerthaus Wagner zusammen mit Prof. Lent aus Erlangen zum Thema »Demokratie und nationaler Gedanke« BayHStA V, Sammlung Plakate 8445. Die MNN berichteten ausführlich über die Veranstaltung und gaben die Rede Gerlichs teilweise wortgenau wieder; MNN Nr. 201 v. 19.5.1920. Am 5. Juni 1920 findet die Abschlußkundgebung mit Gerlich, Handelsminister Hamm und MdL Dirr zum Thema »Vor der Entscheidung: »Bürgerkrieg oder Aufstieg«« statt; BayHStA V, Sammlung Plakate 8452.

<sup>25</sup>Auch Gerlich konnte sich in seinem Wahlkreis München XI (Ebersberg und München-Ost) nicht gegen die Konkurrenz von BVP, USPD und SPD durchsetzen; MNN Nr. 225 v. 7.6.1920.

DDP war, verfaßte<sup>26</sup>. Gleichzeitig kann der Leitartikel aber auch als Indiz gelten, daß Gerlich bereits enge Kontakte zu den neuen Herausgeber der Zeitung hatte.

b) Naturrecht als Grundlage der politischen Weltanschauung

Die Äußerungen Gerlichs in seiner Eigenschaft als Kandidat der DDP und das von ihm wesentlich mitbestimmte Programm der Reichsbürgerratsbewegung<sup>27</sup> bieten die Gelegenheit, seine politischen Anschauungen zu Beginn seiner Tätigkeit als Chefredakteur der größten Tageszeitung Süddeutschlands einer kurzen Analyse zu unterziehen.

Gerlich entwickelt seine Auffassung vom Gemeinwesen zunächst in negativer Form in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Bolschewismus. Als Ausgangspunkt dient ihm dabei das Vorbild des angelsächsischen Freiheitsbegriffs – eine merkwürdige Haßliebe zur angelsächsischen Tradition war ja bereits die eigentliche Triebfeder seiner anti-englischen Agitation während des Krieges gewesen. Das englische Freiheitsprinzip und die englische Demokratie erscheinen ihm, nachdem die direkte Rivalität entfallen oder zumindest zurückgedrängt ist, als leuchtendes Vorbild jeglicher staatlichen Verfassung<sup>28</sup>. »Grundpfeiler der angelsächsischen Demokratie« ist ihm dabei der Naturrechtsgedanke, den er vom Men-

---

<sup>26</sup>»Lehren der Niederlage« in MNN Nr. 232 v. 10.6.1920. Gerlich führt die Niederlage vor allem auf den »Zweifronten-Wahlkampf« zurück, der der DDP von der radikalen Rechten aufgezwungen worden sei. Tatsächlich hatte Gerlich sich bei seinen Wahlkampfauftritten immer wieder mit dem Vorwurf einer mangelnden nationalen Zuverlässigkeit der Demokraten konfrontiert gesehen; vgl. den Bericht über eine Veranstaltung Gerlichs in Nymphenburg, MNN Nr. 197 v. 17.5.1920.

<sup>27</sup>Das Exemplar des Reichsbürger-Programms im Nachlaß Gessler trägt den handschriftlichen Vermerk: »verfaßt von Götz-Leipzig und Dr. Gerlich«; BA Koblenz, NL Gessler 11, fol. 48. Die MNN sprechen davon, daß Gerlich »an der Ausarbeitung in hervorragender Weise beteiligt war«; Nr. 12 v. 10./11.1.1920.

<sup>28</sup>»Die angelsächsische Demokratie aber ist das Vorbild aller wahren Demokratie. Rousseau und die französische Demokratie sind nur eine schlechte Karikatur ihres Gedankengebäudes«; FR. GERLICH, Despotismus, S. 200.

schenrechtsgedanken nicht unterschieden denkt. Entstanden ist die Vorstellung eines solchen Menschenrecht historisch aus dem Wunsch der englischen Dissenter, in religiösen Dingen von der Obrigkeit unabhängig zu sein: »Damit aber war das oberste Menschenrecht festgelegt. Das Recht des einzelnen, seiner Weltanschauung getreu zu leben, das Recht der eigenen persönlichen Freiheit«<sup>29</sup>. Das in dieser Weise geschichtlich gewordene Freiheitspostulat kann legitimiert werden durch den Rekurs auf die »Auffassung von einem unzerstörbaren Naturrecht [...], das für alles positive Recht normgebend ist«<sup>30</sup> und unabhängig von der »Macht, es zu erzwingen« besteht. Die Begründung eines solchen Naturrechts ist in diesem Zusammenhang höchst diffus, da Gerlich neben einem Evidenzbeweis<sup>31</sup> in einer Zirkelbewegung auch auf religiöse Überzeugungen als Legitimation naturrechtlicher Vorstellungen zurückgreift: »Aus der religiösen Überzeugung quillt der Glaube, daß das Recht in der Natur des Menschen und der menschlichen Gesellschaft gegründet ist und daß das Recht für sich allein bestehe«<sup>32</sup>. Somit wird also der Glaube zur Letztbegründung des Naturrechts, dessen oberster Grundsatz wiederum die Glaubensfreiheit sein soll. Die hier referierten, etwas ungeordneten Gedanken – sie entstammen einem Artikel über den ›aufgeklärten Despotismus des Proletariats‹ im Dezemberheft 1918 der Süddeutschen Monatshefte – werden verständlicher, wenn man sie in ihrem Kontext, der ganz zeitbedingten Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen der gleichzeitig ablaufenden sozialistischen Revolution in Deutschland und in Bayern sieht. Gerlich geht es darum, den

---

<sup>29</sup>Ebd.

<sup>30</sup>Ebd., S. 199.

<sup>31</sup>»Die Auffassung von einem unzerstörbaren Naturrecht aber, das für alles positive Recht normgebend ist, hat zur Folge, daß das von der Macht gegebene Gesetz auch unrecht sein kann. Und zwar immer dann, wenn es den großen Prinzipien des Naturrechts widerstrebt. Der Vorgang ist in der Theorie strittig, vom menschlichen Rechtsgefühl aber allgemein anerkannt« ebd.

<sup>32</sup>Ebd.



anti-liberalen und kulturzerstörenden Aspekt der marxistischen Doktrin bloßzulegen und den Verteidigern dieser Lehre alle Koalitionen mit bürgerlichen Staats- und Verfassungsvorstellungen abzuschneiden. Festzuhalten ist daher zunächst nur die Betonung des demokratischen Gedankens und seiner Begründung mit naturrechtlichen Auffassungen von individueller und kollektiver Freiheit. Dabei entsprechen Gerlichs Überlegungen am ehesten den neuzeitlichen Naturrechtsvorstellungen im Sinne von Hobbes und Locke, ohne freilich auch nur annähernd deren systematischen Tiefgang einzuholen.

Gerlich ist sich durchaus bewußt, daß das Naturrecht auch eine ältere Tradition hat, die er mit dem Begriff der ›Scholastik‹ verbindet. Für seine vordergründige Absicht, der Abwehr des ›marxistischen Chiliasmus‹<sup>33</sup>, ist diese Naturrechtstradition zunächst nur eine weitere argumentative Option. Seine Darstellung ihrer Grundideen konzentriert sich dabei auf die Vorstellung des Staates als einem organischen Gebilde: »Die Scholastik faßte die Menschheit als organische Gemeinschaft auf, in der jeder einen Teil der göttlichen Weltaufgabe zu lösen habe. Sie sah im Leben eine große Arbeitsgemeinschaft, in der jeder Stand notwendig ist zur Lösung der göttlichen Zweckbestimmung der Menschheit«<sup>34</sup>. Seine wiederum lückenhafte Darstellung des klassischen Naturrechts verdient insoweit Beachtung, als er nicht nur die »Geschlossenheit der scholastischen Erkenntnis« positiv anerkennt, sondern auch die Möglichkeit einer befriedigenden Antwort auf die konkreten Fragen der aktuellen Sozialpolitik im Rahmen einer christlichen Sozialethik explizit bejaht<sup>35</sup>. Hier dürfte der Einfluß seines staatsphilosophischen Lehrers, Graf Hertling, zum Ausdruck kommen, ohne daß sein Name in diesem Zusammenhang fällt.

---

<sup>33</sup>FR. GERLICH, Bolschewismus, S. 249.

<sup>34</sup>Ebd., S. 248.

<sup>35</sup>»Von dieser scholastischen Staats- und Soziallehre aus konnten die modernen christlichen Sozialethiker ohne weiteres die gesamten Aufgaben der Sozialpolitik der Gegenwart bewältigen«, Ebd.

Vergleicht man die entsprechenden Passagen in Gerlichs einschlägigen Aufsätzen um die Jahreswende 1918/19, wird seine eigene Option für eine neuzeitlich-naturrechtliche Staatsauffassung nicht ganz verständlich. Den großen Vorteil der christlichen Sozialpolitik und der ihr zugrundeliegenden klassisch-naturrechtlichen Auffassung sieht er in der lückenlosen Intergration auch des Arbeiters in den Ordo des Gemeinwesens: »Es bestand für sie [die christlichen Sozialethiker, M.S.] keine Notwendigkeit, die etwaigen Lücken durch die Lehre von der christlichen Nächstenliebe zu verdecken. Die Arbeiterschaft erhielt ihre Stellung im Leben aus eigenem, aus göttlichem Recht und nicht aus Mitleid oder Nächstenliebe«<sup>36</sup>. Genau hier liegt aber die Schwäche seiner eigenen Konzeption, die vom Freiheitsprinzip ausgeht. Die Zusammenfassung der freien Einzelwesen zu einer Gemeinschaft impliziert ja eben noch keine Sozialordnung im eigentlichen Sinne. Wenn Gerlich postuliert, daß die Gemeinschaft durch »Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe« dafür sorgen könne und müsse, »daß die Menschen unter wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben vermögen, die sie als freie Menschen existieren lassen«<sup>37</sup>, so kann dies systemimmanent höchstens als utilitaristische Koordination der Einzelinteressen begründet werden. Da es Gerlich aber gerade um die konsistente Begründung einer liberal-demokratischen ›Lebensidee‹ ging, die es an Eingängigkeit und Durchschlagskraft mit denjenigen der Sozialdemokratie und des Zentrums aufnehmen können sollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als die systematische Lücke durch einen pathetischen Rekurs auf christliche Grundwerte zu füllen. Als er im Dezember 1919 beim Programmparteitag der DDP in Leipzig als Redner in die Diskussion des Programmentwurfs eingriff, wurde die Defizienz seiner Konzeption überdeutlich. Nachdem er sich polemisch mit den ›Novemberdemokraten‹ und ihrer ›Mehrheitsdiktatur‹ auseinandergesetzt hatte, beklagte er die Negativität des klassischen Liberalismus und schlug als Leitgedanken für die neue Partei vor: »Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst«, da die-

---

<sup>36</sup>Ebd.

<sup>37</sup>FR. GERLICH, Despotismus, S. 201.

ser Grundsatz sowohl die Beschränkung des Individuums als auch die Begrenzung des Mehrheitswillens ausdrücke<sup>38</sup>. Dies brachte ihm die scharfe Ablehnung des Vorsitzenden der Programmkommission ein, der feststellte, Gerlichs Ansatz sei »von unserem politischen Standpunkt aus grundfalsch, da von der Naturrechtsschule geprägt«<sup>39</sup>.

Erfolgreicher konnte Gerlich seine politischen Vorstellungen in der Bürgerratsbewegung einbringen, deren Programm er wesentlich mitgestaltete. »Das Gebäude der menschlichen Kultur in Recht, Staat, Wirtschaft usw. ist das Erzeugnis der menschlichen Geisteskraft. Nach stets gleichen Zielen ihres Willens und Gefühls unter Benützung der stets wechselnden Erfahrung des Verstandes bauen die Menschen sich ein Reich der Kultur in die Natur. Das Gebäude der Kultur ist deshalb in allen menschlichen Grundlagen, wie Nation, Staat, Familie, Eigentum, als Ausfluss der stets gleichen menschlichen Naturanlage und deshalb als unveränderbar anzusehen«<sup>40</sup> – mit diesen Sätzen, die sich – ein Steckpferd Gerlichs – gegen das Entwicklungsdenken richten, beginnt die programmatische Erklärung der Bürgerräte, um nicht weniger erhehend fortzufahren: »Wir bekennen uns zu jener Anschauung vom Sinn und Zweck menschlichen Erdenlebens, die in der Verwirklichung des Guten und Gerechten im Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft das höchste Ziel des Menschen erblickt«. Vollzugsvoraussetzung für die Verwirklichung des Guten ist die Möglichkeit des Individuums »und seiner Lebensfortsetzung, nämlich der Familie« zur Selbsterhaltung. Den äußeren Rahmen für die freie Wahrnehmung der individuellen Selbsterhaltungsrechte bildet das Gemeinwesen<sup>41</sup>, dessen Begrenzung auf Ordnungs- und Sicherungsfunktionen stark be-

---

<sup>38</sup>Vgl. den Bericht über den Parteitag der DDP vom 13.–15.12.1919 bei W. STEPHAN, S. 142ff., hier S. 144.

<sup>39</sup>Ebd., S. 145.

<sup>40</sup>Reichsbürger-Programm I. Teil; BA Koblenz NL Geßler Nr. 11, fol. 48.

<sup>41</sup>»Positive Aufgabe der Gemeinschaft ist die Schaffung von Voraussetzungen, dass der Einzelmensch seine Daseinsaufgabe der Sorge für sich selbst, für seine Familie und die

tont wird. Die Tätigkeit der Allgemeinheit »darf nie die individualistischen Triebkräfte der Erhaltung der Menschheit im Kampfe mit der Natur [...] unterbinden, solange sie im Rahmen des Sittengesetzes bleiben«<sup>42</sup>. Einen gewissen Glanz erhält das Gemeinwesen, das hier zunächst recht blaß als klassischer ›Nachtwächterstaat‹ daherkommt, dadurch, daß es selbst wieder ein Individuum mit »nationaler Eigenart« sein soll. Es hat daher das Recht und die Pflicht, seine nationale Individualität zu entfalten.

Auch der so weit skizzierte programmatische erste Teil des Reichsbürger-Programms ist kein Beispiel für konsistente Gedankenführung. Da ist die »Verwirklichung des guten und gerechten Gemeinschaftslebens« angeblich die »oberste Aufgabe menschlicher Geistesarbeit«, im Resultat kommt dem Gemeinwesen aber nur die Sicherung der freien Entfaltung individueller Lebensinteressen zu. Wird für die Regelung der konkurrierenden Individualinteressen die Notwendigkeit eines sanktionsfähigen Staates anerkannt, soll die freie Entfaltung des Großindividuum ›nationaler Staat‹ seine Grenze einzig am Sittengesetz finden<sup>43</sup> – als hätte der gerade zu Ende gegangene Krieg nicht gezeigt, daß das ›Sittengesetz‹ ein recht schwacher Damm gegen die nach außen gerichteten Interessen der ›Großindividuen‹ ist. Wieder kann ein Blick auf die pragmatischen Hintergründe die offensichtlichen systematischen Unzulänglichkeiten des Programms erklären. Der zweite, aus konkreten Forderungen bestehende Teil des Reichbürger-Programms läßt bereits im ersten Abschnitt keinen Zweifel, worauf das Pathos von der freien Entfaltung der ›nationalen Eigenart‹ hinausläuft: »Vor allem übrigen fordern wir die Wiedergutmachung des uns Deutschen durch den Versailler Frieden zugefüg-

---

Verwirklichung des Guten überhaupt erfüllen kann. Der Allgemeinheit obliegt also die Sorge für die Sicherheit von Person und Eigentum, für die Rechtsordnung, die Sozialordnung, die Sitte, etc.«; ebd., fol. 49.

<sup>42</sup>Ebd., fol. 49f.

<sup>43</sup>»Genau wie für das Kleinindividuum gibt auch für das Großindividuum das Sittengesetz die Richtschnur und Schranken der Auswirkung«; ebd., fol. 50.

ten Unrechts. Wir erklären, dass ohne vorhergehende Verwirklichung dieser unverjähren nationalen Forderung eine friedliche Völkerverständigung auf die Dauer unmöglich ist<sup>44</sup>. Auch die Aufnahme des Wortes ›Eigentum‹ unter die ›wesentlichen Grundlagen der Kultur‹ macht deutlich, daß das Programm auf die Sicherung kapitalistischer Grundforderungen aus ist. Besonders deutlich wird dies in einer Korrektur, die aus dem im Nachlaß Gessler vorhandenen Programmwurf ersichtlich ist. Der Absatz über das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter hatte zunächst gelautet: »Der notwendige Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit kann nach unserer Überzeugung nur erfolgen durch rückhaltlose Anerkennung der Forderungen der Arbeitnehmer auf Gleichstellung und Beteiligung an Gang und Betrag des Unternehmens« – eine Formulierung, in der die nationalsoziale Vergangenheit der beiden Verfasser des Entwurfs klar zum Ausdruck kommt. Die endgültige Fassung des Abschnitts unterschlägt nicht nur das Wort ›rückhaltlos‹, sondern ersetzt auch das Element der Mitbestimmung der Arbeitnehmer<sup>45</sup>.

Will man die politischen Grundsätze Gerlichs im Jahr 1920 zusammenfassen, so steht zunächst seine demokratische Gesinnung außerhalb jeder Diskussion. Daß das Volk die oberste Gewalt im Staate ist und auch die Staatsform bestimmt, ist ein unumstößlicher Grundsatz<sup>46</sup>. Auch der ständige Rekurs auf das Sittengesetz, auf das Gute und die Gerechtigkeit ist sicher kein Lippenbekenntnis, sondern Ausdruck seiner innersten Überzeugung. Gerlich geht in der inhaltlichen Bestimmung des letzten Zieles noch einen weiteren Schritt in die Konkretion: »Das Gute

---

<sup>44</sup>Ebd., fol. 51.

<sup>45</sup>Der Absatz lautet dann recht unverbindlich: »Der notwendige Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit kann nach unserer Überzeugung nur erfolgen durch Anerkennung der Forderungen der Arbeitnehmer auf Gleichstellung mit den Arbeitgebern«; ebd., fol. 53.

<sup>46</sup>»Das Recht der Mehrheit, die Staatsform zu bestimmen, muss unantastbar bleiben«; ebd., fol. 51.

ist für uns positiv umschrieben in den Lehren des Christentums<sup>47</sup>. Als Abschlußstein seines Gedankengebäudes scheint ihm das religiöse Element jedoch nicht zu genügen. Der Staat muß noch eine höhere Aufgabe haben, als nur – wie dies in der pragmatischen Einstellung des klassischen Naturrechts der Fall ist – das sittliche und religiöse Vervollkommnungsstreben seiner Glieder zu garantieren. Über dem Staat rangiert mit der Nation ein weiterer Begriff<sup>48</sup>, der der ganzen Konzeption erst das, nach Gerlich für die Mobilisierung der individuellen Kräfte notwendige, Pathos gibt.

Die tiefe Widersprüchlichkeit aller politischen Aktivität Gerlichs – und als solche verstanden sowohl er als auch seine Arbeitgeber die Tätigkeit als Hauptschriftleiter der Münchner Neuesten Nachrichten – von 1920 bis 1928 lag in der Spannung zwischen Demokratie und Nationalismus, die in seinem Programm zwar aufgelöst erschien, praktisch aber nicht auflösbar war. Sein klares Bekenntnis zur Demokratie als unabdingbarer Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands, seine Appelle für Sittlichkeit und christliche Werte wurden von den nationalen Kreisen bestenfalls mit einem Achselzucken toleriert, solange der ›Underdog‹ aus Stettin seine Arbeit in Sinne ihrer Interessen verrichtete<sup>49</sup>. Für die

---

<sup>47</sup>Ebd., fol. 48.

<sup>48</sup>Diese Rangfolge kommt im Reichsbürger-Programm ganz deutlich zum Ausdruck: »Das Gebäude der Kultur ist deshalb in allen wesentlichen Grundlagen, wie Nation, Staat, Familie [...] als unveränderlich anzusehen«; ebd., fol. 48.

<sup>49</sup>Ein gutes Beispiel für die zynische Instrumentalisierung Gerlichs durch die sog. ›vaterländischen Kreise‹ bietet ein Bericht, den der Herausgeber der Liberalen Landeskorespondenz, Osterkorn, Anfang 1923 an Otto Gessler schickte: »Gestern habe [...] eine Sitzung der führenden Männer der vaterländischen Vereine stattgefunden, zu der auch Herr Dr. Gerlich zugezogen worden sei. Über Hrn. Gerlich, der in seiner heutigen Morgennummer getreu die Stimmung dieser Kreise in der Stellungnahme zur Frage des Ausnahmezustandes wiedergab, äusserte man sich sehr absprechend. Er sei ein eitler Tropf, den man nur zuziehe, um das grosse Blatt in der Hand zu haben. Glücklicherweise habe er es vorgezogen, in der vertraulichen Sitzung nicht das Wort zu ergreifen«; Osterkorn an Gessler, 27.1.1923, BA Koblenz, NL Gessler 11, fol. 60.

ernsthaften Demokraten dagegen handelte es sich um Lippenbekenntnisse, die durch Gerlichs schroffen Nationalismus desavouiert waren. Ein weiteres Problem stellte seine Fixierung auf den Sozialismus als Erzfeind der bürgerlichen Wertewelt dar. Gerlichs Grundpositionen waren in ihrem Kern die einer Mittelposition zwischen den Extremen der Weimarer politischen Landschaft. Daß die Machenschaften seiner finanziell potenten Hintermänner die sittlichen Voraussetzungen des Staates mindestens ebenso untergruben wie auf der anderen Seite die Propagandisten der sozialistischen Revolution, hat Gerlich erst nach seinem Ausscheiden aus den MNN wirklich eingesehen und artikuliert.

## 2. DIE MÜNCHNER NEUESTEN NACHRICHTEN – DAS UMFELD

### a) Der Aufkauf der MNN durch die rheinische Schwerindustrie

Die Geschichte der Münchner Neuesten Nachrichten beginnt im Jahr 1848. Ein gewisser Carl Robert Schurich gründete die ›Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik‹ als eine Art Flugblattchronik der Revolution<sup>50</sup>. Trotz der schnellen Etablierung der Zeitung erhielt sie ein politisches Profil erst nach der Übernahme durch Julius Knorr im Sommer 1862, der sie zusammen mit August Napoleon Vecchioni zum ›führenden liberalen Organ Süddeutschlands‹<sup>51</sup> ausbaute. Ab dem 14. Juni 1887 erschien die Zeitung unter dem neuen Titel »Münchner Neueste Nachrichten«, bei welcher Gelegenheit durch die Einführung eines Morgenblattes auf eine zweimal tägliche Erscheinungsweise umgestellt wurde<sup>52</sup>. Treibende Kraft hinter dem Aufstieg der MNN zum einflußreichsten national-liberalen Blatt

---

<sup>50</sup>K. A. HOLZ, *Münchner Neueste Nachrichten (1848 – 1945)*, S. 191.

<sup>51</sup>K. KOSZYK, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*, S. 153.

<sup>52</sup>Seit dem 30. September 1922 erschien die Zeitung nur noch einmal täglich an sechs Tagen in der Woche.

Süddeutschlands<sup>53</sup> war Dr. Georg Hirth, ein Schwiegersohn Julius Knorrs, der nach dessen Tod zusammen mit seinem Schwager Thomas Knorr die Leitung der Zeitung übernahm und sie bis zu seinem Tod im Jahre 1916 entscheidend prägte.

Der Erste Weltkrieg sah die Zeitung bis Anfang 1918 auf einem gemäßigt nationalen Kurs. So stand man zwar treu zur Monarchie, grenzte sich aber sorgfältig gegen alldeutsche Stimmen ab<sup>54</sup>. Der dann einsetzende Wechsel ins demokratisch-republikanische Lager konnte nicht verhindern, daß die Zeitung während der Rätereublik unter die Leitung des ›provisorischen revolutionären Zentralrates‹ geriet<sup>55</sup>. Erst am 3. Mai erschien sie wieder unter der Leitung Dr. Müllers mit einem klaren liberal-demokratischen Profil, das bis Mitte 1920 beibehalten wurde<sup>56</sup>.

Bereits während des Krieges hatten alldeutsche Kreise um den Verleger Lehmann – wenn auch zunächst ohne Erfolg – Interesse an einer Steigerung ihres Einflusses auf die MNN kundgetan<sup>57</sup>. Im Frühsommer 1920 stellte sich die Situation dann günstiger dar, nachdem eines der Familienmitglieder, Walter Hirth, aus persönlichen Gründen auf einen Verkauf drängte. Neben Lehmann war es vor allem der Direktor der Dresdner Bank, Kommerzienrat Wilhelm Seitz<sup>58</sup>, der die Gele-

---

<sup>53</sup>Das Programm des Blattes wurde von Thomas Knorr und Georg Hirth folgendermaßen definiert: »Die politische Richtung unseres Blattes ist gekennzeichnet durch die Devise: ›Einigung aller ehrlich freisinnigen, wahrhaft nationalen Elemente‹«; vgl. K. A. HOLZ, *Münchner Neueste Nachrichten* (1848 – 1945), S. 196.

<sup>54</sup>Vgl. P. HOSER, *Münchner Tagespresse*, S. 61.

<sup>55</sup>vom 7. April bis 2. Mai 1919 erschien die Zeitung unter dem Titel »Mitteilungen des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte«.

<sup>56</sup>Besonders deutlich wird die Nähe zur DDP im Mai/Juni 1920 vor den Wahlen zum Reichstag und zum bayerischen Landtag, vgl. etwa den Leitartikel Dr. Müllers in den MNN Nr. 178, 3. Mai 1920, S. 1.

<sup>57</sup>Vgl. dazu P. HOSER, *Münchner Tagespresse*, S. 61 f.

<sup>58</sup>Bereits beim Ankauf der München-Augsburger Abendzeitung für den Hugenberg-Konzern hatten Lehmann und Seitz erfolgreich zusammengearbeitet; P. HOSER, Mün-



genheit nutzte und die Finanzierung des Ankaufs sicherte. Wesentliche Anteile (zusammen fast 70%) erwarben der Hugenberg-Konzern, der Gutehoffnungshütte-Konzern und der Bergbauverein. Karl Haniel vertrat im Gesellschafterausschuß nicht nur die Anteile der Gutehoffnungshütte, sondern auch diejenigen des Bergbauvereins, die Hugo Stinnes besorgt hatte.

Unter den Anteilseignern kam es bald zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, vor allem über taktische Fragen. Während Hugenberg eine starke Bindung der Zeitung an die DNVP wünschte, lag Haniel und Cossmann viel an einer demokratischen und süddeutschen »Fassade«<sup>59</sup> der Zeitung. Es müsse jeder »Schein der Subventionierung und der Abhängigkeit von Berlin« vermieden werden<sup>60</sup>. Die Richtigkeit dieser Forderungen sollte sich in der Zukunft erweisen. Während die MNN ihre Stellung als führendes Blatt in München langfristig sichern konnte, sank die Auflage der München-Augsburger Abendzeitung, die vollständig von Hugenberg kontrolliert wurde und auf dessen Kurs einschwenkte, erheblich<sup>61</sup>. Ein offener Streit entzündete sich bald an der Person Otto Gerschels, des Generaldirektors der Vera Verlagsanstalt<sup>62</sup>. Die Zeitung hatte im Rahmen des Verkaufs an das schwerindustrielle Konsortiums einen Vertrag mit der Vera abgeschlossen, den Gerschel offensichtlich zur persönlichen Bereicherung genutzt hatte<sup>63</sup>. Die

---

chener Tagespresse, S. 73.

<sup>59</sup>Haniel an Cossmann v. 6.9.1920; BayHStA V, NL Cossmann 7.

<sup>60</sup>Cossmann an Haniel v. 18.4.1921; BayHStA V, NL Cossmann 2.

<sup>61</sup>P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 1050.

<sup>62</sup>Zur Bedeutung der Vera Verlagsanstalt in Hugenbergs Presseimperium vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 39 und H. HOLZBACH, S. 264ff.

<sup>63</sup>Cossmann an Mann v. 31.12.1920; BayHStA V, NL Cossmann 7. Cossmann an Haniel v. 18.4.1921: »Die Vera ist ein verspäteter Ausdruck der materialistischen Auffassung von Politik [...] Das Metall der Zeitung ist nicht Gold, sondern Geist. Ich sehe nirgends in der Vera einen Geist am Werk, der ausschaut nach Geschwistern. Agenten

Auseinandersetzung eskalierte soweit, daß Cossmann und Seitz jede Zusammenarbeit mit Gerschel verweigerten und den Gesellschaftern keine andere Wahl blieb, als Gerschel zu entfernen<sup>64</sup>.

Der Plan der neuen Anteilseigner, die alte Fassade der MNN aufrecht zu erhalten, gelang weitgehend. Zwar meldeten sowohl die Frankfurter Zeitung<sup>65</sup> als auch die sozialdemokratische Münchner Post bald nach Abschluß der Transaktion die Auslieferung der MNN an das »Großkapital«<sup>66</sup>, doch vermuteten sie zunächst fälschlicherweise Hugo Stinnes als neuen Hintermann der Zeitung. Auch spätere Korrekturen dieser Meldung, die der Wahrheit um einiges näher kamen<sup>67</sup>, gingen offensichtlich unter. So konnte der Miesbacher Anzeiger noch im Juni 1923 einen Artikel ›Kolonie Gutehoffnungshütte‹ bringen, in dem er sich über die weitreichenden wirtschaftlichen Verflechtungen des Oberhausener Unternehmens auch mit der bayerischen Industrie sehr gut informiert zeigt, die Beteiligung an den Münchner Neuesten aber mit keiner Silbe erwähnt<sup>68</sup>.

---

schaufen aus nach Geschäften«; BayHStA V, NL Cossmann 2. In diesem Sinne auch P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 81.

<sup>64</sup>Cossmann an Spahn v. 10.1.1921

<sup>65</sup>Gegen die Ausführungen der Frankfurter Zeitung über die Hintermänner der Zeitung und die Person Gerlichs, der sich, obwohl Mitbegründer der Vaterlandspartei, mittlerweile »demokratisch organisiert« habe, brachten die MNN am 7.9.1920 einen Artikel ›Frankfurter Zeitung und Münchner Neueste Nachrichten‹, in dem die lange liberaldemokratische Parteikarriere des Hauptschriftleiters dargestellt und auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Zeitung mit der bayerischen DDP hingewiesen wurde.

<sup>66</sup>Münchner Post Nr. 126 v. 3.6.1920, S. 1.

<sup>67</sup>In der Ausgabe Nr. 185 v. 14.6.1920 enthüllte die Münchener Post die Beteiligung der Vera an der MNN.

<sup>68</sup>Miesbacher Anzeiger Nr. 146 v. 27.6.1923.

b) Personen und Kompetenzen

Die Struktur der Zeitung war nach dem Besitzwechsel durch die Schlüsselstellung Paul Nikolaus Cossmanns geprägt. Die kaufmännische Leitung verblieb formell und auch praktisch in mancherlei Hinsicht auf Seiten des Verlages, also der Knorr & Hirth GmbH. Diese wurde durch ein dreiköpfiges Direktorium repräsentiert, welches in den ersten Jahren aus August Helfreich, Dr. Friedrich Trefz und Wilhelm Leupold bestand<sup>69</sup>, die ausnahmslos seit Jahren für Knorr & Hirth tätig waren. Die Interessen der neuen Besitzer wurden durch die beiden Vertreter der Gesellschafter der MNN, Paul N. Cossmann und Kommerzienrat Wilhelm Seitz, wahrgenommen<sup>70</sup>. Da Seitz als Direktor der Dresdner Bank in München zeitlich stark beansprucht war, lag die Hauptlast dieser Stellung – und natürlich auch ihr Machtpotential – bald weitgehend in der Hand Cossmanns, der auch ein Büro in der Sendlinger Straße bezog<sup>71</sup>.

Warum die Wahl Cossmanns bei der Besetzung der Chefredaktion letztlich auf Gerlich fiel, ist aus den Quellen nicht direkt zu erschließen. Zwar kannte Cossmann ihn aus den verschiedensten nationalen Kreisen und als Mitarbeiter der Süddeutschen Monatshefte, doch gab es andererseits genügend national gesinnte Journalisten, die – im Gegensatz zu Gerlich – etwas vom Handwerk eines Schriftleiters verstanden. Für Gerlich sprach wahrscheinlich, daß er als Mitglied und Kandidat der DDP geeignet schien, die tiefgreifenden Änderungen in der politischen Ausrichtung des Blattes zu verschleiern. Gerlich hat unter dem Vorwurf, er sei nur eine Art ›liberales Aushängeschild‹ für die in Wirklichkeit deutschnational

---

<sup>69</sup>Im September 1926 übernahm der Rechtsanwalt und Honorarkonsul Otto Pflaum die Verlagsleitung, vgl. MNN Nr. 275, 4.1926.

<sup>70</sup>Zunächst gehörte auch der Generaldirektor der Vera-Verlagsanstalt GmbH, hinter der sich die Zeitungsbeteiligungen des Hugenberg-Konzerns verbargen, Otto Gerschel, zu den Vertretern der Eigentümer. Er wurde auf Druck Cossmanns aber bald entfernt.

<sup>71</sup>K. A. V. MÜLLER, Wandel, S. 224 f. Hier auch kritische Töne über die Art und Weise der Geschäftsführung Cossmanns.

gewordene Zeitung, sehr gelitten<sup>72</sup>. Sein Selbstverständnis ging dahin, daß er einen eigenen politischen Ansatz entwickelt habe – die »nationale Demokratie«<sup>73</sup> – und die Anteilseigner der Zeitung genau diese politische Position in ihrer Zeitung vertreten sehen wollten. Damit überschätzte er nicht nur seine eigene Bedeutung, sondern auch die letzten Motive der Gesellschafter, denen es bei ihren verlegerischen Aktivitäten neben den anti-sozialdemokratischen politischen Interessen auch um die Beeinflußung der Wirtschaftspolitik ging<sup>74</sup>. Wie wenig sich Gerlich bei der Übernahme der Hauptschriftleitung über die Hintergründe des Besitzwechsels im klaren war, mag an der Tatsache abgelesen werden, daß er sich über die Beteiligung von Hugenberg an der Zeitung von seinen Verhandlungspartnern täuschen ließ<sup>75</sup>. Als in der Folgezeit die Vertreter Hugenbergs im Gesellschafter-

---

<sup>72</sup>Z.B.: Gerlich an Cossmann, 17.2.1921, NLG 33/10, S. 6.

<sup>73</sup>Vgl. hierzu das Schreiben, das Gerlich wohl als Vorlage für eine Sitzung des Gesellschafterausschusses im September 1922 entworfen hat: »Es bestand zwischen der Gesellschaft und mir von Anfang an klare Erkenntnis und Übereinstimmung darüber, daß ich als Schöpfer der Idee der nationalen Demokratie in Deutschland, das Blatt absolut selbständig in der Richtung der von mir selbst geschaffenen Ideen der nationalen Demokratie zu leiten habe. [...] Ohne meine Person gab und gibt es keine nationale Demokratie in Deutschland. Wo es überhaupt nationale Demokraten gibt, werde ich unbestritten anerkannt als ihr geistiger Führer«; NLG 33/5.

<sup>74</sup>So hat der Vertreter des größten Anteilspaketes, Karl Haniel, den Kontakt zu Gerlich genau zu dem Zeitpunkt intensiviert, als es um die Annahme des Dawesplanes ging, um dann in fast befehlsmäßigen Ton redaktionelle Vorgaben zu machen. So lautet ein Telegramm vom 23.8.1924: »Erwarte, daß Sie bis zur entscheidenden Reichstagsitzung auch von dort aus alles tun, um über das Chaos das bei Ablehnung Dawesgutachten über Deutschland hereinbrechen würde nachdrücklichts aufklärend wirken. Lage bei gegenwärtiger Haltung der Deutschnationalen kritisch«; NLG 34/116.

<sup>75</sup>In einem Brief Gerlichs an die Vertreter der Gesellschafter im September 1922 heißt es dazu: »Als ich in die Firma eintrat, war mir auf meine ausdrückliche Frage gesagt worden, daß weder Herr Hugenberg noch Herr Stinnes noch die Wera [sic!] mit an der Gesellschaft beteiligt sind, noch dass die Wera irgend welche Rechte habe, sich mit redaktionellen Angelegenheiten zu befassen«; NLG 33/5. Gerlichs Versuch sich im Gegenzug eine dauerhafte Unabhängigkeit zu sichern (20-jährige Vertragszeit und faktische Unkündbarkeit) scheiterte; Haniel an Cossmann, 30.9.1922, BayHStA V, NL

rausschuß, Otto Gerschel und Kapitän Johann Mann, Einfluß auf die redaktionelle Tätigkeit zu nehmen versuchten, stand er mehrmals vor der Wahl, die Sachlage zu akzeptieren oder auszuseiden. Es war Cossmann, der Gerlich dann immer wieder zum Bleiben überredete<sup>76</sup>.

Im Ringen um seine Unabhängigkeit gegenüber den Forderungen aus dem Umfeld der Deutschnationalen kam Gerlich neben der Unterstützung durch Cossmann vor allem sein Arbeitsvertrag zugute, der weitreichende Garantien enthielt und in der deutschen Presse seinesgleichen nicht gehabt haben dürfte<sup>77</sup>. So verbot der Vertrag den Anteilseignern, den Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung nicht nur jeden dienstlichen Verkehr mit der Redaktion ohne Zwischenschaltung des Chefredakteurs, auch alle Personalentscheidungen bedurften der Zustimmung Gerlichs<sup>78</sup>. Die Mitglieder der Redaktion waren von der Machtfülle des Hauptschriftleiters nicht immer begeistert. So klagte Tim Kein in einem Brief an Cossmann über das ›diktatorische, despotische Regiment‹ Gerlichs, der die Redakteure nicht behandle, »wie es freien Männern zukommt«<sup>79</sup>.

Mit der Einsetzung eines neuen Chefredakteurs waren die personellen Veränderungen in der Zeitung keineswegs zu einem Ende gekommen. Mit dem bisherigen Chefredakteur Dr. Karl E. Müller war auch der politische Redakteur O. Stark am 8. Juni in Urlaub gegangen; der für das Ausland zuständige Ressortleiter – und

---

Cossmann 7.

<sup>76</sup>Gerlich an Cossmann v. 17.2.1921; NLG 33/10.

<sup>77</sup>So klagen die Direktoren der Knorr & Hirth GmbH in einem Brief an Cossmann und Seitz: »Eine derartige Machtvollkommenheit ist einzig dastehend in der ganzen deutschen Schriftwelt«, Helfreich, Trefz, Leupold an die Vertreter der Gesellschafter der MNN, 28.4.1923, NLG 33/57.

<sup>78</sup>Vgl. den Arbeitsvertrag zwischen der Knorr & Hirth GmbH und Dr. Fritz Gerlich; NLG 33/7.

<sup>79</sup>Klein an Cossmann, 1.10.1921; BayHStA V, NL Cossmann 7.

später wegen Landesverrates verurteilte<sup>80</sup> – Karl Heinz Lembke folgte seinen Kollegen einige Tage später. Die Innenpolitik wurde mit Emanuel Müller besetzt, die Außenpolitik mit dem Baltendeutschen Alexis Freiherr von Engelhardt, beides langgediente Mitarbeiter der ›Neuesten‹. In das Ressort Außenpolitik trat ab September 1920 der Admiral a. D. Waldemar Vollerthun ein – eine vom Hugenberg-Umfeld lancierte Personalentscheidung, die auf die Politik der Zeitung in den Folgejahren einen nicht unerheblichen Einfluß haben sollte. Vollerthun, eine dem Politischen innerlich fernstehende Persönlichkeit, fühlte sich weniger der Zeitung als vielmehr seinem ehemaligen Vorgesetzten, Großadmiral Tirpitz, verpflichtet, den er bis zu seinem Tod im Jahre 1929 mit vertraulichen Informationen versorgte. Tirpitz verstand es meisterlich über Vollerthun Einfluß auf die Zeitung zu nehmen ohne persönlich in Erscheinung treten zu müssen<sup>81</sup>.

### c) Pläne zur nationalen Pressekonzentration

Die hinter dem Erwerb der Münchner Neuesten Nachrichten stehenden Personen wollten sich keineswegs mit dieser einen Aktion begnügen, ihnen ging es vielmehr um eine durchgreifende Gleichschaltung möglichst großer Teile der nicht-sozialistischen Presse in ganz Deutschland. Pläne dieser Art hatte es im Alldeutschen Verband schon vor und während des Weltkrieges gegeben, dabei häufig verbunden mit Vorstellungen von einer gegenläufigen jüdischen Presseverschwörung<sup>82</sup>. Auch im Kreis um Paul Nikolaus Cossmann und die ›Süddeutschen Mo-

---

<sup>80</sup>P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 437.

<sup>81</sup>Vgl. den umfangreichen Briefwechsel zwischen Vollerthun und dem ›hochzuverehrenden Herrn Großadmiral‹; BAM Nachlaß Tirpitz Nr. 309. K. A. v. MÜLLER hat den Sachverhalt auf eine treffende Formulierung gebracht: »Es flossen ihm immer noch Nachrichten von allen Seiten zu, er hatte Vertrauensmänner an vielen wichtigen Stellen, und seine des Machtspiels gewohnte Hand ließ nicht ab, in der Stille vorsichtig weiter an den Fäden des Schicksals zu ziehen [...]«; DERS., Wandel, S. 150.

<sup>82</sup>D. FRYMANN (= H. Claß), S. 30ff.

natshefte< entstanden Überlegungen dieser Art aufgrund einer angenommenen, zentral gelenkten Pressearbeit in England während des Krieges – das Feindbild war dabei Lord Northcliffe<sup>83</sup>. Die Pläne zur Organisation der Presse im nationalen Sinne wurden vor allem von Oswald Spengler und Martin Spahn entwickelt, die über die Ring-Bewegung<sup>84</sup> Kontakte zu möglichen Finanziers aus der Schwerindustrie<sup>85</sup> geknüpft hatten. Spengler<sup>86</sup> versuchte sich dabei stark an Alfred Hugenberg anzulehnen, Spahn hielt sich mehr an Stinnes, Reusch und Haniel und kam dadurch in Kontakt zu Cossmann<sup>87</sup>.

Während Spenglers ehrgeizige Pläne kaum zu konkreten Ergebnissen führten, gelang es Spahn organisatorische Fakten zu schaffen. Ende 1920 wurde eine ›Westdeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft‹ gegründet, der einflußreiche Vertreter der rheinischen Wirtschaft angehörten<sup>88</sup>. Aufgrund der besonderen Bedeutung die man Bayern zumaß<sup>89</sup>, sollte eine ähnliche Gesellschaft auch in Mün-

---

<sup>83</sup>Vgl. K. A. v. MÜLLER, Wandel, S. 168. Noch im Herbst 1920 verfaßte Gerlich einen Artikel ›Northcliffes Propaganda‹; MNN 404 v. 29.9.1920.

<sup>84</sup>Auch Cossmann verkehrte regelmäßig im Berliner Juni-Club; vgl. Kapitän Mann an Cossmann v. 6.1.1921, BayHStA V, NL Cossmann 7.

<sup>85</sup>Bereits im Jahr 1914 hatte Hugenberg gegenüber Heinrich Claß über Pläne gesprochen, aus den zu erwartenden Kriegseinkünften der Schwerindustrie einen Fonds zur Unterstützung und Lenkung der nationalen Presse einzurichten; H. CLASS, S. 163.

<sup>86</sup>Zu Spenglers Plänen in Fragen der Pressepolitik vgl. P. HOSER, Spengler.

<sup>87</sup>Cossmann hatte aber auch Kontakte zu Spengler.

<sup>88</sup>Vgl. Spahn an Cossmann v. 31.10.1920, NL Cossmann 12.

<sup>89</sup>So schrieb Spahn an Cossmann, »dass gewisse politisch entscheidend wichtige Gebiete unseres Vaterlandes, wie z.B. Bayern, wirtschaftlich auf ein selbständiges Fundament gestellt werden müssen, damit diese Gebiete ausländischem Druck besser stand zu halten vermögen«; Ebd., S. 4. »Die politische Entwicklung der nächsten Jahre muß München eine sich immer steigende Bedeutung geben«; Ebd., S. 7.

chen gegründet werden, was im Laufe des Jahres 1921 auch geschah. Cossmann, der durch seine Stellung bei den MNN – im Gegensatz zu Spahn und besonders Spengler – über wirkliche Pressemacht verfügte, wuchs bald in die Rolle eines Koordinators der nationalen Presselenkungsversuche in Süddeutschland hinein. Ein wesentliches Instrument hierzu schuf er sich in Form eines Koordinierungsausschusses für Pressefragen, der ›Gää‹. Sie entstand nicht, wie bisher angenommen<sup>90</sup>, im Jahre 1921, sondern als Ergebnis einer ›Tagung über nationale Aufklärung auf dem flachen Lande‹, die vom 3.–5. November 1922 in München stattfand<sup>91</sup>. Cossmann, dessen Einleitungsreferat Einblick in seine politischen Grundüberzeugungen erlaubt<sup>92</sup>, ging es mit der Tagung um die Zusammenführung nationaler Industrieführer mit den Vertretern der Landwirtschaft, denen vor allem in Bayern eine gewisse Tendenz zum Separatismus eigen war. In einem zweiten Schritt sollten die beiden Gruppen gemeinsam die Bearbeitung der Massen im

---

<sup>90</sup>WOLFRAM SELIG, der bisher einzige Biograph Cossmanns, hat das Gründungsdatum schlicht geraten; DERS., S. 46. Erstaunlich ist, daß der ansonsten akribisch arbeitende PAUL HOSER das Protokoll dieser Tagung im Nachlaß Tirpitz übersehen hat und daher die Vermutung Seligs einfach übernimmt; Vgl. DERS., Spengler, S. 442.

<sup>91</sup>Vgl. Protokoll der Tagung über nationale Aufklärung auf dem flachen Lande am 3., 4. und 5. November 1922 in München; BA-MA Nachlaß Tirpitz Nr. 293 fol. 156ff.

<sup>92</sup>»Warum ist der gegenwärtige Zeitpunkt der entscheidende? Weil der gegenwärtige Zustand, den die deutsche Gemütlichkeit als Frieden bezeichnet, die Entscheidung bringen muss, ob Frankreich sein eigentliches Kriegsziel, die Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland erreicht, damit die Landbrücke nach Asien gewinnt und die kontinentale Weltmacht wird. Diesem klar erkannten Ziele aller politisch denkenden Franzosen gegenüber ist es deutsche Gemütlichkeit, an eine vorübergehende Trennung Bayerns, des Schlüssels der französischen Orientstellung zu denken. Heute kann man in Mitteleuropa nicht einmal eine Wohnung für eine Familie aufgeben, in der sicheren Erwartung, sie wieder zu bekommen, geschweige denn eine Wohnung für ein Volk. Denn der Ansturm auf die kaum begonnene Vereinigung der deutschen Stämme findet eine Zeit, in der der Internationalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz herrscht, der Nationalismus in allen übrigen Ländern. Da gibt es nur Zusammenschluß aller Deutschen oder Untergang«; Ebd., fol. 156f.



nationalen Sinne finanzieren<sup>93</sup>. Die beiden Hauptvorträge der Veranstaltung, die ihren berufenen Mittelpunkt in Großadmiral von Tirpitz hatte, hielten Oswald Spengler und Martin Spahn. Weitere Teilnehmer waren der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Exc. v. Braun, Reichsrat v. Buhl, Enoch v. Guttenberg, die Bauernfunktionäre Heim und Schlittenbauer, Gustav von Kahr, Graf v. Kielmannsegg, der Vorsitzende des Verbandes bayerischer Industrieller Walter Clairmont, die rechte Hand Hugenberg's Kapitän Mann, Prof. Karl Alexander v. Müller, Graf v. Preysing, der Kabinettschef des Kronprinzen v. Soden-Fraunhofen, der Wirtschaftsbeirat der BVP Dr. Schmidt, Franz Freiherr v. Stauffenberg als Vertreter des Südwestdeutschen Großgrundbesitzes, Fürst zu Stolberg-Wernigerode, Admiral Vollerthun von den MNN und der Präsident des Statistischen Landesamtes Friedrich Zahn. Der Weg zu der von Cossmann angemahnten ›Sammlung aller deutschen Stämme‹ führte nach übereinstimmender Ansicht der Anwesenden nur über eine unablässige Propaganda in der Kriegsschuldfrage mit dem Ziel der Revision des Versailler Vertrages. Zur Durchsetzung dieser Vorstellungen und zur Koordinierung der Arbeit soll ein »Gemeinsamer Ausschuss« oder ›G. A.‹ gleich ›Gää‹ gegründet werden, in den auch die nichtanwesenden Vertreter der deutschen Industrie, Borsig, Haniel und Vögler gewählt werden<sup>94</sup>. Die Arbeit der ›Gää‹, die ihren Sitz in Cossmann's Privatwohnung nahm, darf zwar nicht unterschätzt werden, sie scheiterte aber letztlich an der Tatsache, daß die potentesten Geldgeber

---

<sup>93</sup>»Früher war die Bevölkerung in allen Ländern ganz anders an das Gehorchen gewöhnt als heute. Wer nicht Einfluss auf die Geister der Massen gewinnt, kann noch so tüchtig sein, er wird unterliegen. Und der schrecklichste Feind des deutschen Volkes ist von jeher seine Uneinigkeit gewesen. Wenn meine Freunde und ich den Mut haben, den Kampf gegen diesen Erbfeind aufzunehmen, so verdanken wir diesen Mut dem Vorbild, das die deutsche Wirtschaft uns gegeben hat. [...] Sie und die Industrie haben die bestorganisierte Volkswirtschaft geschaffen. Und dabei haben wir die am schlechtesten organisierte öffentliche Meinung. Helfen Sie uns dazu, die Methoden deutscher Wirtschaft zu übertragen auf den deutschen Geist. Sie retten damit alles, auch sich selbst«; Ebd., fol. 157f.

<sup>94</sup>Ebd., fol. 171f.

der Vereinigung, die Führer der großen Industrieunternehmen, sich ebensowenig dauerhaft auf eine gemeinsame Linie einigen konnten<sup>95</sup> wie ihre Propagandisten aus den Intellektuellen-Kreisen. So kam es anlässlich des Hitlerputsches zu einem dauerhaften Zerwürfnis zwischen Cossmann und Spengler, der sich alles von einer Diktatur auf Reichsebene erhofft hatte und verärgert über den Münchner Putsch war, den – nach seiner völlig unrealistischen Einschätzung – die MNN hätten verhindern können.

Blieben die Bemühungen Cossmanns um eine dauerhafte Verbindung der deutschen Wirtschaft zu einem nationalen Projekt der Presselenkung letztlich also erfolglos, so zeigt die erste Gaa-Tagung doch eindrucksvoll, daß ein nicht unbedeutender Teil der deutschen und vor allem auch der bayerischen Wirtschaft bereit war, sich an Schiebereien hinter den Kulissen der öffentlichen Meinung und jenseits der Gehege parlamentarischer Auseinandersetzungen zu beteiligen. So wird an dieser Stelle ein hintergründiges Kraftfeld sichtbar, das auch ohne einen letzten, durchschlagenden Erfolg auf die Politik der Weimarer Republik einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübte. In dieses Kraftfeld war die MNN, und damit auch ihr Hauptschriftleiter, durch die Gelenkstelle Cossmann, in erheblichem Maße eingebunden.

### 3. ZWISCHEN DEMOKRATIE UND NATIONAL-EXTREMISMUS

»Außer der vom Hugenbergkonzern beherrschten ›Münchner Zeitung‹, die besonders vom Kleinbürgertum und von der Arbeiterschaft gelesen wurde, haben sich bei der Vergiftung der öffentlichen Meinung der damalige Hauptschriftleiter der ›Münchner Neuesten Nachrichten‹, der später gründlich bekehrte Dr. Gerlich und die ›Süddeutschen Monatshefte‹ mit ihrem Herausgeber, Professor Cossmann, hervor getan. Der eine hat das Schlagwort vom bösen ›Marxismus‹ geprägt und die

---

<sup>95</sup>P. HOSER stellt hier ganz richtig fest: »In der Nachkriegszeit waren die Schwerindustriellen schon nicht mehr bereit gewesen, einem der ihren eine Monopolstellung auf dem Gebiete der Pressepolitik einzuräumen, wie sie Hugenberg bis dahin besessen hatte«; DERS., Spengler, S. 457.

freie Arbeiterbewegung jahrelang böswillig besudelt und verleumdet, der letztere hat sogar der Dolchstoßlüge ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen versucht. Das Ergebnis ihrer volksverhetzenden Tätigkeit ist schließlich nicht dem Bürgertum, sondern den wildesten Schreiern im antimarxistischen Lager, den Nationalsozialisten, zugute gekommen<sup>96</sup>. Diese Einschätzung der Tätigkeit Gerlichs (und Cossmanns) in den frühen Zwanziger Jahren aus der Feder des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner hat unbestreitbar meinungsbildend gewirkt<sup>97</sup>. Daß Gerlichs Ablehnung des Marxismus nicht blinder Fanatismus, sondern das Ergebnis einer eingehenden Beschäftigung mit den geistigen und geistesgeschichtlichen Wurzeln des Sozialismus war, hat die Analyse seiner einschlägigen Studien bereits gezeigt. Ob seine Stellungnahmen zu tagespolitischen Ereignissen als ›volksverhetzende Tätigkeit‹ zur Begünstigung Hitlers richtig interpretiert sind, kann nur eine sorgfältige, quellenbasierte Untersuchung seiner journalistischen Aktivitäten vor allem in der Zeit bis zum Hitlerputsch zeigen.

#### a) Journalistische Lehrjahre (1920–1922)

Gerlichs Vertrag enthielt – ungeachtet der dort eingeräumten weitgehenden redaktionellen Freiheiten – auch Bestimmungen über die inhaltlichen Vorstellungen der Besitzer. Gerlich sollte das Blatt gemäß seiner bisherigen politischen Grundsätze leiten, die folgendermaßen zusammengefaßt wurden: »Innehaltung der alten liberalen, nationalen und demokratischen Traditionen des Blattes, wobei ›demokratisch im alten süddeutschen Sinne der Zusammengehörigkeit des ganzen Volkes zu verstehen ist, nicht im Sinne derjenigen Demokratie, die in und nach dem Kriege als Anhängsel der Sozialdemokratie eine so verhängnisvolle Politik getrieben hat. Im Gegensatz zu ihr soll das Blatt mitarbeiten an der Versöhnung aller

---

<sup>96</sup>W. HOEGNER, *Die verratene Republik*, S. 104f.

<sup>97</sup>So läßt sich die Einschätzung der Tätigkeit Gerlichs bei den Münchner Neuesten Nachrichten durch PAUL HOSER, dem Verfasser der aktuellsten und in ihrem wissenschaftlichen Wert unangefochtensten Studie zu diesem Themenkomplex durchaus als Variation der Hoegnerschen Darstellung beschreiben.

aufbauenden und die staatliche Autorität stützenden Volksgenossen. Insbesondere soll der nationale Gedanke auf allen Gebieten gepflegt und die sozialdemokratische Verhetzung durch sachliche Aufklärung bekämpft werden, nach rechts aber jede über eine sachliche Auseinandersetzung hinausgehende Kampfstellung unterbleiben«<sup>98</sup>. Diese Passage läßt einigen Ermessensspielraum, ihre prinzipielle Stoßrichtung ist aber offensichtlich. Die Zeitung wechselt vom linken zum rechten Rand der DDP, der politische Gegner ist primär die Sozialdemokratie, eine Abgrenzung nach rechts, vor allem zur DNVP (Bayerische Mittelpartei) findet nur statt, wenn dies unumgänglich erscheint. In Bezug auf die bayerische Politik ging es den neuen Eigentümern vor allem um die Unterstützung Gustav von Kahrs, der seit dem Ende der Regierung Hoffmann das Amt des Ministerpräsidenten innehatte<sup>99</sup>.

Die Berufung Gerlichs auf den Posten des Hauptschriftleiters war für die linke Presse ein unübersehbares Signal. Die sozialdemokratische Münchner Post leitete aus der Tatsache, daß Gerlich sich von seiner Vergangenheit in der Vaterlandspartei keineswegs distanziert habe, ein Eintreten für den außenpolitischen ›Machtgedanken‹ ab, was mittelfristig auch eine entsprechende innenpolitische Position und damit eine Annäherung an DVP und DNVP impliziere<sup>100</sup>. Als die Beteiligung der Vera an der Zeitung von der Frankfurter Zeitung aufgedeckt worden war – wovon man in München aber kaum Notiz nahm –, wurde das sozialdemokratische Blatt noch deutlicher: »Die Tatsachen bedürfen keiner lagen Erklärung, sie sind

---

<sup>98</sup>Vertrag zwischen dem Verlag Knorr & Hirth GmbH und Hauptschriftleiter Dr. Fritz Gerlich v. 6.10.1920; NLG 33/7.

<sup>99</sup>Kommerzienrat Seitz, einer der beiden Vertreter der Gesellschafter, hat diese Position in der aufgeladenen Stimmung bei einer Redaktionskonferenz drastisch ausgedrückt. Er sei ein langjähriger Freund von Kahrs und er habe die MNN gekauft, »um die Politik des Herrn von Kahr zu stützen«; Aktennotiz Gerlichs mit dem Titel »Erklärungen des Herrn K.R. Seitz auf der Redaktionskonferenz vom Donnerstag den 27. September 1923 zur Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar« v. 10.12.1923, NLG 33/47.

<sup>100</sup>Münchner Post Nr. 152 vom 3.7.1920, S. 2.

eineutig. Das Kapital hat die Zeitung gekauft; Gerlichs Überzeugung brauchte nicht mitgekauft zu werden; er hat keine«<sup>101</sup>. In diplomatischen Kreisen wurde das Stühlerücken bei den MNN ähnlich beurteilt: »Die Entwicklung nach rechts tritt auch im Zeitungswesen zu Tage. Die beiden seitherigen Blätter der deutsch-demokratischen Partei haben die Eigentümer gewechselt und damit auch die politische Richtung, und zwar ist die München-Augsburger Abendzeitung ganz in das deutsch-nationale Fahrwasser geraten, während die Münchner Neusten Nachrichten unter der Leitung des Dr. Gerlich zwar noch im demokratischen Sinne schreiben, aber immerhin eine ganz andere Haltung einnehmen als früher«<sup>102</sup>. Diese Einschätzung der Lage durch den württembergischen Gesandten in Bayern, Carl Moser von Filseck, gibt die Außenwahrnehmung der Veränderungen in den MNN wohl recht exakt wieder. Daß die Kurskorrektur des DDP-Blattes nicht ohne Auswirkungen auf die Partei blieb, der Gerlich ja nach wie vor angehörte, schien den Beobachtern evident<sup>103</sup>.

Die erste innenpolitische Frage, an der sich die neue Richtung der Zeitung ablesen ließ, war die Entwaffnung der Einwohnerwehren. Hervorgegangen aus den Revolutionswirren und zunächst eine vom breiten Konsens auch der Sozialdemokraten getragene Bürgerwehr, hatte sich die Organisation unter der Führung des Forstrates Georg Escherich zu einer restaurativ-reaktionären, teilweise paramilitärisch bewaffneten Truppe entwickelt. Kahr, der gute Beziehungen zu Escherich unterhielt, wollte auf die Wehren als Stütze seiner Regierung keinesfalls verzichten, schließlich waren ihre Vertreter am Sturz der Regierung Hoffmann, der seinen Amtsantritt erst ermöglicht hatte, nicht ganz unbeteiligt gewesen<sup>104</sup>. Der baye-

---

<sup>101</sup>Münchner Post Nr. 413 v. 13.9.1920.

<sup>102</sup>W. BENZ (HRSG.), Politik in Bayern, S. 63f.

<sup>103</sup>»Dies dürfte auch dem entsprechen, daß in der deutsch-demokratischen Partei die Richtung die Oberhand zu gewinnen scheint, die sich mehr den bürgerlichen Rechtsparteien zuwendet«, ebd., S. 63.

<sup>104</sup>Zur Rolle der Einwohnerwehren beim Sturz der Regierung Hoffmann im Zusammen-

rische Ministerpräsident ließ sich auch von der Tatsache, daß Escherich in der nach ihm benannten reichsweit operierenden ›Organisation Escherich‹ (ORGESCH) auch noch eine eindeutig rechtsradikale Bürgerkriegstruppe unterhielt, die in Preußen am 1.11.1920 verboten wird<sup>105</sup>, nicht abschrecken. Das ›Reichsgesetz zur Entwaffnung‹ vom 7.8.1920 unterlief Kahr, indem er die Einwohnerwehr in München als e.V. eintragen ließ<sup>106</sup>. Da weder die Reichsregierung noch die Entente gewillt waren, sich durch solche Tricksereien von ihren Plänen abhalten zu lassen, führte auch in Bayern an der Auflösung der Einwohnerwehren schließlich kein Weg vorbei: am 8.6.1921 erläßt die bayerische Regierung eine ›Verordnung über die Auflösung der Einwohnerwehren‹.

Die Münchner Neuesten Nachrichten und ihr frischgebackener Chefredakteur standen in der Einwohnerwehrfrage von Beginn an hinter der Politik des Ministerpräsidenten. Bereits am zweiten Tag seiner Tätigkeit bei der Zeitung schrieb Gerlich einen Leitartikel, der in dem Satz »Unsere Wehren können und dürfen nicht preisgegeben werden« gipfelte<sup>107</sup>. Diese Haltung gibt die Zeitung bis zum endgültigen Ende der Einwohnerwehren nicht auf, wenn sich mit der Zeit auch die freundlicheren und deeskalierenden Töne mehrten<sup>108</sup>.

---

hang mit dem Kapp-Putsch vgl. H. NUSSER, S. 198f. Ebenso L. RAPE, S. 33ff.

<sup>105</sup>L. RAPE, S. 40.

<sup>106</sup>SPINDLER IV, 1, S. 463.

<sup>107</sup>MNN Nr. 265 v. 2.7.1920. Gerlich versucht die Argumentation der Entente zu unterlaufen, indem er auf die Notwendigkeit geordneter Verhältnisse in Bayern hinweist, die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und damit auch die Fähigkeit zur Leistung von Reparationen seien.

<sup>108</sup>So plädiert Gerlich Ende August 1920 für die Entwaffnung, verlangt aber die vorherige Entwaffnung illegaler kommunistischer Kampfverbände; MNN Nr. 343 v. 25.8.1920. Ende Oktober stellt er sich wieder hinter die Regierung Kahr und ihr kompromißloses ›Nein‹; MNN 454 v. 30./31.10.1920. Als im März 1921 das Entwaffnungsgesetz abschließend diskutiert wurde und v. Kahr einen immer radikaleren Ton anschlug, versuchten die MNN – sehr zur Freude des Vertreters der Reichsregierung in München –

Die Auflösung der Einwohnerwehren, die – von vereinzelten Ausnahmen abgesehen – mehr aus Anhängern der BVP<sup>109</sup>, denn aus radikalen Elementen bestanden hatte, bewirkt eine engere Anlehnung Kahrs und seiner Anhänger an die sog. Vaterländischen Verbände<sup>110</sup> und wertete die Hitlerbewegung mit ihrer paramilitärischen SA auf, da sie nun über ein verhältnismäßig höheres Drohpotential verfügte.

Der Mord an Matthias Erzberger<sup>111</sup>, der am 26. August 1921 die Republik erschütterte, hatte auch für die politischen Verhältnisse in Bayern Konsequenzen. Kahr, bereits stark unter dem Einfluß der Kampfverbände, widersetzte sich der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten mit dem wenig stichhaltigen Argument, über Bayern sei der Ausnahmezustand ja bereits verhängt<sup>112</sup>. Nun aber versagte sich die Bayerische Volkspartei unter Führung Dr. Helds einem weiteren Konfrontationskurs gegen die Reichsregierung<sup>113</sup>. Sie handelte zusammen mit den

---

zu einer Entschärfung des Konfliktes beizutragen; vgl. BA Koblenz R43/I 2214 fol. 118.

<sup>109</sup>Vgl. L. RAPE, S. 32.

<sup>110</sup>SPINDLER IV, 1, S. 464.

<sup>111</sup>Auch die Kreise, die die Fäden bei den MNN in Händen hielten, wirkten seit langem auf eine Beseitigung Erzbergers hin, der in der Zeitung auch unermüdlich bekämpft wurde. Martin Spahn hatte in einem Schreiben an Cossmann im Dezember 1920 ange-regt, die MNN als Kampfmittel gegen Erzberger zu benutzen; Spahn an Cossmann v. 26.12.1920, BayHStA V, NL Cossmann 12.

<sup>112</sup>Dies entsprach nur insoweit den Tatsachen, als der Ausnahmezustand, der noch aus der Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann stammte, nicht aufgehoben worden war. Kahr hatte ihn aber nie gegen den Rechtsradikalismus eingesetzt, gegen den sich die Berliner Maßnahme ganz offensichtlich richtete, sondern lediglich als »Waffe gegen den Sozialismus« verwendet. Vgl. Spindler IV/1, S. 464.

<sup>113</sup>Zum ganzen Vorgang: K. SCHWEND, S. 171-181. Interessante Hintergrundinformationen auch bei K. SOMMER, S. 135f.

anderen Regierungsparteien in Berlin einen Kompromiß aus, den Kahr nicht akzeptieren wollte. Am 12. September reichte er seinen Rücktritt ein, das Restkabinett folgte ihm am nächsten Tag. Die Münchner Neuesten hatten in der Auseinandersetzung lange zu Kahr gestanden, die Verhandlungen der Regierungsparteien mit Berlin aber begrüßt. Als Kahr unter dem Einfluß seines Ministers Roth an die »Ausschaltung parlamentarischer Instanzen«<sup>114</sup> ging, war für Gerlich die Grenze erreicht, die zu überschreiten er nicht bereit war. Kurz nach v. Kahr, am 28.9.21 trat auch Polizeipräsident Pöhner, der durch die einseitige Handhabung der Zensur zum Erstarken der Hitler-Bewegung nicht unerheblich beigetragen hatte, zurück. Es ist bemerkenswert, daß selbst ein relativ neutraler Beobachter wie der württembergische Gesandte Moser von Filseck in der Kombination »Auflösung der Einwohnerwehr, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Rücktritt von Kahr und Pöhner« eine besorgniserregende Destabilisierung der bayerischen Verhältnisse zumindest in Bezug auf die Gemütslage der Bevölkerung sehen konnte<sup>115</sup>. Die Propagandisten der »Ordnungszelle Bayern« hinterließen ein weit weniger geordnetes politisches Gesamtgefüge, als man dies aufgrund ihrer vollmundigen Selbstcharakterisierungen hätte erwarten mögen.

Für Gerlich war die zweite Jahreshälfte 1921 eine schwierige Zeit. Seine Stellung in der Zeitung wurde von den Anteilseignern und ihren Freunden ständig dadurch untergraben, daß sie die vertraglich geregelten Dienstwege umgingen und direkten Einfluß auf die Inhalte des Blattes zu nehmen suchten. Darüber hinaus brüsteten sie sich gegenüber Regierungsstellen und in gesellschaftlichen Kreisen, die MNN für beliebige politische Zwecke einsetzen zu können. In dieser Situation belastete ein tragisches Ereignis die Lage noch weiter. Der ehemalige bayerische Verkehrsminister von Fraundorfer hatte sich auf betrügerische Transaktionen mit Goldmünzen eingelassen. Gerlich veröffentlichte einen Artikel, in dem er nicht

---

<sup>114</sup>MNN Nr. 383 v. 10./11.9.1921, S. 1.

<sup>115</sup>W. BENZ (HRSG.), Politik in Bayern, S. 87f.



nur auf die Vorwürfe gegen Fraundorfer und das eingeleitete Strafverfahren hinwies, sondern auch eine Verbindung zwischen Fraundorfers Fehltritt und seiner Haltung in der Revolution herstellte, am selben Tag, an dem dieser sich das Leben nahm<sup>116</sup>. Die Münchner Post und vor allem die Süddeutsche Presse stellten nun eine ursächliche Verbindung zwischen Gerlichs Artikel und Fraundorfers Selbstmord her, gegen den dieser sich verwahrte<sup>117</sup>. Der Vorwurf des ursächlichen Zusammenhangs konnte zwar nicht erhärtet werden, er war damit aber nicht aus der Welt und wurde bei Gelegenheit auch gerne wiederholt.

Während also die SPD-Presse der Landeshauptstadt ihn als Vertreter der Interessen des Großkapitals und Sympathisant der Nationalsozialisten<sup>118</sup> erneut unter Beschuß nahm<sup>119</sup>, versuchte die deutschnationale Fraktion in der Zeitung ihn als

---

<sup>116</sup>MNN Nr. 306 v. 23.7.1921, S. 2: »von den Männern, die im November 1918 und später noch eine große Rolle spielten, ist er nicht der erste und, wie ganz bestimmte Anzeichen vorliegen, nicht der letzte, der sich als sehr brüchig erwiesen hat. Und wenn politische Ereignisse mit Recht gewertet werden nach der Moral ihrer Träger, so zeigt sich, daß sich die Geschichte auffällig beeilt, die bayerische Revolution als in ihren sittlichen Grundlagen faul und brüchig zu demonstrieren«.

<sup>117</sup>MNN Nr. 308 v. 25.7.1921, S. 1. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 610, sieht den Vorfall als Zeichen für die »immer radikalere und inhumanere« Vorgehensweise Gerlichs und Cossmanns in der Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern an. Er übersieht dabei nicht nur die gehäßigen Anwürfe, denen Gerlich in der sozialdemokratischen Presse ausgesetzt war, sondern auch die anheizende Rolle, die der Herausgeber der Süddeutschen Presse, Franz Carl Endres, in der Auseinandersetzung spielte. Da Endres die MNN im Zusammenhang mit der Einstellung Gerlichs hatte verlassen müssen, sollte man hier persönliche Motive nicht ohne weiteres ausschließen.

<sup>118</sup>Eine Karikatur der Münchner Morgenpost vom 30.7.1921 zeigt Gerlich als käufliche Marionette der USA und des Stinnes-Konzerns, die um den Hals ein Hakenkreuz-Abzeichen trägt. Das darunter abgedruckte Gedicht beginnt mit den Zeilen: »Ich bin der gute Gehrlich / Wie'n Pferdedieb so ehrlich, / Wie Münchhausen so wahr / Wie die pechschwarze Nacht so klar«. Daß eine sozialdemokratische Zeitung durch die Einfügung des kleinen ›h‹ auf die antisemitische Verballhornung seines Namens ›Gerson Ehrlich‹ durch Dietrich Eckart anspielte, ist ein weiterer Beweis für das vergiftete politische Klima in München.

<sup>119</sup>In der Münchner Post Nr. 187 vom 13./14.8.1921 erschien unter der Überschrift »Fritz

›Linken‹ für untragbar zu erklären. So schrieb der Vertreter Hugenbergs im Gesellschafterausschuß, Kapitän Mann, bereits Ende Juni an Cossmann: »Gerlich hat in letzter Zeit [...] regelmäßig Sympathien für die DDP und auch für den Reichskanzler Wirth erkennen lassen, die DNVP gleichzeitig stark angegriffen« und verband diesen Vorwurf mit der Bitte, auf Gerlich einzuwirken<sup>120</sup>. Da der Chefredakteur sich in der Kahr-Krise erneut als ›nicht zuverlässig‹ erwiesen hatte, war Hugenberg nun ernsthaft verärgert<sup>121</sup>. Er forderte in einer Gesellschafterversammlung den Rücktritt Gerlichs und reagierte auf die Vorhaltungen der übrigen Anteilseigner, Gerlich habe schon oft eine gute Nase für die politische Entwicklung gezeigt, mit den Worten: »Dann hätte Gerlich als unser Angestellter die Verpflichtung, mit uns zu irren«<sup>122</sup>. Die Situation war für Gerlich um so prekärer, als auch aus Kreisen der Mitarbeiter Klagen über sein »diktatorisches, despotisches Regiment«<sup>123</sup> in der Redaktion laut wurden.

---

Gerlich, der Wissenschaftler« der Nachdruck eines Verrisses seines Kapitalismus-Buches aus dem ›Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik‹ mit dem Nachsatz: »Wie Herr Dr. Gerlich wissenschaftliche Tätigkeit überhaupt einschätzt, hat er als Hilfsarbeiter in der Reklameabteilung der Firma Kathreiner am besten bewiesen«. Auch in diesem Fall dürfte die Tatsache, daß eine Zeitung, die sich der Arbeiterklasse verpflichtet fühlte, ihn wegen seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen und der damit verbundenen Notwendigkeit, sein Studium durch Arbeit zu finanzieren, erhöhte, sein Urteil über die Arbeiterpartei nicht positiv beeinflußt haben.

<sup>120</sup>Mann an Cossmann, 28.6.1921, BayHStA V, NL Cossmann 7.

<sup>121</sup>Mann an Cossmann, 24.9.1921, BayHStA V, NL Cossmann 7.

<sup>122</sup>Der ganze Vorgang wird ausführlich geschildert im Illustrierten Sonntag Nr. 32 vom 2.8.1931, S. 6. HOSER (Münchner Tagespresse, S. 230) bezweifelt die Richtigkeit dieser Darstellung zu unrecht. Vgl. das Schreiben Gerlichs an die Geschäftsführung der Knorr & Hirth GmbH, NLG 33/5 (undatiert, wahrscheinlich Frühjahr/Sommer 1922), der den Sachverhalt genau so darstellt, wie Gerlich ihn 10 Jahre später veröffentlicht hat.

<sup>123</sup>Klein an Cossmann, 1.10.1921, BayHStA V, NL Cossmann 7.

Neben den internen Beeinflussungen und Pressionen war die Zeitung auch Gegenstand pressepolitischer Überlegungen der Reichsregierung. So meinte man bereits Anfang 1921 in Berlin, daß eine »einheitliche Reichspolitik« unmöglich sei, »solange gesamte bayerische Presse jede Darstellung Reichsstandpunktes verweigert und einseitig bayerischen Standpunkt wiedergibt«<sup>124</sup>. Eine »vitale Frage der Reichsregierung« sei daher der »Zugriff auf ein führendes Münchener Blatt«<sup>125</sup>. Da man sich von der Gründung eines eigenen Blattes nicht viel erhoffte<sup>126</sup>, meinte man auf die MNN Einfluß gewinnen zu sollen: »Die Münchner Neuesten Nachrichten sind die weitest verbreitete Zeitung Münchens. Ihre Abonnentenzahl ist eher im zunehmen. Von den bürgerlichen Zeitungen Münchens sind sie noch am wenigsten reichs-unfreundlich und soweit sie es sind, geschieht es nicht so sehr aus Prinzip, als aus dem Bedürfnis, ihren Lesern zu gefallen und weil die leitenden Männer, Gerlich und Cossmann, sich noch nicht ganz von der Kriegspsychose frei machen können«<sup>127</sup>. Aus diesen Erwägungen heraus nahm man von seiten der Reichsregierung Kontakt zu Karl Haniel auf, um ihn zu einer Einflußnahme in ihrem Sinne zu bewegen oder seinen Anteil an der Zeitung zu übernehmen<sup>128</sup>. Bedingung eines Anteilerwerbs war es jedoch, daß der dadurch gewonnen Einfluß groß genug sei, um einen »Personalwechsel in der Redaktion, wenn nicht sofort, so doch allmählich, vornehmen zu können«<sup>129</sup>. Ein solcher Besitzwechsel

---

<sup>124</sup>Telegramm des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an den Vertreter der Reichsregierung in München v. 11.2.1921; BA Koblenz R43/I 2214 fol. 91.

<sup>125</sup>Ebd.

<sup>126</sup>Bericht der Bayerischen Gesandtschaft München v. 21.1.1921; BA Koblenz R43/I 2214 fol. 77.

<sup>127</sup>Ebd.

<sup>128</sup>Telegramm des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an den Vertreter der Reichsregierung in München v. 11.2.1921; BA Koblenz R43/I 2214 fol. 91.

<sup>129</sup>Ebd.

war angesichts der Machtverhältnisse bei der Zeitung natürlich illusorisch, bei einem Gespräch Haniels mit dem Staatssekretär Albert am 22.2.1921 wurde aber vereinbart, daß Cossmann in Zukunft regelmäßig mit dem Vertreter der Reichsregierung in München, Graf Zech, verkehren sollte und darüber hinaus ein »gelegentlicher Besuch Cossmanns in Berlin« ins Auge gefaßt wurde<sup>130</sup>. Daß Cossmann in diesem Zusammenhang als »Redakteur« bezeichnet wird und Gerlich gänzlich übergangen wurde, spricht natürlich Bände und macht deutlich, welche Rolle die Anteilseigner, hier Haniel, ihm zugedacht hatten.

Nach dem Ende der Ministerpräsidentschaft Kahrs übernahm am 22.9.1921 Graf Hugo von Lerchenfeld-Koefering die Regierung an der Spitze eines von der BVP dominierten Kabinetts. Lerchenfeld, Beamter und Diplomat, versuchte nicht nur zunächst einen gemäßigten Kurs in der Frage des Verhältnisses Bayern-Reich einzuschlagen, auch innerbayerisch ging es ihm um die Stärkung der demokratischen Position gegen die immer ungehemmter agierenden Vaterländischen Verbände<sup>131</sup>. Zum Scheitern verurteilt waren diese lobenswerten Absichten aufgrund mehrerer Faktoren. Die Ereignisse nach dem Mord an Walter Rathenau am 24.6.1922 und das unmittelbar darauf erlassene Republikenschutzgesetz zwangen ihn, das Verhältnis zum Reich erneut zu belasten, wollte er nicht sofort allen politischen Rückhalt verlieren und den Radikalen das Feld überlassen<sup>132</sup>. Als Beamter

---

<sup>130</sup>Telegramm des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an den Vertreter der Reichsregierung in München v. 22.2.1921; BA Koblenz R43/I 2214 fol. 98.

<sup>131</sup>Gegenüber Moser v. Filseck äußerte sich Lerchenfeld im Sommer 1922 dahingehend, daß seine Ablehnung der Rechtsradikalen soweit gehe, daß er »lieber heute als morgen Ludendorff aus Bayern ausweisen würde«; W. BENZ (HRSG.), Politik in Bayern, S. 99.

<sup>132</sup>Die Vaterländischen Verbände und die allgemeine politische Stimmung schränkten seine Möglichkeiten in Fragen des Verhältnisses zur Reichsregierung in wachsendem Maße ein: »Nehme er die Verordnungen unbeschleunigt hin, so wäre er bei der hier herrschenden Stimmung in wenigen Tagen weggefegt und dann könnte es zu den schlimmsten Unruhen, ja zum Bürgerkrieg kommen«; EBD., S. 98.

hatte er keine Partei wirklich hinter sich, auch nicht die BVP, die ihn ins Amt gehievt hatte. Umso größer war die Zahl seiner politischen Gegner. Neben den Radikalen von links und rechts waren dies die Deutschnationalen, die keinen Ministersessel erhalten hatten und vor allem das rechte Bürgertum, das aus seinem Bedauern über das Ausscheiden Kahrs keinen Hehl machte. Die bayerische DDP, die zunächst in seinem Kabinett vertreten war, konnte Lerchenfeld ebenfalls nicht dauerhaft an sich binden, da er in den ständigen Querelen mit der Reichsregierung keineswegs versöhnlich agierte, wie die Rechtsradikalen ihm dies vorwarfen. Von kaum zu unterschätzender Bedeutung für das zunehmend hilflose und passive Regieren von Lerchenfelds war darüber hinaus die Tatsache, daß fast die gesamte bürgerliche Presse Münchens ihm die Gefolgschaft versagte. Bei der stramm deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung kann dies kaum verwundern, war die Mittelpartei ja an der Regierung nicht beteiligt. Aber auch der Bayerische Kurier, das Sprachrohr des rechten Flügels der BVP, kontrollierte den Ministerpräsidenten mißtrauisch auf etwaige Annäherungen an Positionen des Zentrums und der Demokraten und zeigte darüber hinaus lebhaftes Interesse an der Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierungskoalition<sup>133</sup>. Und selbst die Bayerische Staatszeitung, die als offizöses Organ der Regierung galt, konnte – sehr zum Ärger des Ministerpräsidenten – von gelegentlichen Querschüssen nicht abgehalten werden<sup>134</sup>. Eine Ausnahme in dieser mehr oder weniger geschlossenen Einheitsfront gegen Lerchenfeld bildete die MNN, die ihn im wesentlichen stützte und in der Frage einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen eine vermittelnde Position einnahm, indem sie einen solchen Schritt zwar befürwortete, von den Deutschnationalen aber die Preisgabe ihres rechtsradikalen Flügels und eine Beibehaltung des von Lerchenfeld eingeschlagenen Kurses der Mäßigung gegenüber dem Reich verlangte<sup>135</sup>.

---

<sup>133</sup>Vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 456ff.

<sup>134</sup>Ebd., S. 457f.

<sup>135</sup>MNN Nr. 322 v. 3.8.1922.

Es scheint, daß Gerlich im Laufe des Jahres 1922 die Möglichkeit hatte, seine eigenen politischen Vorstellungen relativ unbeeinflußt in der Zeitung zu vertreten. Lerchenfeld, bei dem sich eine unbestreitbar demokratische Grundhaltung mit einem Beharren auf nationalen und föderalistischen Positionen verband, stand Gerlich in seinen Anschauungen sicher nahe. Nach dem Rücktritt Lerchenfelds und der Benennung Eugen von Knillings als neuem Regierungschef in Bayern zeigte Gerlich sich von dieser Personalentscheidung enttäuscht. Er war der Meinung, daß die BVP in der gespannten Lage, in der sich Bayern und das Reich politisch und wirtschaftlich befand, einen ihrer beiden Spitzenmänner mit wirtschaftlicher Kompetenz und starkem innerparteilichem Rückhalt, Heim oder Schlittenbauer, an die vorderste Front der Verantwortung hätte schicken müssen.

#### b) Der Kriegsschuldprozeß

Daß Gerlich im Laufe des Jahres 1922 seinen Sympathien für eine moderate Politik im Sinne des Ministerpräsidenten von Lerchenfeld nachgeben konnte, lag sicher zu einem gewissen Teil auch an der Tatsache, daß sich die Aktivitäten der maßgeblichen Männer der Zeitung, allen voran Cossmanns, auf die Durchführung eines Prozesses konzentrierten.

Der Versailler Vertrag und die darin enthaltene Kriegsschuld Klausel (Artikel 231) hatten bei Paul Nikolaus Cossmann eine tiefe Wunde hinterlassen. War er zunächst zu einer Gewissenerforschung durchaus bereit gewesen, stellte er seit dem Ende des Jahres 1919 die Monatshefte ganz in den Dienst der Widerlegung dreier vermeintlicher Lügen: der Schuld Deutschlands am Kriege, der gegen die Normen der Humanität verstoßenden Kriegsführung Deutschlands und der allein militärischen Gründe für die Niederlage Deutschlands<sup>136</sup>. Karl Alexander von Müller griff im Juliheft des Jahres 1921 eine bereits im Septemberheft 1919 von Georg Karo vorgebrachte Anschuldigung gegen die Aktenveröffentlichungen Eis-

---

<sup>136</sup>So faßte E. v. ARETIN die »Kriegsarbeit einer deutschen Zeitschrift« im Augustheft der Süddeutschen Monatshefte des Jahres 1924 zusammen.

ners auf. Der bayerische Ministerpräsident hatte im November 1918 Schriftstücke des Legationsrates von Schoen aus den Akten des bayerischen Bundesratsministeriums unter dem Namen des ehemaligen bayerischen Bundesratsgesandten, Graf von Lerchenfeld, veröffentlicht und durch Auslassungen und Hervorhebungen den Eindruck verstärkt, Deutschland habe im Juli 1914 eine Ausweitung des Österreich-Serbischen Konfliktes zum Weltkrieg planmäßig betrieben<sup>137</sup>. Das Dokument spielte dann eine nicht unerhebliche Rolle bei der Argumentation der alliierten Kriegsschuldkommission in Paris und somit für die Entstehung des Kriegsschuldartikels<sup>138</sup>. Cossmann veröffentlichte eine Ausgabe des Originalberichtes mit allen Veränderungen in der Julinummer 1921 (»Der große Betrug«) und von Müller schrieb einen Artikel, in dem aus der Tatsache der »schlampigen, liederlichen und verfälschten« Wiedergabe der Dokumente durch Eisner der Schluß gezogen wurde, daß der ganze Friedensvertrag von Versailles einer Revision zu unterziehen sei<sup>139</sup>. Der Herausgeber der Monatshefte fügte dem Artikel eine Anmerkung bei, aus der hervorging, daß die Frau Eisners den Sekretär ihres inzwischen ermordeten Mannes, Felix Fechenbach, als Urheber der Fälschungen bezeichnet habe. Der so der bewußten und absichtlichen Fälschung Beschuldigte klagte vor dem Amtsgericht München wg. übler Nachrede, was Cossmann die Möglichkeit bot, die Kriegsschuldfrage durch ein Gericht »klären zu lassen«. Der Prozeß begann am 27.4.1922 und endete am 11.5.1922 mit einem Freispruch Cossmanns, obwohl die Täterschaft Fechenbachs nicht bewiesen werden konnte. Eine ganze Reihe angesehener Historiker und Politiker hatte vor Gericht als Gutachter ausgesagt und alle waren zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei der Aktenpubli-

---

<sup>137</sup>Vgl. W. SELIG, S. 32.

<sup>138</sup>Ob sie wirklich eines der »Hauptbeweisstücke« der Kommission gewesen sind, ist umstritten, in diesem Sinne F. DICKMANN, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, München 1964, S. 63. Für die gegenteilige Meinung vgl. M. DREYER/O. LEMBCKE, S. 73ff

<sup>139</sup>K. A. v. MÜLLER, Neue Urkunden, Süddeutsche Monatshefte 7(1921), S. 293ff.

kation Eisners in der Tat um eine zumindest sehr fahrlässige Verdrehung der Tatsachen gehandelt habe, eine Meinung, der sich auch das Gericht in seinem Urteil anschloß<sup>140</sup>.

Gerlich war an der Vorbereitung des Verfahrens und seiner journalistischen Begleitung nicht beteiligt. Während der Dauer des Prozesses – über den fast täglich auf der Titelseite der MNN kommentiert wurde – hat er nicht einmal zum Gang der Verhandlungen Stellung genommen. Erst nach der Verkündigung des Urteils äußerte sich auch der Hauptschriftleiter des Blattes zu den Ergebnissen der Verhandlungen und schloß seinen Bericht unter der Überschrift »Der Justizmord von Versailles« mit den pathetischen Worten: »Der Prozeß, der vor dem Forum des Münchener Gerichtes ausgetragen worden ist, muß vor das Forum der Welt gebracht werden. Die Arbeiter der ganzen Welt müssen wissen, was den deutschen Arbeitern, was jedem Deutschen in Versailles geschehen ist«<sup>141</sup>. Aus diesen Worten ist auch die Intention Cossmanns zu erschließen, dem es vor allem darum ging, die Arbeiterschaft, die in der Kriegsschuldfrage auf dem Standpunkt stand, daß der Weltkrieg vor allem durch die Interessenpolitik des deutschen Imperialismus und seiner kapitalistischen Propagadisten verursacht worden sei, mit den alten Eliten zu versöhnen und dadurch die nationale Geschlossenheit im Abwehrkampf gegen Versailles zu stärken<sup>142</sup>. Entsprechende Versuche die politischen Kräfte<sup>143</sup> und vor allem die Reichsregierung für eine allgemeine propagandistische Ausschlachtung der Prozeßergebnisse zu gewinnen, scheiterten zu Cossmanns Erbitterung<sup>144</sup>.

---

<sup>140</sup>Vgl. W. SELIG, S. 34f.

<sup>141</sup>MNN Nr. 202 v. 12.5.1922, S. 2.

<sup>142</sup>Für die Absicht Cossmanns vgl. Cossmann an Vögler v. 21.8.1922, BayHStA V, NL Cossmann 1, und Cossmann an Heim v. 10.11.1922; ebd. 10.

<sup>143</sup>Hergt an Gerlich v. 30.5.1922; NLG 33/26.

<sup>144</sup>Cossmann an Heim v. 10.11.1922; s.o.



Cossmann gab sich der Illusion hin, daß die zugrundeliegende Streitfrage durch eine Gerichtsverhandlung klären ließe. Diese Überzeugung und die Erwartung, daß die Entscheidung eines deutschen Amtsrichters in der Lage sein würde, das Rad der Weltgeschichte zurückzudrehen, zeugt von einem erheblichen Maß an Naivität. Die von Cossmann tief empfundene Schmach des verlorenen Weltkrieges war auf diesem Wege nicht zu beseitigen. Darüber hinaus hing weder der Kriegsschuldartikel monokausal an den Aktenveröffentlichungen Eisners, noch die politischen Absichten und Pläne der Alliierten am Kriegsschuldartikel. Letztlich hatte der Prozeß vor allem eine Funktion: nicht etwa nur die Bestreitung der Alleinschuld Deutschlands zu fundieren, sondern darüber hinaus die Unschuld Deutschlands in Zukunft sorglosen Gewissens behaupten zu können<sup>145</sup>.

### c) Die Stellung zum Nationalsozialismus

Der Hauptvorwurf, der Gerlich in der kritischen Literatur immer wieder, wenn auch in unterschiedlicher Schwere gemacht wird, ist das angebliche Versagen der Münchner Neuesten Nachrichten vor der Herausforderung durch den in München heranwachsenden Nationalsozialismus<sup>146</sup>. Diesen Vorwurf gilt es zu klären. Gerlichs Haltung zum Antisemitismus brachte es mit sich, daß eine wirkliche Sympathie für die Bewegung Adolf Hitlers bei ihm kaum aufkommen konnte. Diese Tatsache wurde durch die geistige Mittellosigkeit des Parteiprogrammes der NSDAP noch verstärkt. In einem Artikel aus dem Juni 1921 schreibt er daher über die langsam an Gewicht gewinnende Hitlerpartei: »Irgend eine ernsthafte, politisch aufbauende Macht kann diese vom Radauantisemitismus geführte Bewegung

---

<sup>145</sup>Vgl. hierzu: M. DREYER/O. LEMBCKE, S. 73ff.

<sup>146</sup>Während sich KARL OTMAR VON ARETIN in seinem Beitrag »Fritz Gerlich als Journalist im Umfeld der bayerischen Politik« (in E. v. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 149ff.) auf die Aussage beschränkt, Gerlich habe es im »krisenreichen Sommer 1923« an der notwendigen Klarheit fehlen lassen, ist PAUL HOSER der Meinung, Gerlich habe Hitler seit Anfang 1923 »unbestreitbar geschont« (DERS., Münchner Tagespresse, S. 557).

niemals werden. Sie kann höchstens zerstören. Denn ihr positives Programm ist wirtschaftlich und kulturell von einer Torheit und Dürftigkeit, die ihresgleichen suchen. Und gerade die von dieser Bewegung erfaßten Kreise – soweit sie überhaupt Handarbeiter, speziell Industriearbeiter und nicht wirtschaftlich verärgerte Kleinbürger sind – sind gar nicht diejenigen Kreise der Arbeiterschaft, bei denen eine Abwendung vom Marxismus am aussichtsreichsten und lohnendsten wäre«<sup>147</sup>. Hitler nahm die Münchner Neuesten in seinen, sich zunehmender Beliebtheit erfreuenden, Kundgebungen und Reden zwar mit einer gewissen Regelmäßigkeit aufs Korn, mit der Person Gerlichs scheint er sich in seinen Reden aber nur zweimal direkt beschäftigt zu haben<sup>148</sup>.

In den Jahren 1921/22 spielt die NSDAP in der Berichterstattung der Münchner Neuesten Nachrichten ansonsten keine wesentliche Rolle, Hitler gewinnt zwar zunehmend an Einfluß, doch meint man dies in den Kreisen, für die er ohnehin zunächst nur der ›Trommler‹ ist, ignorieren zu können. Dies änderte sich mit dem Januar 1923. Hitler nahm nach der Ausrufung des passiven Widerstandes gegen die französische Ruhrbesetzung eine auch für seine Anhänger überraschende Position ein. Er rief nicht etwa zur Unterstützung dieser Aktion auf, sondern vertrat den Grundsatz: »Nicht nieder mit Frankreich, sondern nieder mit den Novemberverbrechern«<sup>149</sup>. Für den 27./28. Januar 1923 setzte er darüber hinaus den ersten ›Reichsparteitag‹ der NSDAP in München an. Die Lage war mehr als angespannt, und die Tatsache, daß Hitler sich gegen den passiven Widerstand ausgesprochen hatte, verunsicherte die vaterländischen Kreise, die gleichzeitig wußten, welche Sympathien Hitler vor allem bei ihren eigenen Nachwuchskräften hatte<sup>150</sup>. Ob-

---

<sup>147</sup>MNN Nr. 231 v. 8.6.1921, S. 1f.

<sup>148</sup>So am 13.8.1920 und am 21.10.1921. Vgl. Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. v. E. JÄCKEL, Stuttgart 1980, S. 204 und S. 504.

<sup>149</sup>MNN v. 19.1.1923.

<sup>150</sup>G. FRANZ-WILLING, S. 232.

wohl sowohl die militärischen als auch die polizeilichen Machthaber sich dagegen ausgesprochen hatten, verhängte die bayerische Regierung am 26. Januar den Ausnahmezustand und verbot alle geplanten Veranstaltungen. Eine erneute Intervention der Generäle von Epp und von Lossow bewegte die Regierung schließlich zur Genehmigung mehrerer Veranstaltungen, die nun umso ungestörter ablaufen konnten, als aufgrund des gegen Hitler verhängten Ausnahmezustandes jede Art von Gegendemonstration unmöglich war!<sup>151</sup> Die Ereignisse um den Reichsparteitag der NSDAP waren ein sicheres Zeichen für die Hilflosigkeit, mit der die bayerische Regierung dem auftrumpfenden Führer der nationalsozialistischen Regierung gegenüberstand.

Gerlich nahm das Hin und Her zum Anlaß, heftige Kritik an der Regierung Knilling zu üben: »So kann man nicht regieren«<sup>152</sup>. Neben dem Rücktritt des Innenministers, den er für das administrative Chaos verantwortlich machte, brachte Gerlich eine weitere Forderung ein: »Daher scheint uns ein staatlicher Notstand in Bayern gegeben, der nur durch einen starken Entschluß des Volkes selbst behoben werden kann, indem das bayerische Volk sich aus einer Urwahl einen Staatspräsidenten wählt, dem es insgesamt sein Vertrauen schenkt, weil er Träger seiner nationalen Gefühle und seiner nationalen Hoffnungen ist«<sup>153</sup>. Von seiten der BVP, die den Gedanken eines Staatspräsidenten für Bayern schon lange gefordert hatte, wurde ihm vorgeworfen, er habe sich damit »wenigstens für einen Augenblick in einer kritischen Stunde [...] auf die Seite der Nationalsozialisten gestellt«<sup>154</sup>. Gerlich, der in seinem Artikel in der Tat keine Stellungnahme zur Haltung der Nationalsozialisten abgegeben hatte<sup>155</sup>, ging es vor allem um das Verhalten der Partei-

---

<sup>151</sup>Ebd., S. 234.

<sup>152</sup>MNN Nr. 27 v. 29.1.1923.

<sup>153</sup>Ebd., S. 2.

<sup>154</sup>Augsburger Postzeitung Nr. 26 v. 2.2.1923.

<sup>155</sup>In seinem ersten Artikel über die Verhängung des Ausnahmezustandes hatte er sich

en, denen er vorwarf, nun schon jahrelang die Regierungsverantwortung zu scheuen und sie regelmäßig der Beamtenschaft und ihren Spitzen aufzuladen<sup>156</sup>, eine Vorgehensweise, die ganz zweifellos zur Stärkung der außerparteilichen und damit außerparlamentarischen Kräfte beigetragen hat. In Berlin reagierte man auf die Forderung Gerlichs nach einem Staatspräsidenten – was angesichts der Stimmung in Bayern gleichbedeutend mit der Rückkehr von Kahrs und damit der scharfen Frontstellung zwischen Bayern und dem Reich war – höchst beunruhigt. Über einen Verwandten des Mitinhabers Haniel versuchte die Regierung Einfluß auf die MNN zu nehmen, mußte sich aber mit einigen allgemein gehaltenen Zusagen zufrieden geben<sup>157</sup>.

Gerlich und die MNN hatten mit der Forderung nach einem Staatspräsidenten ihre politische Haltung klar gemacht. Ihre Unzufriedenheit richtete sich nicht gegen die Regierung Cuno in Berlin, sondern vor allem gegen die unsicheren Verhältnisse in München. Eine Lösung dieser Frage – zu der auch die mögliche Bändigung Hitlers, dessen Popularität beständig wuchs, gehörte – erhoffte man sich nur noch von Kahr, der bei den Vaterländischen Verbänden nach wie vor hoch im Kurs stand und somit zumindest Aussichten hatte, die nervöse Stimmung in Bayern abzukühlen.

Nachdem die verantwortlichen Redakteure des Völkischen Beobachters (Eckart) und des Miesbacher Anzeigers (Weger) im April 1923 einer Ladung durch den Staatsgerichtshof wg. fortgesetzter Beleidigung des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministers nicht gefolgt waren und Ministerpräsident Knilling sich darauf beschränkte, den Vertreter der Reichsregierung vor Maßnahmen zur zwangsweisen Vorladung nationalsozialistischer Parteiprominenz nach Leipzig zu

---

jedoch klar von Hitlers Erpressungsversuchen distanziert. MNN Nr. 25 v. 27.1.1923, S. 2.

<sup>156</sup>MNN Nr. 31 v. 2.2.1923.

<sup>157</sup>Vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 247.

warnen, da er in einem solchen Fall für nichts einstehen könne, rügten die MNN das Verhalten Eckarts und Wegers zunächst vergleichsweise milde<sup>158</sup>, um dann deutlicher zu werden. Die nationalen Kreise müßten »einsehen lernen, daß der Rechtsgedanke im staatlichen Leben für sie das Ideal ist, von dessen Verwirklichung Leben und Sterben der Nation abhängt«<sup>159</sup>.

Hinter den Kulissen versuchte sich Cossmann unterdessen als Vermittler. Am 29. März schlug er Kahr, immer noch Präsident der Regierung von Oberbayern, vor, zu einer »unpolitischen vertraulichen Besprechung« einzuladen, bei der Dr. Heim sich für einen »Waffenstillstand aller Nationalen« einsetzen wolle. Einzuladen seien Zentz, Escherich, Hitler, Pöhner, Pittinger, Bauer, Meyer-Absberg, die Leiter der verschiedenen nationalen Verbände und Dr. Schlittenbauer als Vertreter der Bauernorganisationen. Als Moderatoren sollten darüber hinaus Pater Rupert Mayer und die Professoren Pfeilschifter und Sauerbruch zugezogen werden<sup>160</sup>. Ziel der Veranstaltung war die Verhinderung der »von Tag zu Tag fortschreitenden Zerbröselung der nationalen Front«, womit Cossmann vor allem die Entfremdung der Kampfverbände von der Bayerischen Volkspartei und damit die Steigerung einer Putschgefahr meinte. Kahr lehnte den Vermittlungsversuch ab, den er »für ganz aussichtslos« hielt<sup>161</sup>.

Doch Cossmann war nicht das einzige Mitglied der Leitung der MNN, das konkrete politische Vorstellungen hatte und diese durchzusetzen versuchte. Kommerzienrat Seitz machte gegenüber Cossmann erneut klar, was Gerlich seiner Meinung nach zu tun habe. Im Anschluß an einen Bericht über eine Rede Kahrs, der er beigewohnt hatte, betonte er: »Ich unterschreibe jedes Wort, das Kahr gespro-

---

<sup>158</sup>MNN Nr. 100 v. 14.4.1923 und Nr. 104 v. 18.4.1923.

<sup>159</sup>MNN Nr. 115 v. 29.4.1923.

<sup>160</sup>Cossmann an Kahr v. 29.3.1923; BayHStA V, NL Cossmann 11.

<sup>161</sup>Kahr an Cossmann v. 30.3.1923; BayHStA V, NL Cossmann 11.

chen hat und ich meine, seine Gedankengänge sollten auch für unsere Zeitung die feste Grundlage für die Behandlung der nationalen Dinge in Bayern nicht nur, sondern auch im Reich bilden. Hält man sich in unserer Schriftleitung, insbesondere in unserer Hauptschriftleitung unbeirrbar an diesen Leitgedanken, so gehen wir einen sicheren Weg und brauchen nicht zu befürchten, daß uns immer wieder Wankelmut, Unstetigkeit und Unzuverlässigkeit vorgehalten werden«<sup>162</sup>. Cossmann legte den Brief mit dem Vermerk »Besprochen 15.5.23« zu den Akten, woraus man schließen kann, daß er seinen Chefredakteur ins Gebet genommen hat.

Ein weiteres Mitglied der Redaktion darf bei der Aufzählung der zu einem rechten Kurs neigenden Kräfte nicht übersehen werden. Waldemar Vollerthun, der verlängerte Arm des Großadmirals a. D. Tirpitz in der Zeitung, hatte sich Ende 1922 zu einem glühenden Anhänger Hitlers bekehrt, und dies im fast religiösen Sinn des Wortes. So liest man in einem Brief an Tirpitz vom 24.11.1922: »Im übrigen ist Hitler tatsächlich eine aus dem untersten Volk geborene Führernatur. Ich habe mich in den letzten Wochen sehr eingehend mit ihm beschäftigt, habe ihn studenlang bei mir in der Wohnung gehabt und versuche nun erhebliche Geldmittel für ihn aufzutreiben. Er ist ein fabelhafter Kerl, eine von den ganz großen ethischen Glaubensnaturen und Willensmenschen. [...] In manchem ist er ein Luther, in anderem ein Fanatiker wie Cromwell. Auf die Massen wirkt er faszinierend. Eure Exzellenz müßten einmal einer seiner großen Versammlungen beiwohnen. Dabei bin ich geradezu gerührt von seinem Mangel an persönlicher Eitelkeit [...] Hitler hat durch und durch Verständnis für die Elemente, die allein den Erfolg verbürgen. Er ist ein ausgesprochener Machtpolitiker. Gebe Gott, daß es ihm gelingt. Hier in Bayern hat er die Majorität der Machtfaktoren hinter sich, die Polizei, die Reichswehr, und gezwungen auch die Regierung. [...] ›Mein Weg führt von Bayern nach Berlin!‹ Hitler hat eine ungeheure intuitive Psychologie für Propaganda. Seine Reden sind so klar, daß sie faszinieren. Sein Antisemitismus ist nicht Zerstörung, sondern Aufbau, nicht Ausrottung, sondern in die Schranken-

---

<sup>162</sup>Seitz an Cossmann v. 9.5.1923; BayHStA V, NL Cossmann 8.

weisung«<sup>163</sup>. Abgesehen von dem mörderischen Irrtum, der sich im letzten Satz des Zitates ausdrückt, gibt der Brief nicht nur Auskunft über die politische Lage in Bayern, sondern zeigt darüber hinaus, welche alle rationalen Fähigkeiten zersetzende Anziehungskraft Hitler offensichtlich auch auf Männer in gesetzterem Alter auszuüben verstand. Angesichts der sich in dem Schreiben äußernden Verehrung Vollerthuns für Hitler kann man sich ausmalen, welche Haltung der außenpolitische Redakteur in den täglichen Schriftleitersitzungen der Zeitung einnahm<sup>164</sup>.

Aber auch von anderer Seite wurde Druck auf Gerlich ausgeübt. Die Direktoren des Verlages Knorr & Hirth, die die Lage vor allem unter finanziellen Gesichtspunkten betrachteten, darüber hinaus aber noch aus der Ära vor der Übernahme der Zeitung durch die Schwerindustrie stammten und sich daher auch als das liberale Gewissen der Zeitung verstanden, richteten ein Memorandum<sup>165</sup> an die Gesellschafter der MNN. Darin beklagen sie die »exzeptionelle Stellung der Chefredaktion« und meinen damit die Vertragsbedingungen, die Gerlich seinerzeit ausgehandelt hatte und die ihm völlige Freiheit in der inhaltlichen Gestaltung der Zeitung zusicherten: »Eine derartige Machtvollkommenheit ist einzig dastehend in der ganzen deutschen Schriftwelt«. Hinter vorsichtigen Andeutungen versteckten sich offensichtlich Beschwerden jüdischer Anzeigenkunden, die sich von der Zeitung eine deutlichere Stellungnahme gegen den Antisemitismus und seinen Herold Hitler wünschten. Gerlich stellte in seinem Antwortschreiben<sup>166</sup> zunächst

---

<sup>163</sup>Vollerthun an Tirpitz v. 24.11.1922; BA-MA NL Tirpitz 309 fol. 23.

<sup>164</sup>Es ist erstaunlich, wie schnell Vollerthun nach dem Scheitern der Hitlerbewegung seine vormalige Begeisterung vergessen hatte und wieder den distanzierten Beobachter spielte: »Ich kann diese Hitler-Ludendorff-Krankheit hier in Bayern nur als äußerste Hysterie eines seelisch noch sehr kranken Volkes bezeichnen. Sehr bezeichnend dafür ist, daß sie vor allem bei den Weibern grassiert«; Vollerthun an Tirpitz v. 7.4.1924; Ebd. fol. 75.

<sup>165</sup>Helfreich, Trefz und Leupold an Seitz und Cossmann v. 28.4.1923; NLG 33/57.

<sup>166</sup>Gerlich an Seitz v. 7.5.1923; NLG 33/65.

klar, daß die Stellungnahme der Zeitung zu den Ereignissen des 1. Mai die Einstellung der Münchner Judenschaft deutlich zum Positiven verändert habe<sup>167</sup>. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, die Politik des Blattes seit Anfang 1923 zu rechtfertigen, die er »im engsten Einvernehmen mit Professor Cossmann«<sup>168</sup> durchgeführt habe. Die Verhängung des Ausnahmezustandes über Bayern anläßlich des NSDAP-Parteitages sei von ihm deswegen scharf kritisiert worden, weil sie ohne eine wirkliche Machtbasis erfolgte und Bayern deswegen nur knapp an einer Revolution vorbeigeschlittert sei. Um das Verhältnis zwischen der Regierung und den Verbänden zu verbessern, habe er deshalb den Rücktritt Schweyers gefordert, »der einem solchen Vertrauensverhältnis vor allem im Wege stand«<sup>169</sup>. »Es war ferner politisch das einzig Mögliche, den radikalen Flügel der nationalen Organisationen, nämlich die Hitler-Bewegung, in die Gesamtheit dieser Verbände einzuordnen, um ihr dadurch Bindungen aufzuerlegen«. Wie dramatisch die Leitung des Blattes die Situation eingeschätzt hatte, wird aus folgender Aussage deutlich: »Diese Politik der MNN, die es unterliess, gegen einen allseits gefeierten Volksführer Sturm zu laufen, als dieser Mann noch Aussicht auf eine vernünftige nationale Tätigkeit bot und gleichzeitig im Besitze fast souveräner Macht in München war, hat sich vollständig bewährt«. Was man sich unter einer »vernünftigen nationalen Tätigkeit« Hitlers vorstellen soll, bleibt das Geheimnis des Hauptschriftleiters der MNN.

Die vorübergehende Gewißheit, daß durch eine »Einrahmungspolitik« – er war nicht der letzte, der sich bezüglich dieser Möglichkeit Illusionen hingab – das Hitler-Problem »heute einer krisenlosen Lösung« entgegenreife, gründete in den Vorgängen um die Feiern am 1. Mai. Im Vorfeld dieses traditionell von den Gewerkschaften beherrschten Tages streuten die Rechtsradikalen das Gerücht aus, daß ein

---

<sup>167</sup>Ebd., S. 1.

<sup>168</sup>Ebd., S. 2.

<sup>169</sup>Ebd., S. 3.



Linksputsch geplant sei<sup>170</sup>. Da die Staatsregierung nicht bereit war, der Forderung der Vaterländischen Verbände nach einem Verbot jeglicher Kundgebung der Gewerkschaften nachzugeben, versammelten sich am Morgen des 1. Mai bewaffnete Haufen der SA und der Vaterländischen Verbände aus München und ganz Bayern auf dem Oberwiesenfeld und bereiteten sich durch paramilitärische Übungen auf einen Einsatz als »Notpolizei gegen links« vor. Durch die feste Haltung von Regierung und Landespolizei, schließlich auch des Militärs wurde die ganze Aktion für Hitler zu einem Fiasko<sup>171</sup>. Gerlich verließ nun zunächst seinen Anti-Konfrontationskurs und kommentierte die Lage mit Ernst: »Die Lächerlichkeit gewisser politischer Unternehmungen der letzten Zeit hier in München tötet zum mindesten das Ansehen des bayerischen Volkes und Staates in Deutschland. Sie nimmt dadurch unserem politischen Wort jegliches Gewicht und erzeugt damit schwere Hemmnisse in der Vertretung der berechtigten Interessen Bayerns«<sup>172</sup>. Auch über Ausschreitungen gegen demokratische Parteimitglieder berichtet er nun mit der angebrachten Empörung<sup>173</sup>.

Gerlichs positive Einschätzung der Lage nach der mißglückten Machtdemonstration vom 1. Mai, wie sie sich auch in dem oben zitierten Schreiben äußerte, sollte nur kurze Zeit Bestand haben. Hitler mochte sich in den Augen politisch denkender Menschen lächerlich gemacht haben<sup>174</sup>, durch die erneut ausbleibende strafrechtliche Verfolgung seiner Eskapaden mußte in weiten Kreisen der Ein-

---

<sup>170</sup>W. MASER, Frühgeschichte, S. 389.

<sup>171</sup>Zum Hergang ebd., S. 390. Hitler hatte über Röhm auch Waffen der Reichwehr erhalten, die letzterer am Mittag des 1. Mai auf Befehl seines Vorgesetzten wieder einsammeln lassen mußte.

<sup>172</sup>MNN Nr. 118 v. 2.5.1923.

<sup>173</sup>Ebd., S. 5.

<sup>174</sup>So auch der württembergische Gesandte in Bayern, Moser v. Filseck: »Die ganze Situation entbehrte nicht einer gewissen Komik«; BENZ (HRSG.), Politik in Bayern, S. 126.

druck entstehen, daß er auch von der bayerischen Staatsregierung als Machtfaktor anerkannt wurde, der bereits den Status der Unantastbarkeit innehatte. Die galoppierende Inflation und die andauernde Regierungskrise in Berlin taten ihr übriges, um die Stimmung anzuheizen<sup>175</sup>. Gustav Stresemann, seit dem 14. August Reichskanzler als Nachfolger des durch die SPD gestürzten Cuno, mußte am 26. September den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung beenden, da Deutschland am Ende seiner wirtschaftlichen und moralischen Kraft angekommen war. Noch am selben Tag sah die bayerische Regierung keine andere Möglichkeit die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, als den Ausnahmezustand zu verhängen und Gustav von Kahr als Generalstaatskommissar die vollziehende Gewalt zu übertragen<sup>176</sup>.

Die MNN und ihr Chefredakteur hatten nach dem kurzen Intermezzo des 1. Mai ihre Politik der Deeskalation in Bezug auf die Nationalsozialisten fortgesetzt. Bezeichnend für diese Taktik ist die Berichterstattung über den sog. »Deutschen Tag«, den die Vaterländischen Verbände am 2./3. September in Nürnberg abhielten und in dessen Mittelpunkt das Bündnis Hitler/Ludendorff stand. Der Bericht der Zeitung über dieses Ereignis ist wohlwollend in Bezug auf die Vaterländischen Verbände, nennt den Namen Hitlers aber nicht einmal. Nach der Betrauung Kahrs mit dem Generalstaatskommissariat stellte sich die Zeitung voll hinter dessen Maßnahmen<sup>177</sup>, was angesichts des bald ausbrechenden Streites mit der

---

<sup>175</sup>Zur Entwicklung der Inflation: H. MÖLLER, Weimar, S. 155.

<sup>176</sup>Die Einsetzung Kahrs war seit Anfang des Jahres der Wunsch der konservativen Kräfte, wenn auch nicht der Radikalen. In die Wege geleitet wurde der faktische Machtwechsel bezeichnenderweise nicht durch die Regierung, sondern durch ein Arrangement der verschiedenen Nebenregierungen. So hatte einer der starken Männer der BVP, der spätere Ministerpräsident Held, bereits Mitte September zwei Tage mit dem Kronprinzen Rupprecht über eine solche Maßnahme verhandelt; W. BENZ (HRSG.), Politik in Bayern, S. 130.

<sup>177</sup>Wenn P. HOSER (Münchener Tagespresse, S. 468) behauptet, daß Gerlich den nicht hinter Hitler stehenden Vaterländischen Verbänden nicht die gleiche Berücksichtigung bei der Veröffentlichung von Veranstaltungenanzeigen zukommen ließ, wie den Kampfverbänden, so hält diese Aussage einer Überprüfung nicht stand. Vgl. MNN Nr.

Reichsregierung zum Ausdruck kam. Daß Gerlich an einer Entschärfung der Lage interessiert war, machte er deutlich, als die Reichsregierung Ende September erneut über ihren Vertreter in München Einfluß auf Gerlich zu nehmen versuchte, um separatistischen Neigungen in der bayerischen Bevölkerung die Spitze zu nehmen<sup>178</sup>. Gerlich, dem solche Vorstellungen ohnehin nicht genehm gewesen sein dürften, schrieb daraufhin einen Artikel, in dem er nach einer Analyse der politischen Situation eindringlich auf die Notwendigkeit innerer Geschlossenheit hinwies: »Nicht um Monarchie oder Republik geht es heute, nicht um eine Diktatur von rechts oder links, sondern allein um die Frage: Wie retten wir unser Vaterland, wie bewahren wir das Reich vor Chaos und Untergang?«<sup>179</sup>.

Eine abschließende Bewertung der Haltung Gerlichs zum Nationalsozialismus in den Jahren 1920 bis 1923 sieht sich vor einige Probleme gestellt. Unbestreitbar ist zunächst, daß die politischen Inhalte Hitlers, sein Antisemitismus und das krause 25-Punkte-Parteiprogramm in krassem Widerspruch zu den politischen Vorstellungen Gerlichs standen. Gerlich hat dies zunächst auch klar formuliert, was unter anderem zu Angriffen Hitlers auf die Person des Hauptschriftleiters der MNN bei seinen Reden führte. Die Entwicklung der politischen Lage führte Gerlich seit Anfang 1923 zu einer Politik der Beschwichtigung gegenüber den ständig mit Putsch drohenden Rechtsradikalen, welche Haltung durch die Einflüsse, die innerhalb des Machtgefüges der Zeitung auf die Hauptschriftleitung ausgeübt wurden, bestärkt wurde. Nichtsdestotrotz muß festgehalten werden, daß der Chefredakteur des wichtigsten Blattes am Ort seine vertraglich festgelegte Unabhängigkeit in weit größerem Maße hätte nutzen können, um Hitler zu bekämpfen. Dies unterblieb aus einer Frontstellung gegen die Reichsregierung, die er, wie alle

---

111. v. 25.4.23, Nr. 264 v. 29.9.23 und Nr. 276 v. 11.10.23.

<sup>178</sup>Vgl. Vertretung der Reichsregierung München an von Rheinbaben v. 21.9.1923; BA Koblenz R43/I Nr. 2218 fol. 96.

<sup>179</sup>»Die Nervenprobe«, MNN Nr. 256 v. 21.9.1923.

konservativen Kräfte in Bayern, unter der offenen oder verborgenen Regie der verhaßten Sozialdemokraten stehend ansah. Dadurch ergaben sich Koalitionen, die eine Einbindung, bzw. ›Einrahmung‹ der radikalen Kräfte um Hitler angezeigt erscheinen ließ<sup>180</sup>. Man sollte aber nicht übersehen, daß die Machtstellung Hitlers keineswegs allein auf die laue Haltung der gemäßigten Blätter der bayerischen Hauptstadt gegründet war, sondern auf eine breite Unterstützung seiner Politik durch weite Kreise der Bevölkerung, die in Massen zu seinen Veranstaltungen strömte, weil man sich von ihm eine Lösung der außen- und innenpolitischen Probleme erhoffte. Die spezifische Konstellation der politischen Landschaft in Bayern, die Taktik der bayerischen Volkspartei, die ihre Aktivitäten weitgehend außerhalb des Parlaments entwickelte und deren Führungspersonlichkeiten die Übernahme wirklicher politischer Verantwortung ablehnte, verstärkten diese Probleme und untergruben das Ansehen der parlamentarischen Demokratie.

#### d) Der Hitlerputsch

Die Übernahme der vollziehenden Gewalt durch den Generalstaatskommissar führte keineswegs zu einer Beruhigung der Lage. Es kam im Gegenteil innerhalb weniger Wochen zu einer Verschärfung der Frontstellung gegenüber der Reichsregierung, nachdem Kahr sich geweigert hatte, Anordnungen der Reichsregierung umzusetzen. Wieder einmal entzündete sich der Konflikt an beleidigenden Artikeln des Völkischen Beobachters. Der Reichswehrminister erließ am 28. September ein Verbot des Blattes, das aber vom Chef der bayerischen Reichswehr, General von Lossow nicht ausgeführt, sondern an den Generalstaatskommissar weitergeleitet wurde, der das Verbot als Einmischung in die inneren Angelegenheiten

---

<sup>180</sup>Gerlich scheint im Frühjahr 1923 der Meinung gewesen sein, man könne Hitler in eine vernünftige Politik einbinden. So erklärt sich wohl auch die Tatsache, daß es in diesem Zeitraum zu einem Treffen mit dem NSDAP-Führer in Gerlichs Privatwohnung gekommen ist. Ob diese Begegnung tatsächlich auf Betreiben Hitlers zustande kam, wie Gerlich später behauptete, kann aufgrund der Tatsache, daß er sich bei seinem Bericht im ›Illustrierten Sonntag‹ (Nr. 29 v. 19.7.1931, S. 5) jeder Äußerung über den Inhalt dieses Gespräches enthält, durchaus bezweifelt werden; Vgl. O. BENDER, S. 43.

Bayerns bezeichnete und seine Befolgung verweigerte<sup>181</sup>. Auch die daraufhin von Berlin verfügte Absetzung von Lossows wurde in Bayern ignoriert, im Gegenzug die bayerischen Reichswehrtruppen auf den Staat Bayern verpflichten<sup>182</sup>. Trotz dieser Kette von offensichtlichen Verfassungsbrüchen der bayerischen Regierung versuchte Reichskanzler Stresemann weiterhin auf dem Wege des Kompromisses voranzukommen. Angesichts der katastrophalen politischen Großwetterlage (Inflation, Separatismus am Rhein, Volksfrontregierungen in Sachsen und Thüringen) blieb ihm wohl auch gar nichts anderes übrig. Die maßgebenden politischen Kräfte in Bayern taten alles in ihrer Macht Stehende, diese großzügigen Angebote nicht zur Geltung kommen zu lassen<sup>183</sup>.

Die MNN taten ihren Teil, um Kahrs Position gegenüber dem Reich zu verteidigen. Die Auseinandersetzung war in ihrer Lesart eine »von der Reichsregierung heraufbeschworenen Auseinandersetzung zwischen München und Berlin«<sup>184</sup>. Als Feigenblatt für die bayerische Vorgehensweise nahm Gerlich dabei das angeblich laue Vorgehen der Reichsregierung gegen die linken Putschisten in Sachsen und Thüringen: »Der Landesverrat des Herrn Zeigner, die Anarchie in Sachsen wird mit Geduld behandelt; dagegen eine noch dazu recht läppische Beleidigungssache in Bayern mit dem Aufwand größter Energie, mit Drohung von Reichsexekution,

---

<sup>181</sup>W. MASER, Frühgeschichte, S. 434.

<sup>182</sup>Die Soldaten wurden auf die folgende Formel vereidigt: »Auf Grund des mir eben vorgelesenen Aufrufes der bayerischen Regierung bekenne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und Reich in Pflicht genommen bin, und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten«; MNN Nr. 287 v. 22.10.1923, S. 1.

<sup>183</sup>Vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 259f.

<sup>184</sup>MNN Nr. 287 v. 22.10.1923. Die Liberalität ging zumindest noch so weit, in dieser Ausgabe auch eine Stellungnahme der DDP – als deren publizistischer Arm die Zeitung lange Zeit gegolten hatte – zu veröffentlichen, in der die Partei das Verhalten der bayerischen Regierungskreise scharf kritisierte.

usw., angefaßt, obwohl sogar in dieser Sache von bayerischer Seite nicht unterlassen wurde, Abhilfe zu leisten; denn der betreffenden Zeitung war, wie gesagt, eine sehr ernste Verwarnung zuteil geworden«<sup>185</sup>. Gerlich unterstellt als Motivation den Wunsch des Marxismus, den Staat zu destabilisieren. In der Frage der Auseinandersetzung mit Bayern könne dies geschehen, indem man Bayern zwingt, »den Schutz über die nationale Bewegung preiszugeben« oder Bayern in den Separatismus zu treiben. Beides müsse von Bayern her vermieden werden.

Auch die Hintermänner der Zeitung blieben nicht untätig. Kommerzienrat Seitz zeigte sich in einem Brief an Cossmann empört über eine angebliche Intervention Oswald Spenglers beim Ministerpräsidenten. Spengler habe eine Kompromißformel vorgeschlagen, nach der Bayern Lossow fallenlassen würde und Stresemann sich im Gegenzug von seinem Reichswehrminister trennen sollte. Seitz zog daraus sofort die Konsequenz, seine finanzielle Unterstützung für Spengler, dessen Vortragsreisen aus Mitteln der Gaa bezahlt wurden, zu sistieren<sup>186</sup>. Cossmann seinerseits versuchte auf militärische Stellen in Berlin einzuwirken, die Politik des Reichswehrministers nicht zu unterstützen<sup>187</sup>. Ende des Monats Oktober kamen in der Zeitung kurzfristig wieder moderatere Töne zu Worte. So druckte das Blatt am 28. Oktober einen offenen Brief des ehemaligen bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Hugo von Lerchenfeld-Köfering, der alle Parteien zu einem Festhalten am föderalen Prinzip und zu unbedingter Reichstreue aufforderte. Die Redaktion versagte sich aber nicht einen Kahr in Schutz nehmenden Vorspann: »Auch bei dieser Gelegenheit sei hervorgehoben, daß Generalstaatskommissar v. Kahr, bekanntlich ein Gegner der weimarischen Verfassung, wie Graf Lerchenfeld ein

---

<sup>185</sup>MNN Nr. 288 v. 23.10.1923.

<sup>186</sup>Seitz an Cossmann v. 26.10.1923 und Cossmann an Seitz v. selben Tage; BayHStA V, NL Cossmann 2.

<sup>187</sup>Cossmann an Generaloberst von Stülpnagel v. 16.10.1923; Ebd.

Anhänger der alten föderalistischen Verfassung und leidenschaftlicher Großdeutscher ist«<sup>188</sup>.

Als mit dem Austritt der SPD-Mitglieder aus der Regierung am 2. November das zweite Kabinett Stresemann gescheitert war, kommentierte Gerlich den Vorgang unter dem Titel »Sozialistischer Bankrott« folgendermaßen: »Die ›Große Koalition‹ ist zu Ende. Als man sie schuf, wurde sie den ›beschränkten Untertanen‹ unserer heutigen parlamentarischen Autokraten als die stärkste Regierung angekündigt, die Deutschland bisher besessen habe«<sup>189</sup>. Gerlich ist der Meinung, daß eine Regierung unter der Beteiligung der Marxisten (SPD) nie Bestand haben könne, da diese den Staat nicht befestigen wollten. Es gehe nun um »den Wiederaufstieg aus der marxistischen Verwüstung im Inneren« und den »Wiederaufstieg als freie Nation«. Für letzteres müsse man bereit sein, sich von dem »auf der Schuldflüge aufbauenden Versailler Unfriedensvertrag« loszusagen<sup>190</sup>.

Es fehlte in der ›heißen‹ Phase vor dem Putsch auch in München nicht an besonnenen Stimmen. Neben bekannten Politikern wie Graf Lerchenfeld, dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten<sup>191</sup>, ergriff auch Kardinal Faulhaber in Form eines offenen Briefes an den Reichskanzler das Wort, um zur Unterstützung der Reichsregierung aufzurufen: »Wie sollen berufene Staatsmänner auf die Dauer den Mut haben, in der Regierung die Last der Verantwortung zu tragen, wenn ihnen fortwährend die Zirkel gestört und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung mit unfruchtbarer, rein negativer Kritik statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden? Wie sollen wir über die ins Riesenhafte gewachsene wirtschaftliche Not, über das mit der Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Win-

---

<sup>188</sup>MNN Nr. 293 v. 28.10.1923, S. 1.

<sup>189</sup>MNN Nr. 298 v. 3.11.1923, S. 1.

<sup>190</sup>Ebd., S. 2.

<sup>191</sup>Vgl. dessen Betrachtungen zur Lage in der Augsburgsburger Postzeitung, auch abgedruckt in: Vossische Zeitung Nr. 528, 7.11.1923 Abendausgabe, S. 1 f.

ters Herr werden, wenn nicht alle sittlichen Mächte ohne Unterschied der Konfession und Standespflicht und Partei zusammenhelfen? Wie wollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgruppen in Bausch und Bogen, ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf, den Stab bricht, oder den Bürgerkrieg nährt, der unabsehbare neue Verwüstungen anstiften und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung besiegeln würde? Nach dem Zeugnis der Geschichte waren Bürgerkriege noch immer die erbittertsten und blutigsten und wundenreichsten Kriege.«<sup>192</sup>

Der sich zuspitzenden Situation wollten jene Kräfte, die hinter Kahr standen, durch eine Kundgebung am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller entgegenwirken. Um ein Erscheinen Hitlers und seiner Anhänger zu vermeiden, sollte auf eine Bekanntmachung in der Presse verzichtet werden<sup>193</sup> – eine Maßnahme, der sich nur die MAA durch den Abdruck einer kurzen Notiz widersetzte.<sup>194</sup> Ein Übergriff Hitlers erschien auch durch die Tatsache ausgeschlossen, daß die Reichskriegsflagge für den selben Abend eine Ansprache ›ihres Führers‹ bei einem »kameradschaftlichen Festabend für die Angehörigen und Freunde des Deutschen Kampfbundes« im Löwenbräukeller angekündigt hatte.<sup>195</sup> Anlässlich des 5. Jahrestages der Novemberrevolution wollte v. Kahr ein »großes Programm deutscher Freiheit und deutscher Einheit« verkünden, das im wesentlichen aus einer Abrechnung mit Marxismus und Sozialdemokratie bestand. Das Manuskript zu seiner programmatischen Rede ist nach Auskunft Aretins gemeinsam mit Schiedt

---

<sup>192</sup>»Kardinal Faulhaber an den Reichskanzler. Gegen Rassenhaß, Bürgerkrieg und Nationalismus«, Vossische Zeitung Nr. 529, 8.11.1923 Morgenausgabe, S. 6. Der Brief hat in der gesamten bürgerlichen Presse Berlins starke Resonanz hervorgerufen, so nahm das Berliner Tagblatt (Nr. 524, 7.11.1923, S. 1 f.) ihn zum Thema eines Leitartikels.

<sup>193</sup>Hitlerprozeß I, S. 124.

<sup>194</sup>Vgl. P. Hoser, Münchner Presse, S. 480.

<sup>195</sup>VB Münchner Ausgabe Nr. 228, 8.11.1923, S. 1.



in den Redaktionsräumen der MNN entstanden<sup>196</sup>. Und in der Tat weisen Duktus und Inhalt der Rede eindeutig auf Gerlichs Mitverfasserschaft hin. Eine kurze Analyse des Redetextes<sup>197</sup> kann nicht nur jeden Zweifel in der Autorenfrage beseitigen, sondern auch die Frage nach Gerlichs politischem Standort im ›heißen Herbst‹ 1923 ein wenig erhellen.

Die Rede gliedert sich in zwei Teile, der erste schildert den ›Zusammenbruch‹ unter der ›Herrschaft des Marxismus‹, der zweite, ausführlichere versucht unter dem Titel »Die Rettung« ein positives Programm für Wirtschaft und Politik zu entwickeln. Unter der Grundmaxime, daß die »Ausstrahlung des Marxismus in die bürgerlichen Schichten zu vernichten« sei<sup>198</sup>, wird die »Loslösung der Massen aus der geistigen Herrschaft des Marxismus« und ihre »geistige Fesselung an die nationale Staatsgemeinschaft« gefordert. Bereits in der einleitenden Beschreibung der marxistischen Massenführung findet sich eine Gerlich'sche Lieblingsidee: »Der Marxismus ist sich bewußt, daß man auf die Dauer Menschen nur an sich fesseln kann, wenn man ihnen eine Lebensidee gibt. Deshalb hat der Marxismus nicht nur eine Geschichtsphilosophie, sondern geradezu eine materialistische Religion ausgearbeitet. Deshalb sein Bemühen von Anfang an, die christliche Religion in der

---

<sup>196</sup>E. v. Aretin, Gerlich<sup>2</sup>, S. 38.

<sup>197</sup>Das Manuskript stand bereits am 8. November einem Teil der Münchner Redaktionen zur Verfügung, vgl. hierzu P. HOSER, Münchner Presse, S. 479. Die MNN druckten es in ihrer Ausgabe vom 9.11.1923 – mit einem kleinen Vorspann, der auf die Ereignisse des Vorabends anspielte – unter dem reißerischen Titel: »Vom Volk zur Nation! Der bayerische Generalstaatskommissar proklamiert die deutschen Menschenrechte. Dr. v. Kahrs Manifest zum 5. Jahrestage des Siegs der roten Internationale über Deutschland«.

<sup>198</sup>Die Betonung des bürgerlichen Elementes legt die Vermutung nahe, daß der Münchner Bürgerrat an der Konzeption der Vertrauenskundgebung für v. Kahr beteiligt war. Diese Vermutung wird durch die Tatsache untermauert, daß Kommerzienrat Zentz, der eine der Schlüsselfiguren des Bürgerrats war, die Veranstaltung plante und leitete, vgl. MNN Nr. 304, 9.11.1923, S. 1. Zur Rolle Zentz' auch H. J. GORDON, Hitlerputsch, S. 253.

Seele der Massen zu entwurzeln. Deshalb auch sein großer Aufwand, durch scheinbar wissenschaftliche Beweise für die Gebildeten sich den Schein besonders fortschrittlicher Geistigkeit zu geben<sup>199</sup>. Als Kontrastprogramm genüge keineswegs ein bloßer Autoritarismus: »In nationalen Kreisen glaubt man, es genüge die Wiederherstellung einer starken Staatsautorität. Auch der stärkste und mit der größten Macht ausgestattete Mann kann das Volk nicht retten ohne tatkräftige und von nationalem Geist getriebene Hilfe aus dem Volk<sup>200</sup>. Es bedarf vielmehr der sittlichen Hebung des Volksganzen. Dieser Gedanke wird in das Bild vom ›neuen deutschen Menschen‹ gefaßt. Damit ist nun keineswegs an eine revolutionäre Vorstellung im Sinne des Marxismus gedacht, auch nicht an die Heranbildung einer rassistischen Elite, wie dies der nationalsozialistischen Weltanschauung entprochen haben mag. Im Hintergrund steht vielmehr das Programm einer bürgerlichen Gesellschaft, wie sie von Gerlich bei früherer Gelegenheit bereits geschildert worden war. Man kann hier mit Recht von einem Appell an die Vorstellungswelt klassischer bürgerlicher Werte sprechen. In dieses Bild passen dann auch die Forderungen nach Bescheidenheit<sup>201</sup>, Fleiß und persönlicher Strebsamkeit<sup>202</sup> auf der einen und staatlicher Garantie des Eigentums<sup>203</sup> auf der anderen

---

<sup>199</sup>MNN Nr. 304, 9.11.1923, S. 5.

<sup>200</sup>Ebd.

<sup>201</sup>»Die christliche Nächstenliebe und die daraus sich ergebende Fürsorge für die Schwachen und Armen ist sittliche Pflicht des Mehrkönnenden. Der Untüchtige hat kein Recht, aus der christlichen Nächstenliebe heraus für sich die gleichen Lebensbedingungen zu beanspruchen. Es ist zu fordern, daß der Untüchtige sich bescheiden lernt«, MNN Nr. 304, 9.11.1923, S. 5.

<sup>202</sup>»Der Lehrling, der nicht durch eigene Tüchtigkeit ein Krupp werden will, taugt nichts«, Ebd., S. 5.

<sup>203</sup>»Die Möglichkeit der Kapitalsbildung muß, und zwar bei jedem einzelnen kleinen Sparrer eine Hauptsorge der deutschen Staatswirtschaft sein«, Ebd., S. 5.

Seite. Die Voraussetzung für die Wiedergewinnung eines solchen, von bürgerlichen Werten getragenen Staatskörpers sieht der Verfasser in der Errichtung einer nationalen Diktatur, d.h. in der Übertragung der in Bayern mit der Einsetzung des Generalstaatskommissars eingeführten Regierungsform auf das Reich: »In der Zeitaufgabe, der Schaffung des neuen deutschen Menschen, liegt die sittliche Berechtigung der Diktatur. Denn sie bietet die einzige Möglichkeit, die Grundlagen für die Erziehung des neuen Geschlechts freier Deutscher zu schaffen«<sup>204</sup>.

Angesichts der explosiven politischen Lage mußte die Rede auf die Hörer auf befremdende Weise weltfremd wirken<sup>205</sup>. Dies um so mehr als die letzten Passagen mit der Forderung nach einer nationalen Diktatur nicht mehr zum Vortrag kamen. Bei allen Einwänden, die man gegen Gerlichs Haltung vorbringen kann – sie beruht in der Tat auf einer Fehleinschätzung der wirklichen Ursachen der Krise –, der Vorwurf einer Angleichung an die politische Vorstellungswelt des Nationalsozialismus ist aus dem Text nicht zu begründen.

Die Ereignisse im Bürgerbräukeller machten dann alle hochfliegenden Pläne gegenstandslos. Das überfallartige Einschreiten Hitlers und die von den Vertretern der tatsächlichen Macht in Bayern (Kahr, Lossow und Polizeioberst Seißer) erpreßten Zusagen zur Mitarbeit an einer ›nationalen Diktatur‹, drängten die Verhältnisse zur Entscheidung. Gerlich, der der Veranstaltung beiwohnte<sup>206</sup>, nahm anschließend an einer Pressekonferenz des nun als ›bayerischer Ministerpräsident‹ eingesetzten ehemaligen Polizeipräsidenten Pöhner im Polizeipräsidium teil. Nachdem er bereits gegenüber den Führern des Kampfbundes und des Bundes Oberland, Kriebel und Weber, Zweifel am Gelingen des Unternehmens geäußert hatte, wies er Pöhner in der Aussprache auf die verheerende außenpolitische Wir-

---

<sup>204</sup>MNN Nr. 304, 9.11.1923, S. 5.

<sup>205</sup>Vgl. K. A. v. MÜLLER, Wandel, S. 161

<sup>206</sup>K. A. v. MÜLLER berichtet über die Reaktion Gerlichs auf Hitlers Vorgehen: »Nicht fern von mir saßen Mitarbeiter von Kahrs Stab, die ich kannte: Schiedt und Aufseß sehr blaß, Stauffer erregt; Gerlich sah verbissen in sich hinein«; Ebd., S. 162.

kung der Äußerungen Lossows und Seissers über einen »Kampf außerhalb der deutschen Grenzen« hin. Er erlangte Pöhners Genehmigung diese Äußerungen in dem Bericht der MNN über die Ereignisse unterdrücken zu dürfen, nicht ohne vorher auf seine prinzipielle Ablehnung der Zensur hingewiesen zu haben<sup>207</sup>. Gerlich begab sich daraufhin in die Redaktion der Zeitung, um den Bericht über die Vorfälle im Bürgerbräukeller zu redigieren und die vereinbarten Korrekturen an den Reden Lossows und Seissers zu überwachen. Gerlich mußte zu diesem Zeitpunkt noch von der Echtheit des Einverständnisses Kahrs, Lossows und Seissers ausgehen. Zwar erhielt er gegen vier Uhr morgens eine Nachricht des Verlagsdirektors der Münchener Zeitung, Hans Buchner, der von seinem Chefredakteur Schiedt über den Schwenk v. Kahrs unterrichtet worden war und den MNN mitgeteilt hatte, daß der Generalstaatskommissar das Erscheinen der Morgenausgaben bei Androhung der Todesstrafe verboten habe. Da Buchner Gerlich gegenüber jede Auskunft verweigerte und seine Angabe, daß die Post Befehl habe, keine Zeitungen zu befördern, sich bei Nachprüfung als unrichtig erwies<sup>208</sup>, gingen Gerlich und der Verlagsdirektor Leupold jedoch davon aus, daß Buchner einer Fehlmeldung aufgesessen sei. Ein Großteil der Auflage war ohnehin bereits gedruckt, und so entschied man sich, keine weiteren Schritte zu unternehmen<sup>209</sup>.

So kam es, daß die MNN in ihrer Morgenausgabe einen mehr oder weniger neutralen Bericht über die Ereignisse des Vorabends brachten, während die erst mittags erscheinende Münchener Zeitung unter der Überschrift »Kahr wieder an

---

<sup>207</sup>Aussage Gerlichs über den Hitlerputsch am 29.1.1924, StM Pol. Dir. 6712; vgl. dazu auch die Aussage Mündlers vom 2.2.1924, ebd.

<sup>208</sup>Gerlich erkundigte sich bei Pöhner, der von Befehlen Kahrs gegen die Putschisten natürlich noch nichts wußte, vgl. H. J. GORDON, Hitlerputsch, S. 302.

<sup>209</sup>Vergleich zum ganzen Vorgang: Gerlich an Cossmann, 10.12.1923, NL Gerlich 33/40. Die Münchner Zeitung hatte sich durch die Tatsache, daß Schiedt an der Pressekonferenz Pöhners nicht teilgenommen hatte, sondern sich ins Generalstaatskommissariat begeben und dort über die tatsächliche Haltung v. Kahrs aufgeklärt worden war, einen Informationsvorsprung verschafft; P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 486 f.

der Macht« bereits den Aufruf Kahrs und eine kritische Stellungnahme bringen konnte<sup>210</sup>. Die in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachten Anschuldigungen, Gerlich sei mit dem Putsch einverstanden gewesen, entbehren jeder Grundlage<sup>211</sup>. Ebenso falsch ist aber auch die Angabe von Aretins, die Nationalsozialisten hätten in der Sendlinger Straße »mit Gewalt eine Berichterstattung in ihrem Sinne« erzwungen<sup>212</sup>. Daß der Sachverhalt trotzdem kein Ruhmesblatt für die MNN und ihren Chefredakteur darstellte, mag einer der Gründe für die Heftigkeit gewesen sein, mit der sich Gerlich in der Folgezeit gegen Hitler wandte. Bereits die Ausgabe des nächsten Tages mit ihrer Schlagzeile »Adolf Hitlers Ehrenwortbruch« und den harschen Worten von einer der »größten Verrätereien an der deutschen Geschichte und der deutschen Einheit«<sup>213</sup> verrät, daß Gerlich sich auch persönlich von Hitler betrogen fühlte. Durch seine schroffe Verurteilung

---

<sup>210</sup>Münchener Zeitung Nr. 309, 9.11.1923, S. 1.

<sup>211</sup>Vgl. z.B. VB Münchener Ausgabe Nr. 214/215, 2./3.8.1931: »Aber andere Leute wissen noch, daß der Chefredakteur der ›M.N.N.‹ die nationale Erhebung Ludendorff-Hitler-Kahr-Pöhner mit unmißverständlichen Worten herzlich begrüßte«. Die Angaben Ohlbrechts und Hanfstaengls, Gerlich habe »einen seiner üblichen langen und weit-schweifigen Leitartikel« geschrieben, in dem er »die neue Regierung begeistert begrüßte«, sind nicht nur nicht zu verifizieren – vgl. P. HOSER, Die Münchner Tagespresse, S. 486 – sondern schlicht falsch. Auch EDGAR HANFSTAENGL, S. 136, hat zur Entstehung dieser Behauptung beigetragen, wenn er über die gelungene Flucht einiger Journalisten aus dem Bürgerbräukeller berichtet: »Für Dr. Gerlich sollte dies jedoch eine weniger angenehme Kehrseite haben. Auf diese Weise gewann er nämlich noch genügend Zeit, um einen begeisterten Begrüßungsartikel für die neue deutsche Nationalregierung unter Führung Adolf Hitlers zu verfassen. Als die Münchner den Artikel am nächsten Morgen lasen, wurden in einer anderen Abteilung des Hauses Knorr & Hirth bereits die Kahrschen Gegenplakate gedruckt«.

<sup>212</sup>E. v. Aretin, Gerlich<sup>2</sup>, S. 38; ob die Zerstörung der Redaktionsräume der Münchener Post, die unweit der Sendlinger Straße am Altheimer Eck residierte, einen einschüchternden Einfluß auf die Redaktion der Münchner Neuesten ausübte, ist zumindest fraglich.

<sup>213</sup>MNN Nr. 305, 10.11.1923, S. 1.

Hitlers fühlten sich nun wiederum große Teile der sogenannten ›nationalen Kreise‹ vor den Kopf gestoßen. Dies führte nicht nur zu Demonstrationen und Ausschreitungen gegen die Münchner Neuesten<sup>214</sup>, sondern auch zu massiven Interventionen einflußreicher Persönlichkeiten. So monierte Karl Alexander v. Müller sowohl gegenüber Cossmann als auch gegenüber Kahr selbst, Gerlich hetze mit vergiftenden Entstellungen die national Gesinnten gegeneinander<sup>215</sup>. Der Chirurg Sauerbruch<sup>216</sup> forderte bei Cossmann ebenso die sofortige Entlassung Gerlichs wie Edgar Hanfstaengl<sup>217</sup>. Auch Oswald Spengler, schon länger ein Gegner Gerlichs, machte Cossmann wegen der Haltung der MNN größte Vorwürfe: die Zeitung habe durch ihre Politik des Schweigens zur Hitlerbewegung die Eskalation der Ereignisse erst möglich gemacht.

Man kann aus diesen Äußerungen nur folgern, daß Gerlich seine Lektion aus dem Hitlerputsch – zumindest was die Person Hitlers angeht – schneller gelernt hat. Denn angesichts der Tatsache, daß Gerlich einzig Hitler und sein direktes Umfeld attackiert hatte, alle anderen Beteiligten, einschließlich Ludendorffs, aber als Opfer darstellte, kann man die Vorwürfe v. Müllers und Spenglers nur als Einschutznahme der ›guten Absichten‹ Hitlers einstufen. Sie liegen damit auf der Linie der München-Augsburger Abendzeitung, deren Chefredakteur unter dem Titel »Bruderkampf« die Schuld auf seiten der Berliner Regierung suchte und darüber hinaus unterschwellige Zweifel an der Richtigkeit der Kahrschen Darstel-

---

<sup>214</sup>Am Abend des 10. November wurden von einer aufgebrachten Menge Schaufensterscheiben und Aushangtafeln zerstört; P. Hoser, Münchner Tagespresse, S. 490.

<sup>215</sup>K. A. v. Müller, Wandel, S. 168.

<sup>216</sup>Es ist bezeichnend für die Sympathien, die Hitler gerade unter führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Bayern genoß, daß Sauerbruch auch nach dem Putsch noch sagen konnte, daß er Hitler ›politisch zwar immer bekämpft habe, ihn persönlich aber liebe‹; vgl. K. A. v. Müller, Wandel, S. 171.

<sup>217</sup>Ebd., S. 171.

lung äußerte<sup>218</sup>. Daß die Einflußnahme aus nationalen Kreisen trotz dem entschiedenen Festhalten Cossmanns ihre Wirkung nicht verfehlte, kann an der Tatsache abgelesen werden, daß in den folgenden Tagen auf der Titelseite der MNN zwar weiter Kahr unterstützt wird, doch gleichzeitig auch andere Stimmen zu Wort kommen. Neben General Epp und dem Münchner Bürgerrat meldet sich auch der General der Infanterie a.D., von Hurt, zu Wort, um Hitlers Tat aus dem grellen Licht des Ehrenwortbruchs in die weiche Beleuchtung der Tragödie zu rücken<sup>219</sup>.

Der Hitlerprozeß geriet zu einer beeindruckenden Demonstration der mangelnden Treue weiter Kreise der bayerischen Justiz zu Republik und Demokratie auf der einen und der völligen Fehleinschätzung Hitlers auf der anderen Seite. So heißt es in der Begründung des Ersten Staatsanwaltes (!) für den Strafantrag: »Über seine Parteipolitik habe ich kein Urteil zu fällen, sein ehrliches Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wieder zu erwecken, bleibt unter allen Umständen ein Verdienst. Er hat hier, unterstützt durch seine einzigartige Rednergabe, Bedeutendes geleistet. Würde er auch durch die Kampfstimmung in den Reihen seiner Anhänger zu einer einseitigen Einstellung verführt, so wäre es doch ungerecht, ihn als Demagogen zu bezeichnen; Vor diesem Vorwurf schützt ihn die Echtheit seiner Überzeugung und die uneigennützigste Hingabe an die von ihm selbst gewählte Lebensaufgabe.

---

<sup>218</sup>München-Augsburger Abendzeitung Nr. 308, 11.11.1923, S. 3. Die Zweifel an Kahrs Aufrichtigkeit waren allgemein verbreitet, selbst Ministerpräsident Knilling war von ihnen nicht frei; vgl. W. BENZ (HRSG.), *Politik in Bayern*, S. 148. Für die Richtigkeit der Darstellung Kahrs vgl. die Ausführungen des Regierungsrates im Bayerischen Außenministerium, Karl Sommer, in seiner unveröffentlichten Autobiographie: »Kahr verließ den Saal; ich trat ihm entgegen und verlangte die sofortige Freilassung der Minister. Kahr, gefolgt von Seißer, antwortete mir, er sei tieftraurig, ich müsse ja gesehen haben, wie das alles unter Zwang gegangen sei; er werde das Weitere veranlassen«, DERS., *Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte*, S. 198.

<sup>219</sup>»Sein (Hitlers, d. V.) guter Glaube, seine reine Absicht soll jetzt nicht bestritten werden, noch weniger sein Verdienst um den völkischen Gedanken; sein glühender Wille zur Tat, nachdem so lange bloß geredet worden war, berührt sympathisch. Die Folgen seines Schrittes aber sind verheerend«; MNN Nr. 309, 14.11.1923, S. 1.

Sein Privatleben hat er stets rein erhalten, was bei den Verlockungen, die an ihn als gefeierten Parteiführer naturgemäß herantraten, besondere Anerkennung verdient<sup>220</sup>.

Das angesichts dieser Grundhaltung auf seiten der Vertreter der Justiz nicht anders zu erwartende milde Urteil legte den Grundstein für die späteren Erfolge Hitlers, der sich beim Prozeß erneut als Volkstribun aufspielen konnte. Die Lage in Bayern stabilisierte sich, unterstützt durch die synchrone Entwicklung im Reich, dennoch seit Anfang 1924. Mit Heinrich Held übernahm nun erstmals ein wirklicher Parteimann der BVP die Regierungsgeschäfte und beendete die Zeit der halbparlamentarischen Beamtenregierungen in Bayern<sup>221</sup>, damit übrigens eine alte Forderung Gerlichs erfüllend, der sich von den Nachwirkungen des Krisenjahres 1923 nur mühsam erholte. So spricht aus seinem Kommentar zum Urteil im Hitlerprozeß immer noch die alte Frontstellung zwischen den ›Novemberverbrechern des Jahres 1918‹ und den ›Nationalgesinnten‹. Aus diesem Denken entspringt mit Konsequenz der Versuch, die Männer des November 1923 vom Vorwurf des Landesverrates freizusprechen<sup>222</sup>. Im großen und ganzen hatte das vorläufige Ende der ›Hitlerei‹ auf die Münchner Neueste Nachrichten einen positiven Einfluß. Nach dem nun unvermeidlichen Rücktritt Kahrs schied auch Kommerzienrat Seitz aus dem Verband der Zeitung aus<sup>223</sup> und beseitigte damit eine ständige Quelle deutschnationalen Drucks in der Zeitung.

---

<sup>220</sup>Zitiert nach K. D. BRACHER, Diktatur, S. 130f.

<sup>221</sup>SPINDLER IV/1, S. 487f.

<sup>222</sup>MNN Nr. 92 v. 2.4.1924, S. 1.

<sup>223</sup>Vgl. Gerlich an Pechel v. 9.1.1924, BA Koblenz, NL Pechel 1.



#### 4. DIE JAHRE DER »TRÜGERISCHEN RUHE« (1924-1928)

##### a) Die wirtschaftliche Entwicklung der Zeitung

Die MNN war durch die Beteiligung mehrerer potenter Unternehmen der Schwerindustrie solide finanziert, das unterschied sie von den Konkurrenzunternehmen im Sektor der überwiegend bürgerlichen Zeitungen<sup>224</sup>. Selbst in der ersten Hochphase der Inflation konnten die ›Neuesten‹ Gewinne erwirtschaften<sup>225</sup>. Gerlich hielt den Erfolg der Zeitung zu einem nicht unwesentlichen Teil für das Ergebnis seiner Redaktionspolitik. Bereits im Frühsommer 1922 spricht er in einem Schreiben an die Verlagsleitung davon, daß man bei der Beurteilung seiner Person in Rechnung stellen müsse, daß er »in ungewöhnlich kurzer Frist nicht nur den Niedergang abgestoppt, sondern das Blatt wieder hinaufgeführt«<sup>226</sup> habe. Auch das zu diesem Zeitpunkt für die kaufmännische Seite zuständige Mitglied des Gesellschafterausschusses, Kommerzienrat Seitz, pochte darauf, daß » die Gesellschaft nur der Tüchtigkeit, Umsicht und dem rastlosen Fleiß der Geschäftsleitung es verdankt, daß sie nicht bloß heil über das vergangene, so schwere Jahr hinwegkam, sondern auch noch ohne daß Bankschulden gemacht und ohne daß die Gesellschafter in Anspruch genommen werden mußten«<sup>227</sup>. Dennoch schlugen die Wellen innerhalb der Leitung der Zeitung im Krisenjahr hoch. So mahnten die Vertreter der Verlagsleitung die Berücksichtigung der geschäftlichen Seite der Unternehmung bei politischen Stellungnahmen der Zeitung an: »Wir bedauern, daß wir

---

<sup>224</sup>Zur schwierigen finanziellen Situation der München-Augsburger-Abendzeitung und der Münchner Zeitung vgl. P. HOSER, *Münchner Tagespresse*, S. 801ff.

<sup>225</sup>Ebd., S. 807.

<sup>226</sup>Gerlich an die Verlagsleitung, undatiert (wahrscheinlich Frühsommer 1922), NLG 33/5.

<sup>227</sup>Seitz an Cossmann v. 9.5.1923, BayHStA V, NL Cossmann 7.

selbst bei außerordentlich wichtigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen vielfach auch bei Maßregeln, die auf die geschäftliche Entwicklung des Unternehmens von größtem Einfluß sind, [...] nicht einmal gutachtlich gehört, sondern in der Regel vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind«<sup>228</sup>. Gerlich hielt solchen Vorwürfen entgegen, daß es angesichts der öffentlichen Meinung, die im angesprochenen Zeitraum (1922 bis Mitte 1923) »eigentlich geschlossen damals für ihn [Hitler] Partei ergriff« gar keine andere Möglichkeit gegeben habe, als die Entwicklung in Ruhe abzuwarten: »Diese Politik der M.N.N., die es unterliess, gegen einen allseits gefeierten Volksführer Sturm zu laufen, als dieser Mann noch Aussicht auf eine vernünftige nationale Tätigkeit bot und gleichzeitig im Besitze einer fast souveränen Macht in München war, hat sich vollständig bewährt«<sup>229</sup>. So falsch Gerlich mit seiner politischen Einschätzung (»Das Hitler-Problem reift dank dieser Politik heute einer krisenlosen Lösung entgegen«<sup>230</sup>) lag, so richtig scheint seine Position bezüglich der geschäftlichen Seite des Unternehmens gewesen zu sein. Aus dem Krisenjahr 1923 ging die Zeitung wirtschaftlich gestärkt hervor, im Jahre 1924 erwirtschaftete sie das beste Ergebnis seit Anfang des Jahrhunderts<sup>231</sup>.

Einen weiteren wesentlichen Grund für den wirtschaftlichen Erfolg der Zeitung sah Gerlich darüber hinaus in seiner Abkehr von der »traditionellen Kulturpolitik der M.N.N.«, die im wesentlichen auf »einer Verletzung der religiösen Gefühle

---

<sup>228</sup>Helfreich, Trefz und Leupold an Seitz und Cossmann v. 29.5.1923; NLG 33/58. Die Vertreter der Verlagsleitung beklagten vor allem eine »wachsende Verstimmung in der Münchner Judenschaft« aufgrund der »bedauerlichen Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung«. Die MNN als klassisches liberales, der DDP nahestehendes Blatt war in ihrem Anzeigengeschäft von den entsprechenden Kreisen der Münchner Geschäftswelt abhängig.

<sup>229</sup>Gerlich an Seitz v. 7.5.1923; NLG 33/65.

<sup>230</sup>Ebd.

<sup>231</sup>Vgl. die entsprechenden Zahlen bei P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 868f.

der Mitbürger« beruht habe. Hier habe er im Verein mit Cossmann einen Wechsel herbeigeführt, der zur wirtschaftlichen Gesundung des Unternehmens erheblich beigetragen habe: »[...] ich darf mit Stolz bemerken, dass mein bewusstes Hin- führen der Leser zu den Werten einer geraden positiven Weltanschauung den M.N.N. heute in München eine Stellung verschafft hat, wie sie sie im dem katho- lischen Leserkreise der Stadt, das ist also die überwältigende Majorität, früher nie besessen haben«<sup>232</sup>.

Das Jahr 1924 mit seinem außerordentlich guten Ergebnis bildete gleichzeitig auch den Höhepunkt der Geschäftszahlen der MNN. In den folgenden Jahren nahm der Gewinn langsam aber stetig ab<sup>233</sup>, was sicher auch durch die ansonsten begrüßenswerte Beruhigung der politischen Lage in Deutschland im allgemeinen und Bayern im besonderen bedingt war. Nach dem Ausscheiden Gerlichs machte sich dann die einsetzende Wirtschaftskrise bemerkbar. Paul Hoser vermutet, daß die Zeitung Anfang 1928 das Arbeitsverhältnis mit Gerlich löste, weil er durch seinen Angriff auf einen Regierungsbeamten das gute Verhältnis zur Regierung Held gefährdete, was angesichts der »Grundstimmung ihres Publikums«<sup>234</sup> nega- tive Auswirkungen auf das Blatt und damit auch auf die wirtschaftliche Situation gehabt hätte. Diese Einschätzung läßt sich aufgrund der später noch zu schildern- den Zusammenhänge der Entlassung Gerlichs nicht aufrechterhalten.

Die bereits früher angedeuteten Meinungsverschiedenheiten unter den Eigen- tümern der MNN führten seit 1925 zu einer Klärung der etwas verworrenen Be- sitzverhältnisse. Ein Teil der Kaufsumme für den Erwerb der Zeitung war 1920

---

<sup>232</sup>Gerlich an Seitz v. 7.5.1923; NLG 33/65. Gerlich fügt interessanterweise hinzu: »[...] ich habe die dankbarsten Äußerungen gerade von führenden Männern der Seelsorge übermittelt bekommen, wie außerordentlich segensreich Staat-, Kultur- und Sittlich- keit-fördernd diese von mir hier in München agorierte [sic!] Politik gewirkt hat«.

<sup>233</sup>So sah sich Cossmann bereits im Sommer 1925 gezwungen, aufgrund eines »erschrek- kenden Rückgangs der Erträge« Gerlich zu bitten, »eine Einschränkung im Textteil eintreten zu lassen«; Cossmann an Gerlich v. 12.6.1925; NLG 34/136.

<sup>234</sup>P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 1051.

auf Vermittlung von Hugo Stinnes vom Bergbauverein zur Verfügung gestellt worden. Von diesem Anteil behauptete Anfang 1925 Hugenberg, daß er sich im Besitz der zu seinem Konzern gehörenden Opriba AG befinde<sup>235</sup>. Der Deutschnationale hätte somit einen mehr als 45-prozentigen Anteil an der MNN gehalten und hätte auf die Politik des Blattes, das zumindest partiell eine Stresemannfreundliche Linie eingeschlagen hatte, in seinem Sinne Einfluß nehmen können. Der Streit, der auch vor Gericht ausgetragen wurde, zog sich bis 1928 hin und endete mit dem Rückzug Hugenbergs, der sich der geballten Opposition der übrigen Anteilseigner und auch des Bergbauvereins gegenüber sah<sup>236</sup>.

b) Die »Affäre Gerlich«

Das Ansehen des »Quereinsteigers« Gerlich unter seinen journalistischen Kollegen war von Beginn an belastet. Dies gilt nicht nur für die linke Presse, die ihn aufgrund seiner politischen Anschauungen heftig bekämpfte, sondern auch für Vertreter der bürgerlichen Blätter. So lehnte etwa Cajetan Freund, der frühere Chefredakteur der München-Augsburger Abendzeitung, ein Angebot von Kommerzienrat Seitz, Gerlich als journalistischer Fachmann in der Redaktion der MNN beizustehen ab: »Dr. Gerlich verfügte zwar über eine ungeheure Suada, die meinem guten Seitz offenbar starken Eindruck gemacht hatte, aber die Suada ist kein Merkmal eines guten Journalisten«<sup>237</sup>. Auch die langen Artikel gegen den Marxismus waren nicht dazu angetan, einen langgedienten Journalisten wie Freund zu beeindrucken: »[...] daß der Dr. Gerlich kein Journalist war, erwies sich schon bald. Eine der ersten journalistischen Großtaten Gerlichs war nämlich eine Leitartikelerie, die überhaupt keine Ende nahm und dazu bestimmt war, den Marxis-

---

<sup>235</sup>Hugenberg an Haniel v. 31.1.1925; GHH 400101200/0b.

<sup>236</sup>Vgl. die akribische Rekonstruktion der Angelegenheit bei P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 862–867.

<sup>237</sup>Zitiert nach E. v. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 150.

mus in Grund und Boden zu schreiben. [...] Dieser Archivmann von Beruf glaubte ganz ernsthaft, den Marxismus mit endlosen wissenschaftlichen Abhandlungen in einer Tageszeitung vernichten zu können. [...] Gelesen wurden diese Bandwürmer wohl nur von ganz wenigen der Abonnenten und der ganze Aufwand an Gehirnschmalz, Papier und Druckerschwärze war demnach umsonst«<sup>238</sup>.

Dauerhaft belastet wurde die Position Gerlichs innerhalb der Münchner Journalistenschaft dann durch seine Stellungnahme zum Entwurf eines Journalistengesetzes Anfang 1924. Die Bemühungen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Journalisten sollten durch ein solches, vom Reichsverband der Deutschen Presse angestrebtes Gesetz abgeschlossen werden<sup>239</sup>. Innerhalb der ›Münchner Neuesten‹ führte der vom Reichsverband vorgelegte Gesetzesentwurf zu einem Meinungsbildungsprozeß bei dem ein ausführliches Gutachten Gerlichs die wohl ausschlaggebende Rolle spielte. Da Gerlich erhebliche Bedenken gegen den Entwurf geltend machte, nahm der Verlag in einem Brief an den Ministerpräsidenten gegen das Gesetz in der vorgeschlagenen Form Stellung<sup>240</sup>. Der Landesverband der bayerischen Presse hatte unterdessen auf den 16.2.1924 zu einer als ›Presseempfang‹ bezeichneten Kundgebung für den Gesetzentwurf eingeladen, auf der auch Justizminister Gürtner sprechen sollte. Gerlich suchte nun am Vortag der Veranstaltung den Justizminister auf, schilderte ihm seine juristischen Bedenken und regte ein gemeinsames Gespräch mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes, Dr. Baecker an. Auf die Frage Gürtners, ob er unter diesen Umständen überhaupt an der Veranstaltung teilnehmen sollte, gab Gerlich ihm den Rat, dem Empfang beizuwohnen, sich aber noch nicht festzulegen<sup>241</sup>. Durch eine Indiskre-

---

<sup>238</sup>Zitiert nach P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 761.

<sup>239</sup>P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 523.

<sup>240</sup>Vgl. den Brief der Knorr & Hirth GmbH an Ministerpräsident Knilling v. 15.2.1924; BayHStA MA 102389.

<sup>241</sup>Aussage Gerlichs im Berufungsverfahren seiner Beleidigungsklage gg. Gruber et. al.; MNN Nr. 308 v. 11.11.1924, S. 7.

tion aus dem Vorzimmer des Justizministers erfuhr die Journalistenvertretung von Gerlichs Intervention und schloß Gerlich nach einem kurzen Briefwechsel am 20.3.1924 aus dem Landesverband der bayerischen Presse wegen Verletzung der Vereinsinteressen aus<sup>242</sup>.

Am 9. Mai berichtete die sozialdemokratische ›Münchner Post‹ unter dem Titel ›Standesunwürdiges Verhalten‹ über den Ausschluß Gerlichs und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß Gerlich für die MNN nun nicht mehr tragbar seien<sup>243</sup>. Da die Meldung der ›Münchner Post‹ von mehreren Blättern der Landeshauptstadt nachgedruckt wurde und dabei auch wieder die bösen Worte vom »Reklame-trommler für Kathreiners Malzkaffee« die Runde machten, erhob Gerlich Beleidigungsklage gegen die Chefredakteure Gruber (Münchner Post), Mündler (München-Augsburger Abendzeitung) und Wimbauer (Nürnberg-Fürther Morgenpresse). Das Gericht stellte in zwei Instanzen fest, daß die Auslassungen der Blätter unbegründet, in ihrer Absicht herabsetzend und – im Falle der Münchner Post – auf die Zerstörung der beruflichen Existenz des Klägers abzielend seien und verurteilte Gruber und Wimbauer zu Geldstrafen in Höhe von 500, bzw. 200 RM<sup>244</sup>.

Die Tatsache, daß Gerlich im Laufe des Prozesses geäußert hatte, daß 90% der journalistischen Tätigkeit mechanischer und nicht geistiger Art seien, war nicht dazu angetan, sein Ansehen unter den Kollegen zu verbessern<sup>245</sup>. Als Gerlich auf

---

<sup>242</sup>Ebd.

<sup>243</sup>Münchner Post Nr. 103 v. 10./11.5.1924.

<sup>244</sup>MNN Nr. 312 v. 15.11.1924.

<sup>245</sup>Gerlich versuchte seine Aussage durch den Hinweis zu relativieren, daß es sich um einen lapsus linguae gehandelt habe und er nur habe ausdrücken wollen, daß ein erheblicher Teil der Tätigkeit bei einer Zeitung keine politische Wertung im eigentlichen Sinne darstelle, sondern es sich häufig nur um die Wiedergabe von Korrespondenzberichten und Agenturmeldungen handle. Diese Äußerung konnte an dem entstandenen Eindruck nichts mehr ändern. Vgl. MNN Nr. 312 v. 15.11.1924.

einer Pressekonferenz des Reichsaußenministers Stresemann das Wort zu einer Erwiderung nahm, verließ ein Großteil der anwesenden Journalisten als Zeichen ihres Protestes den Saal<sup>246</sup>. Gerlich, der bereits vor dem Prozeß eine Teilnahme an den Sitzungen des Landesverbandes immer mit dem Argument abgelehnt hatte, daß er sich nicht mit den Kollegen der Münchner Post, die ihn bei jeder Gelegenheit persönlich diffamierten, an einen Tisch setzen könne, lehnte ein Friedensangebot des Verbandes Ende 1926, als die Angriffe der sozialdemokratischen Presse sich gerade auf den Chefredakteur der Münchener Zeitung konzentrierten, mit dem Hinweis ab, daß »der Ton der Polemik in München offensichtlich immer noch kein anständigerer geworden sei«<sup>247</sup>.

Die ganze Angelegenheit um das Journalistengesetz kann wohl kaum als Hinweis dafür dienen, daß Gerlichs Verhältnis zu seinem Arbeitgeber durch »abstoßend wirkende Liebedienerei« (Cajetan Freund) gekennzeichnet war – die Lektüre seiner Gutachten<sup>248</sup> beweist, daß Gerlich durchaus bereit war, das Interesse an einer »Sicherung der wirtschaftlichen Lage und die soziale Fürsorge für die Schriftleiter«<sup>249</sup> gegenüber seinen Arbeitgebern zu vertreten. Daß er die Unabhängigkeit der Schriftleiter in politischen Fragen sehr hoch einschätzte, zeigt sein eigener Vertrag, den er mit Knorr & Hirth ausgehandelt hatte, ja zur Genüge.

Da Gerlich im Zusammenhang mit dem Prozeß von einem Artikel in der DDP-nahen, von Theodor Heuß geleiteten und führenden Köpfen der Partei herausgegebenen »Deutschen Nation« erfuhr, in dem der bayerische Landesverband der Partei dafür gerügt wurde, den Hauptschriftleiter der MNN noch nicht »in weithin

---

<sup>246</sup>Münchner Post Nr. 106 v. 9./10.5.1925.

<sup>247</sup>Gerlich an Cossmann v. 10.11.1926; NLG 36/299.

<sup>248</sup>Neben dem ersten Gutachten vom 15. Februar verfaßte Gerlich für die Verlagsleitung auch über den überarbeiteten Gesetzesentwurf eine ausführliche Stellungnahme.

<sup>249</sup>Gutachten vom 5.6.1924, S. 2; NLG 34/125.

sichtbarem Bogen aus der Partei hinausbefördert<sup>250</sup> zu haben und darüber hinaus den Mitbesitzer Haniel an seine Verantwortung erinnerte, zog Gerlich die Konsequenzen und trat am 26.5.1924 aus der DDP, die Bayern seit den Wahlen desselben Jahres ohnehin zur Splittergruppe geworden war, aus<sup>251</sup>.

c) Der Dolchstoßprozeß

Nachdem die propagandistische Ausschlichtung des Kriegsschuld-Prozesses Cossmann nicht zufrieden gestellt hatte<sup>252</sup>, widmete er sich Anfang 1924 der Frage, welche Ursachen zum Zusammenbruch des November 1918 geführt hatten. In zwei Heften der Süddeutschen Monatshefte ›Der Dolchstoß‹ (April 1924) und ›Die Auswirkungen des Dolchstoßes‹ (Mai 1924) ließ er zahlreiche Autoren – ganz überwiegend ranghohe Offiziere der alten Armee<sup>253</sup> – ›nachweisen‹, daß gewisse Elemente im deutschen Volk »auf die bewußte und absichtliche Zertümmerung der Wehrmacht hinarbeiteten«<sup>254</sup>. Dabei ließ Cossmann die Frage, ob

---

<sup>250</sup>MNN Nr. 308 v. 11.11.1924, S. 6.

<sup>251</sup>P. HOSER, Münchener Tagespresse, S. 613.

<sup>252</sup>Nach dem für ihn erfolgreichen Ende des Prozesses mit Felix Fechenbach zeigte sich Cossmann verärgert darüber, daß die Reichsregierung seine ›Vorlage‹ nicht zu einer großangelegten Propandainitiative zur »Aufklärung der deutschen Arbeiter« (Cossmann an Vögler v. 5.1.1923; BayHStA V, Nachlaß Cossmann 1) nutzte: »Ein deutsches Gericht erweist diese Dokumente nicht nur als ungenau, sondern als eine der raffiniertesten Fälschungen der Weltgeschichte und die deutsche Regierung schweigt«; Cossmann an Heim v. 10.11.1922, BayHStA V, Nachlaß Cossmann 10.

<sup>253</sup>Darunter der ehemalige Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern, General Hermann v. Kuhl und der Chef des Stabes der Hochseeflotte, Vizeadmiral Alfred v. Trotha. Die Namen der beteiligten Militärs bei W. SELIG, S. 39.

<sup>254</sup>So Cossmann selbst in dem einleitenden Editorial des ersten Heftes vom April 1924, S. 1.



die revolutionäre Tätigkeit wirklich kausal zum Zusammenbruch der Front geführt habe oder die Niederlage unabhängig davon eingetreten wäre, bewußt offen.

Die Artikel in den Monatsheften richteten sich vornehmlich gegen die Aktivitäten der USPD, indirekt und implizit aber auch gegen die Mehrheitssozialdemokraten. Da die Veröffentlichungen passend zu den ersten Reichstagswahlen des Jahres 1924 erschienen, die neben der Marginalisierung der USPD (ihr Stimmenanteil sank im Vergleich zur Juni-Wahl 1920 von 17,8 auf 0,7 Prozent ohne daß die Sozialdemokraten und die KPD diesen Verlust vollständig hätten auffangen können) eine Stärkung der rechtsradikalen Parteien brachte (DNVP und NSDAP zusammen 24,9 gegenüber 15 Prozent im Jahre 1920), interpretierte die sozialdemokratische Presse Cossmanns Publikationen nicht ganz zu unrecht als Wahlkampfhilfe für die Rechten. Die Münchner Post brachte eine ganze Reihe von Artikeln, die nicht nur die beiden Ausgaben der Zeitschrift als ›Dolchstoß-Lügenhefte‹ bezeichneten, sondern auch den Herausgeber persönlich massiv angriffen. So wird Cossmann als ›gewissenloser Soldschreiber ohne Gefühl für Ehre und Wahrheit‹<sup>255</sup> und als ›Geldsackpatriot‹<sup>256</sup> bezeichnet. Auch vor antisemitischen Qualifizierungen als ›Frankfurter Judenbub‹<sup>257</sup> und ›politischer Giftmischer mit jüdischer Blutmischung‹<sup>258</sup> schreckte der Schriftleiter Martin Gruber nicht zurück. Cossmann erhob aufgrund dieser Beschuldigungen und Kennzeichnungen seiner Person Klage wegen übler Nachrede und Beleidigung beim Amtsgericht München<sup>259</sup>.

---

<sup>255</sup>Münchner Post Nr. 97 v. 25.4.1924, S. 1.

<sup>256</sup>Ebd., Nr. 105 v. 6.5.1924, S. 3.

<sup>257</sup>Ebd., Nr. 99 v. 29.4.1924, S. 2.

<sup>258</sup>Ebd., Nr. 100 v. 30.4.1924, S. 2.

<sup>259</sup>Die Quellenlage über den Prozeß war bis vor kurzem insofern mißlich, als nur die einschlägigen Prozeßberichte der Münchner Post und der Süddeutschen Monatshefte, die jeweils – noch vor der Urteilsverkündung – zusammengefaßt als Bücher erschienen. Irma Traud Permooser hat in ihrem Artikel aus dem Jahre 1996 erstmals auch die Prozeßunterlagen in der Zweigstelle Potsdam des Bundesarchivs ausgewertet; I. PERMOO-

Die Vorbereitungen für den Prozeß zogen sich über fast eineinhalb Jahre hin, so daß die Verhandlungen vor dem Gericht am Mariahilfplatz erst am 19. Oktober 1925 beginnen konnten. Während Cossmann als Zeugen vor allem auf die bereits als Autoren in Erscheinung getretenen Militärs zugriff, ließ die Verteidigung »die gesamte sozialdemokratische Prominenz der zwanziger Jahre aufmarschieren«, darunter Erhard Auer, Gustav Noske und Philipp Scheidemann<sup>260</sup>. Aufsehen erregte vor allem die Zeugenaussage General Groeners, der bei dieser Gelegenheit enthüllte, daß er im April 1918 mit Ebert und Haase ein Abkommen geschlossen hatte, daß am 1. Mai keine Streiks stattfinden würden<sup>261</sup> und auch im November 1918 eng mit Ebert zusammen gearbeitet habe<sup>262</sup>. Waren diese Aussagen bereits ein klares Votum für die »vaterländische Haltung« der Mehrheitssozialisten, so brachten die Sachverständigengutachten eine weitere deutliche Niederlage für Cossmann. Hans Delbrück, der im Fechenbach-Prozeß noch einer der stärksten Befürworter der Cossmannschen Theorie gewesen war, verneinte nicht nur einen kausalen Zusammenhang zwischen der revolutionären Propaganda und dem Kriegsausgang, er bezeichnete die Dolchstoßlegende rundheraus als »Geschichtsfälschung um so schlimmerer Art, als sie gleichzeitig eine Volksvergiftung« darstelle<sup>263</sup>. Cossmann zog aus den Aussagen der Zeugen und Sachverständigen am siebten Verhandlungstag die Konsequenzen, indem er die MSP ausdrücklich von allen Vorwürfen ausnahm und seine Anschuldigungen auf die USPD einschränkte<sup>264</sup>. Dieser unter seinen Freunden umstrittene Schritt<sup>265</sup> machte den ohnehin ab-

---

SER, S. 903f.

<sup>260</sup>I. PERMOOSER, S. 912 in Anlehnung an W. SELIG, S. 42.

<sup>261</sup>N.N., Dolchstoß-Prozeß, S. 201.

<sup>262</sup>EBD., S. 224.

<sup>263</sup>EBD., S. 283.

<sup>264</sup>EBD., S. 127.

surden Prozeß – Cossmann ging erneut davon aus, daß sich historische Sachverhalte vor Gericht klären ließen – gänzlich überflüssig, da weite Kreise der USPD die Cossmannsche These nicht nur nicht zurückwiesen, sondern sich damit brüsten, »den Dolchstoß geführt zu haben gegen den Krieg der Kapitalisten für den Sieg der sozialen Revolution«<sup>266</sup>.

Der Prozeß endete am 9.12.1925 mit einer Verurteilung Grubers zu einer nicht unerheblichen Geldstrafe. Der vor allem von sozialdemokratischer Seite vorgebrachte Vorwurf der Parteilichkeit des Münchner Richters<sup>267</sup> muß differenziert betrachtet werden. Wenn die Münchner Post Frank vorwarf, in den Prozessen Fechenbach-Cossmann und Cossmann-Gruber mit unterschiedlichem Maß gemessen habe, verschleiert sie einen nicht unwesentlichen Unterschied im jeweils verhandelten Tatbestand. Cossmann hatte 1922 behauptet, daß die Aktenveröffentlichungen Eisners eine Fälschung gewesen seien und daran seine Vermutung angeschlossen, daß diese Fälschungen von Eisners Sekretär Felix Fechenbach ausgeführt worden seien. Dies war sicher ein massiver Vorwurf, der sich im Prozeßverlauf – im Gegensatz zur Tatsache der Fälschung – nicht erhärten ließ. Die Münchner Post hatte den entsprechenden Veröffentlichungen in den Monatsheften ebenfalls Geschichtsfälschung vorgeworfen, darüber hinaus aber Cossmann persönlich diffamiert (›Frankfurter Judenbub‹, ›politischer Giftmischer mit jüdischer Blutmischung‹, etc.). So gesehen bestand ein wirklicher Unterschied der Tatbestände. Daß Amtsrichter Frank eher Sympathien für die Position Cossmanns hatte und diese Vorlieben auch Einfluß auf den Gang des Prozesses nahmen, muß deswegen nicht bestritten werden.

---

<sup>265</sup>Vgl. W. SELIG, S. 41.

<sup>266</sup>Zitiert nach I. PERMOOSER, S. 924.

<sup>267</sup>Vgl. die entsprechenden Ausführungen in der Münchner Post v. 10.12.1925, S. 3.

Gerlich, der in die Vorbereitung des Prozesses, der unter tatkräftiger Mithilfe Karl Alexander von Müllers über Cossmanns ›Monatsheft-Schiene‹ lief, erneut nicht einbezogen gewesen zu sein scheint, war – wie fast alle Freunde des Herausgebers der ›Süddeutschen Monatshefte<sup>268</sup> – über Cossmanns Prozeßführung empört. Nachdem Cossmann am 8. Verhandlungstag die MSP definitiv aus der Gruppe der Beschuldigten herausgenommen hatte – wodurch nur noch die USPD-Radikalen übrig blieben, die ohnehin bereitwillig zugaben ihre revolutionäre Tätigkeit auch in der Wehrmacht ausgeübt zu haben – und damit der Prozeß den Charakter des Überflüssigen angenommen hatte, machte Gerlich in einer vierteiligen Artikelserie gegen diesen Positionswechsel Cossmanns Front. Nach gewohnt langatmigen Vorreden kam er im letzten Artikel zu seinem Urteil: »Für die intellektuelle Urheberchaft des Dolchstoßes aber ist die Sachlage noch viel eindeutiger. Hier kann überhaupt kein Zweifel bestehen, daß als der intellektuelle Urheber der Marxismus, d.h. die Propaganda der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im letzten Jahrhundert anzusehen ist«<sup>269</sup>. Diese Feststellung, die wie die gesamte Rhetorik gegen Cossmann wohl mehr dem ungeschickten Verlauf des Prozesses galt, hinderte Gerlich nicht daran – wohl auf der Grundlage gemeinsamer Überlegungen mit Cossmann – dem Dolchstoß-Vorwurf in der weiteren Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nicht mehr zu erheben<sup>270</sup>.

Die Bewertung der Folgen des Prozesses ist in der Forschung umstritten. Daß die Dolchstoßlegende, die ja nicht von Cossmann erfunden wurde, und die mit ihr verbundenen Vorstellungen zu den diffusen geistigen Voraussetzungen des Aufstiegs der Nationalsozialisten gehört<sup>271</sup>, kann wohl kaum bestritten werden. Ob

---

<sup>268</sup>Vgl. K. A. v. MÜLLER, Wandel, S. 227.

<sup>269</sup>MNN Nr. 305 v. 4.11.1925, S. 2.

<sup>270</sup>E. v. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 40f.

<sup>271</sup>Vgl. hierzu etwa ULRICH HEINEMANN'S Studie über ›Die verdrängte Niederlage‹.

aber der Cossmannsche Prozeß, der ja eine starke Einschränkung der These bezüglich ihres Objektes und ihrer Monokausalität gezeitigt hatte, »der NSDAP ein Agitationsmittel ersten Ranges in die Hand«<sup>272</sup> gab, ist zumindest sehr fraglich. Friedrich Hiller von Gaertingen hat dargestellt, daß Hitlers Schlagwort von den ›Novemberverbrechern‹ in seinen verschiedenen Konnotationen erhebliche Unterschiede zum Dolchstoß-Vorwurf im Sinne Cossmanns aufweist<sup>273</sup>. Festzuhalten ist gleichwohl, daß der Herausgeber der ›Süddeutschen Monatshefte‹ mit den Dolchstoß-Heften und dem nachfolgenden Prozeß seiner Absicht, die Arbeiterklasse für die nationale Sache zu mobilisieren, einen Bärendienst erwiesen hat.

#### d) Die politischen Präferenzen der MNN 1924–1928

Die Erholung der Münchner Neuesten Nachrichten von der Hitlerkrise ging nur schleppend vonstatten, doch stellten sich die Verantwortlichen langsam auf den Boden der politischen Tatsachen. Dieser Vorgang wurde im Laufe des Jahres 1924 beschleunigt durch den zur Debatte stehenden Dawes-Plan. Hier machte sich nun der Einfluß der schwerindustriellen Hintermänner auf die Zeitung deutlich bemerkbar. Während dem außenpolitischen Redakteur Vollerthun, der bereits im Januar den an seinen politischen Anschauungen vorbeigehenden Wandel in der Haltung Gerlichs gegenüber der Reichsregierung zu spüren bekommen hatte<sup>274</sup>,

---

<sup>272</sup>I. PERMOOSER, S. 926.

<sup>273</sup>FR. HILLER VON GAERTINGEN, S. 141f.

<sup>274</sup>Ende Januar 1924 hatte Gerlich einen Artikel Vollerthuns über den neuen britischen Premierminister Macdonald redigiert und alle Angriffe auf Stresemann und die Politik der Reichsregierung gestrichen; Vollerthun an Tirpitz v. 1.2.1924; BA-MA NL Tirpitz 309 fol. 59. Vollerthun drohte Cossmann daraufhin mit seinem Ausscheiden aus der Zeitung, dieser stellte sich aber hinter Gerlich. Da auch Tirpitz kein Interesse daran haben konnte seinen Spitzel in der Redaktion der größten Tageszeitung Süddeutschlands zu verlieren, machte Vollerthun seine Drohung nicht wahr. Er konnte sich dabei als letzter Sachwalter der nationalen Sache in der Zeitung sehen: »Gehe ich, dann fällt dieses große Blatt hoffnungslos in seine alte demokratische Schleimpolitik zurück«; Ebd.

der Dawesplan eine »Vergrößerung von Versailles« war, mußte die Industrie das größte Interesse an der Stabilisierung der politischen und damit wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland haben. Entsprechend intensivierte Haniel seine Kontakte zur Redaktion und auch zu Gerlich und machte dem Chefredakteur in der heißen Phase vor der Reichstagssitzung am 29. August ungeniert klare Vorgaben. So heißt es in einem Telegramm vom 23.8.1924 »Erwarte, daß Sie bis zur entscheidenden Reichstagssitzung auch von dort aus alles tun um über das Chaos das bei Ablehnung Dawesgutachten über Deutschland unrettbar hereinbrechen würde nachdrücklichst aufklärend zu wirken«<sup>275</sup>. Für den deutschnationalen Vollerthun war der Gesinnungswandel des Chefredakteurs, der sicher nicht nur auf der Einwirkung Haniels beruhte, sondern eine normalisierende Wiederannäherung an die grundsätzlichen politischen Optionen Gerlichs bedeutete, schlicht Verrat an der nationalen Sache und Hinwendung zur »verfluchten Parlamentswirtschaft«. Als Gerlich das Blatt im Herbst 1924 vorsichtig auf einen Völkerbunds-freundlichen Kurs zu bringen versuchte, tobte Vollerthun, daß »auch unsere Zeitung, die einst in der Schuldfrage und der radikalen Ablehnung des Völkerbundes in seiner heutigen Gestalt als Anhängsel von Versailles führend war, auf der ganzen Linie kapitulierte«<sup>276</sup>. Er buchte die veränderte Haltung dabei ganz auf das Konto Gerlichs, »dieser charakterlose, intrigante, feige, verlogene Opportunist Stresemannscher Prägung«<sup>277</sup>. Man sollte aus den Kommentaren Vollerthuns aber nicht herauslesen, daß Gerlich sich in seinen außenpolitischen Einstellungen zu diesem Zeitpunkt bereits völlig gewandelt hatte. Noch im Mai 1925 erhob Gerlich bei einem Presseempfang Stresemanns in München Vorwürfe gegen die Außenpolitik

---

<sup>275</sup>Haniel an Gerlich v. 23.8.1924; NLG 34/116.

<sup>276</sup>Vollerthun an Tirpitz v. 18.9.1924; BA-MA NL Tirpitz 309 fol. 85.

<sup>277</sup>Vollerthun an Tirpitz v. 20.10.1924; Ebd., fol. 87. Tirpitz ermahnte seinen Statthalter erneut, die Stellung zu halten: »Was Ihre Klage über Ihren Kollegen betrifft, so mag dieselbe gewiß richtig sein, ich möchte aber doch Ihnen empfehlen, alles zu tun, um mit demselben auszukommen«; Tirpitz an Vollerthun v. 27.10.1924; Ebd., fol. 92.

des DVP-Politikers. Stresemann, der die Presse nur darum bat, den führenden Persönlichkeiten der Außenpolitik keine schlechten Absichten zu unterstellen und insofern staatstragend zu wirken, mußte sich von Gerlich sagen lassen, daß dieser die Aufgabe der Presse in der Aufrechterhaltung des »nationalen Gewissens des Volkes«<sup>278</sup> sehe, was nur eine freundliche Formulierung für den Wunsch des Chefredakteurs war, sich in außenpolitischen Fragen die »volle Agitationsfreiheit«<sup>279</sup> zu erhalten. Der Auftritt Gerlichs beim Presseball war nun ausnahmsweise einmal wieder nach dem Geschmack Vollerthuns<sup>280</sup>. Die durchaus schwankende Haltung der Zeitung in außenpolitischen Fragen äußerte sich auch in der Locarno-Frage noch einmal<sup>281</sup>, doch siegte auch hier letztlich die Stresemannfreundliche Fraktion des Blattes, zu der auch Gerlich gehörte<sup>282</sup>.

---

<sup>278</sup>STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 298.

<sup>279</sup>P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 282.

<sup>280</sup>Vollerthun an Tirpitz v. 11.5.1925; BA-MA NL Tirpitz 309 fol. 110.

<sup>281</sup>So setzte Vollerthun diesmal taktisch geschickter einen Artikel aus der Feder v. Tirpitz' ein (MNN Nr. 321 v. 13.11.1925), da er davon ausgehen konnte, daß Gerlich und Cossmann ihren alten Mitstreiter aus den Tagen der Vaterlandspartei die Aufnahme nicht verweigern würden. Auch Edgar Julius Jung durfte seine gegen die Außenpolitik Stresemanns gerichteten Ansichten im Blatt veröffentlichen (MNN Nr. 316 v. 15.11.1925). Den Versuch Vollerthuns, mit einem weiteren, ablehnenden Beitrag des Großadmirals den Schlußpunkt der Debatte in den MNN zu setzen, verhinderte der Redakteur Emanuel Müller, den Vollerthun bei anderer Gelegenheit als »unseren übelsten Demokraten« bezeichnete (Vollerthun an Tirpitz v. 13.11.1925; BA-MA NL Tirpitz 309 fol. 121).

<sup>282</sup>So hielt Stresemann in seinen Aufzeichnungen im März 1926 erfreut fest, daß Gerlich sich seiner Politik angenähert habe: »Bemerkenswert ist auch, daß die »Münchner Neusten Nachrichten« und vor allem ihr Chefredakteur Herr Dr. Fritz Gerlich – bisher schärfster Gegner meiner Außenpolitik – jetzt eine sehr starke Schwenkung vorgenommen haben«; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 441.

Das Auftreten Edgar Julius Jungs<sup>283</sup> als Autor in der Locarno-Debatte war die Folge des verstärkten Kontakts Gerlichs zu Kreisen der sog. ›Konservativen Revolution‹ seit Ende 1924. Bereits in der Phase der Übernahme der ›Münchener Neuesten Nachrichten‹ durch die Schwerindustrie war der aus dem Montagstisch hervorgegangene Juniklub<sup>284</sup> Moeller van den Brucks von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen. Cossmann verkehrte dort<sup>285</sup> und unterhielt eine enge Freundschaft mit Martin Spahn<sup>286</sup>, der einer der Granden der Motzstraße<sup>287</sup> war. Die Beziehungen zwischen Berlin und München waren so eng, daß 1921 auch in München ein Juni-Klub gegründet wurde, der aber aufgrund einiger grotesker Aktionen der ›Berliner‹ in Bayern nie richtig Fuß fassen konnte und sich 1923 wieder auflöste<sup>288</sup>. Neben dem von Stadtler herausgegebenen ›Gewissen‹ war Rudolf Pechels ›Deutsche Rundschau‹, deren Redaktionsräume ebenfalls in der Motzstraße untergebracht waren, das zentrale Presseorgan der jungkonservativen Bewegung. Einer der Schwerpunkte der publizistischen Tätigkeit Pechels war die

---

<sup>283</sup>Zu Jung vgl. die Arbeiten von E. FORSCHBACH und K. M. GRASS, sowie A. Mohler, S. 412.

<sup>284</sup>Zur Geschichte der Entstehung des Juniklubs – der Name ging auf das Datum der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zurück – vor allem: H. J. SCHWIERSKOTT, S. 96ff. und V. MAUERSBERGER, S. 35ff., dort auch weiterführende Literaturangaben.

<sup>285</sup>Vgl. Mann an Cossmann v. 6.1.1921, BayHStA V, NL Cossmann 7.

<sup>286</sup>Zur Tätigkeit Martin Spahns in der jungkonservativen Bewegung vgl. G. CLEMENS, S. 145ff. Leider finden sich hier aber kaum Informationen über die Kontakte Spahns zu Cossmann und seine Verwicklung in die publizistischen Geschäfte von Hugenberg, Stinnes, Vögler, usw.

<sup>287</sup>Der Juniklub sowie verschiedene andere Organisationen der ›Konservativen Revolution‹ residierten in der Motzstraße 22 in Berlin.

<sup>288</sup>V. MAUERSBERGER, S. 40f.



Werbung für das Grenz- und Auslandsdeutschtum<sup>289</sup> und in diesem Zusammenhang erfolgte auch die Kontaktaufnahme Pechels mit Gerlich, der in regelmäßigen Abständen die Berliner Redaktion der Münchner Neuesten aufsuchte. Sowohl Pechel als auch seinem Freund Edgar Julius Jung ging es bei dem Kontakt vor allem um die Möglichkeiten, die der Chefredakteur der größten Zeitung Süddeutschlands nun einmal hatte, oder die man ihm unterstellte. Pechel versuchte über Gerlich Geld für seine ständig notleidende Zeitschrift zu erhalten<sup>290</sup>. Edgar Julius Jung gelang es, eine stabile Verbindung zu den Münchner Neuesten Nachrichten aufzubauen, die ihm seit Anfang 1924 regelmäßig ihre Spalten öffnete<sup>291</sup>. Die Zusammenarbeit Gerlichs mit den Jungkonservativen beschränkte sich neben der Propaganda für das Deutschtum im Ausland<sup>292</sup> auf die Gründung der Deutschen Akademie in München<sup>293</sup>. Gerlich stand aufgrund seiner prinzipiell sicher als konservativ zu bezeichnenden politischen Grundhaltung den Zielen der Jungkonservativen nicht fern<sup>294</sup>. Auch bestanden gewisse Sympathien für den Gedan-

---

<sup>289</sup>Der Arbeitsgemeinschaft für das Grenz- und Auslandsdeutschtum gehörten allein in München neben Paul Nikolaus Cossmann auch Prof. Muth und Dr. Sierp von den ›Stimmen der Zeit‹ an, sowie Prof. Haushofer (Zeitschrift für Geopolitik) und Dr. Sinsheimer als Vertreter des ›Simplicissimus‹; vgl. Pechel an Cossmann v. 27.11.1924; BA Koblenz, Nachlaß Pechel Nr. 131.

<sup>290</sup>Vgl. Pechel an Gerlich v. 18.4.1925 und Pechel an Gerlich v. 8.10.1925, BA Koblenz NL Pechel 1.

<sup>291</sup>Der erste größere Einsatz Jungs in den MNN fand anlässlich der Reichspräsidentenwahlen 1925 statt; vgl. P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 277f.

<sup>292</sup>Gerlich war, wie fast die gesamte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prominenz Münchens, Mitglied der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft, die sich für den freien Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich einsetzte; vgl. eine Mitgliederliste der Arbeitsgemeinschaft im NL Jung, D 130.

<sup>293</sup>Vgl. Pechel an Gerlich v. 29.4.1925, 15.6.1925, 17.6.1925 und 7.11.1925; BA Koblenz NL Pechel 1.

<sup>294</sup>Der nationale Erneuerungsgedanke wäre hier als Beispiel zu nennen, ebenso gewisse

ken einer Sammlung des ›Deutschtums‹ über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus<sup>295</sup>. Letztlich blieben die Kontakte Gerlichs zu den Jungkonservativen aber doch auf Gelegenheitsallianzen beschränkt. Diese Beschränkung dürfte durch die recht instrumentelle Gestaltung der Beziehungen, gerade durch Edgar Julius Jung<sup>296</sup> und Rudolf Pechel, noch befördert worden sein.

e) Das bayerische Konkordat

Ende 1924 wurde in Bayern über die Ratifizierung des Konkordats mit dem Hl. Stuhl diskutiert. Der Vertrag des Freistaates mit der Katholischen Kirche war am 29.3.1924, also noch unter dem Ministerpräsidenten Knilling, unterzeichnet worden, bedurfte aber noch der parlamentarischen Anerkennung. Für den neuen Ministerpräsidenten Held war die Frage der Kirchenverträge von eminenter Wichtigkeit. Bedeutete ein völkerrechtlich bindender Vertrag mit dem Vatikan doch eine Anerkennung der staatlichen Eigenständigkeit Bayerns, was dem Selbstverständ-

---

sozialpolitische Forderungen. Gerade zu Jung gab es aber auch fast unüberbrückbare Unterschiede. Wenn K. M. GRASS festhält: »Jung war kein Demokrat und wünschte auch nicht die Erhaltung der Demokratie« (S. 25), so markiert er damit einen Punkt, an dem Gerlich zu Kompromissen nie bereit war. Auch die Bewertung des italienischen Faschismus findet beide in ganz unterschiedlichen Lagern. Die Bemerkung GRASS', daß der Kontakt nur durch »Gerlichs persönlichen Lebensstil« behindert worden sei (Anmerkungen, S. 4), trifft die Sachverhalte nicht vollständig.

<sup>295</sup>Vgl. Gerlichs Artikel ›Was ist wirklich national? Großdeutschland – das Zukunftsziel‹ in den MNN v. 31.5.1925: »National ist jede Handlung – sei sie geistiger oder materieller Art –, die geeignet ist, den Willen aller Deutschen zur großdeutschen Gemeinschaft zu beleben und zu stärken. National ist also alles, was geeignet ist, die Überzeugung eines jeden Deutschen von seinem Recht auf freie Selbstbestimmung und amit Vereinigung zu einem einigen großdeutschen, sich selbst regierenden Reiche zu kräftigen«.

<sup>296</sup>Jung schreckte nicht davor zurück, auf Gerlich Druck auszuüben, weil er die zahlreichen Prozesse der Münchner Neuesten Nachrichten, so auch den Dolchstoßprozeß, gerne über seine Anwaltskanzlei in München abgewickelt gesehen hätte; vgl. Pechel an Jung v. 18.12.1925, BA Koblenz, NL Pechel 76.

nis des Freistaates als »Hort föderalistischer Bestrebungen in der Weimarer Republik«<sup>297</sup> sehr entgegenkam. Der Parlamentsabstimmung ging eine eingehende journalistische Auseinandersetzung über die Verträge voraus, in der den ›Münchener Neuesten‹ als der größten Zeitung am Ort eine nicht unerhebliche Bedeutung zukam. Da der von den Deutschnationalen dominierten München-Augsburger Abendzeitung aufgrund der Regierungsbeteiligung der Partei gewisse Fesseln auferlegt waren, versuchte deren Herausgeber, der militant antikatholische Pfarrer Gottfried Traub<sup>298</sup>, Gerlich für eine Ablehnung zu gewinnen, was um so prekärer war, als Traub damit auch die Bemühungen der Evangelischen Kirche um einen parallel abzuschließenden Kirchenvertrag unterließ<sup>299</sup>. Gerlich lehnte das Ansinnen Traubs ab und entwarf gemeinsam mit Erwein von Aretin einen Artikel, der

---

<sup>297</sup>SPINDLER IV/1, S. 494.

<sup>298</sup>Traub war von einem fanatischen Anti-Katholizismus geradezu besessen. Ein bezeichnendes Licht auf diese fixe Idee wirft ein Brief, den er im Oktober 1922 an Tirpitz richtete, der zu dieser Zeit an einem Buch über die ›Auseinandersetzung zwischen Papsttum und Kaisertum‹ arbeitete: »Es hat mich in letzter Zeit die Frage ›Deutschtum und Christentum‹ aufs lebhafteste beschäftigt. Der große Fehler unserer Erziehung liegt in zweierlei: erstens darin, daß uns die alte deutsche Frömmigkeit und Religion infolge unserer klassischen Erziehung vollständig unbekannt ist. Man kann heute Dutzende von berühmten Professoren nach den Elementen des germanischen Glaubenslebens fragen und sie werden achselzuckend vorbeigehen. Zweitens noch weniger bekannt und in seiner Tragweite erfaßt ist die Tatsache, daß das älteste deutsche Christentum arianisch, also ketzerisch und nicht römisch-katholisch war und dass die große Sachsenbekehrung mit einer unerhörten Brutalität durchgeführt wurde. Beides hat in der deutschen Volksseele einen Stachel gegen die allgemein-katholische Religion hinterlassen, was in dem tiefer wurzelnden sog. ›Aberglauben‹ unseres Volkes zum Ausdruck kommt, der doch nichts anderes ist, als ein zähes Festhalten an den überlieferten Glaubensfeststellungen«. Es ist bezeichnend und rundet das Bild ab, daß derselbe Brief folgende Charakterisierung Hitlers enthält: »Auch der Führer der Nationalsozialen [sic!] Hitler ist ein viel diplomatischerer Kopf geworden. Er ist wirklich ein Führer, und wenn in Deutschland etwas wie Faschisten aufkommen würden, wäre er der geeignete Mann dazu«; Traub an Tirpitz, 21.10.22, NL Tirpitz, BAM N1253/250 fol. 110.

<sup>299</sup>Zum Vorgang P. HOSER, Münchner Tagespresse, S. 514f.

die Annahme des Konkordates empfahl<sup>300</sup>. Aretin war über die zustimmende Haltung Gerlichs in der Frage des Konkordates sehr erstaunt<sup>301</sup>, doch paßte diese vorzüglich zu Gerlichs Ablehnung der traditionellen liberal-antiklerikalen Tendenz der MNN. Diese hatte ihren Ursprung in den Gründergestalten Julius Knorr und August Napoleon Vecchioni, die nicht nur aktive Mitglieder der Fortschrittspartei waren – Knorr vertrat die Partei von 1869 bis 1871 im Bayerischen Landtag –, sondern eine »linksradikale, speziell gegen Monarchie und Klerus gerichtete Anschauung«<sup>302</sup> vertraten, eine Tendenz, die sich auch unter der Leitung von Georg Hirth fortsetzte. Einblick in die Haltung Gerlichs – und auch Cossmanns – zu diesem Aspekt der Tradition der MNN gibt eine Stellungnahme, die Gerlich Mitte 1923 zu einer Denkschrift der Verlagsdirektion abgab, in der Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung des Blattes geübt worden war: »Hier muss ich für meine Person erklären, daß die traditionelle Kulturpolitik der M.N.N. besonders unter dem in der Denkschrift so gefeierten Dr. Georg Hirth im Wesentlichen sich von einer Verletzung der religiösen Gefühle der Mitbürger, zugrunde eines aufklärerischen Liberalismus, nicht freimachen konnte. Ich darf bemerken, daß bei der einleitenden Besprechung Herr Professor Cossmann und ich uns einig waren, daß gerade dieser Teil der traditionellen Kulturpolitik der M.N.N. sofort bei der Übernahme des Blattes rücksichtslos ausgemerzt werden müsse. Und ich darf mit Stolz bemerken, daß mein bewußtes Hinführen der Leser zu den Werten einer geraden positiven Weltanschauung den M.N.N. heute in München eine Stellung verschafft hat, wie sie sie in dem katholischen Leserkreise dieser Stadt, das ist also die überwältigende Majorität, früher nie besessen hat. Und ich habe die dankbarsten Äußerungen gerade von führenden Männer der Seelsorge übermittelt bekommen, wie außerordentlich segensreich Staat-, Kultur- und Sittlichkeit-fördernd diese

---

<sup>300</sup>MNN Nr. 340 v. 13.12.1924.

<sup>301</sup>E. v. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 41.

<sup>302</sup>A. Köhler, Die Politik der MNN, S. 27.

von mir in München agorierte [sic!] Politik gewirkt hat. Ich nehme daher gar keinen Anstand zu erklären, daß ich in gar keiner Weise gewillt bin, meinen Namen für die Rückkehr zu der traditionellen Kulturpolitik der M.N.N. herzugeben. Ich bin Christ und meine Weltanschauung und mein Verantwortungsgefühl vor Gott verbieten mir, in irgend einer Weise in dieser von mir hier eingeschlagenen Richtung mich durch irgend etwas wankend machen zu lassen«<sup>303</sup>.

Die Aufgeschlossenheit für christliche Positionen war seit Anbeginn der politischen und publizistischen Tätigkeit Gerlichs ein fester Bestandteil seiner Überzeugungen. Handelte es sich zunächst um eine mehr moralistische Hochschätzung der christlichen Grundwerte, so machte diese Haltung offensichtlich allmählich einer wirklichen Gläubigkeit Platz, anders formuliert: neben den mehr abstrakt gedachten Weltenschöpfer trat mit der Zeit auch der Christus des Bekenntnisses. Ein bewegendes Beispiel dieser Entwicklung kann einer Rezension entnommen werden, die Gerlich im September 1924, also ebenfalls noch vor der Auseinandersetzung um das Konkordat, über Spenglers Rechtsphilosophie verfaßt hatte. Der Aufsatz endet mit den Worten: »Die Frage vor der wir heute stehen, ist die nach der Neugestaltung aus dem Seinsollenden. Und in dieser Frage steht Spengler in seinem großen geschichtsphilosophischen Werke wie in seinen Broschüren zur Zeitgeschichte auf der Seite der Materialisten, d.h. auf der Seite derer, von denen Christus einmal sagte: Lasset die Toten ihre Toten begraben.«<sup>304</sup>. Vor dem Hin-

---

<sup>303</sup>Gerlich an Seitz, 7.5.1923; NLG 33/65.

<sup>304</sup>»Über Spenglers Rechts-Philosophie«; Anlage zu einem Brief Gerlichs an Cossmann, 18.9.1924; NLG 34/93. Auch seine ablehnende Haltung gegenüber dem italienischen Faschismus begründete Gerlich auf dieser religiösen Ebene. In einem Artikel »Faschismus: Dauer- oder Durchgangsstation? Das neue Heidentum« schreibt er: »[...] stellt die Entwicklung der Neuzeit so dar, als ob eine Einheit im Ziele zwischen Liberalismus, Demokratie und Sozialismus bestände und als ob die große Gegenbewegung durch die Idee des Fascismus dargestellt werde, der, wenn überhaupt ein historischer Zusammenhang nachweisbar sei, die Idee des alten Rom aufnehme. Es ist in der Tat eine rein heidnische Idee, die seit dem Erscheinen Christi als Kulturidee nicht mehr möglich sein sollte«; MNN Nr. 143 v. 27.5.1927.

tergrund solcher Aussagen wird deutlich, wie sehr Interpretationen in die Irre führen, die Gerlich bis zu seinem Bekehrungserlebnis in Konnersreuth »völlige religiöse Indifferenz« attestieren<sup>305</sup>.

Der Einsatz für das Zustandekommen des Konkordates brachte Gerlich nicht nur den Dank des Landessekretariates der Diözesanpriestervereine Bayerns ein, das seinen Dank nicht auf die Konkordatsfrage beschränkte, sondern explizit die ganze »jetzige Richtung dieser großen Tageszeitung« lobte: »Es verrät diese Einstellung großes psychologisches Verständnis, was umso höher anzuschlagen ist, als der Hauptschriftleiter [...] kein Bayer und kein Katholik ist«<sup>306</sup>. Auch der päpstliche Nuntius und spätere Papst Eugenio Pacelli ließ über Baron von Aretin seine »sehr lebendige Dankbarkeit« gegen die Haltung der Zeitung in der Konkordatsfrage übermitteln und gab seiner Hoffnung Ausdruck auch in der Frage des Reichskonkordates auf die Unterstützung des Blattes hoffen zu können<sup>307</sup>.

#### f) Der Abschied von der Zeitung

Die Tätigkeit Gerlichs bei den Münchner Neuesten Nachrichten war über weite Strecken eine kämpferische gewesen. Dies galt in besonderer Weise für die Zeit bis zum Hitlerputsch, auf einigen Gebieten auch noch darüber hinaus. 1926 war das erste Jahr ohne wirklich große Auseinandersetzungen politischer Art gewesen, was für die Stabilisierung der Verhältnisse in Bayern und im Reich sprach. Gerlich hatte die Redaktion über die lange Zeit der politischen Auseinandersetzungen hin im Stile einer Kampforganisation geführt, welche Amtsführung für Friedenszeiten verständlicherweise untauglich sein mußte. Ein Brief an Cossmann aus dem Januar 1927 gibt Einblick in die Seelenlage Gerlichs, der sich mit dem Vorwurf

---

<sup>305</sup>So KARL OTMAR V. ARETIN, Prophetien wider das Dritte Reich, S. 338. Ähnlich auch Franz Herre, Die Straße, welche die gerade heißt, S. 339.

<sup>306</sup>Landessekretariat der Diözesanpriestervereine Bayerns an von Aretin v. 4.9.1926; NLG 36/234.

<sup>307</sup>Aretin an Gerlich v. 11.8.1926; NLG 36/236.

seines Vorgesetzten – denn das war Cossmann bei aller vertraglich geregelten Unabhängigkeit letztlich doch – auseinanderzusetzen hatte, die Zeitung wie ein Solist zu führen, der gelegentlich auch dirigiere. Hinter dieser Formulierung stand die Ansicht Cossmanns, daß Gerlich sich nun mehr der ruhigen Verwaltungsarbeit innerhalb des Blattes zu widmen habe. Der Hauptschriftleiter lehnte das von Cossmann gewählte Bild ab und beschrieb seine bisherige Rolle mit der eines Stoßtrupps, der jeweils an der bedrohtesten Stelle der Zeitung eingesetzt worden sei. Dabei habe er von dem geistigen Kapital gelebt, das er mitgebracht habe, ohne dieses wesentlich vermehren zu können. Nun sei es also an der Zeit, sich in »viele Probleme wirtschaftlicher, kultureller und anderer Art, die jetzt stärker in den Vordergrund treten, wieder einzuarbeiten«<sup>308</sup>. Aufgrund seiner eigentlich unjournalistischen Arbeitsweise, die es ihm nicht erlaube, sich über Probleme schnell ein Urteil zu bilden, sondern sich vielmehr zunächst in sie »hineinzuverbeissen«, könne er seine Position nur beibehalten, wenn ihm administrative und tagespolitische Aufgaben abgenommen würden<sup>309</sup>. Nur die auf einer solchen Befreiung von Nebensächlichkeiten beruhende Vertiefung seines Kenntnisstandes könne zu einer Überwindung des unbefriedigenden Zustandes führen, daß »wir in einer Fülle der Probleme referieren, aber nicht selbst tonangebend sind«. Gerlich konnte sich mit seinen Vorstellungen zwar nicht durchsetzen, doch war seine Stellung zumindest noch so stark, daß er zum Beispiel in Personalfragen nicht übergangen wurde, wie dies bei einer durch das Ausscheiden des bisherigen Chef vom Dienst im Februar 1927 notwendigen Neuverteilung einiger Ressorts sichtbar wurde<sup>310</sup>.

---

<sup>308</sup>Gerlich an Cossmann v. 5.1.1927; NLG 36/305.

<sup>309</sup>Bereits im Oktober 1926 hatte Gerlich die Anstellung eines Privatsekretärs gefordert; Gerlich an Cossmann v. 29.10.1926; NLG 36/298.

<sup>310</sup>Es ist interessant, daß Gerlich sich in dieser Angelegenheit vehement gegen einen Aufstieg Erwein von Aretins in die Stellung eines Schriftleiters für das Ressort Bayern wehrte. Der Chefredakteur verübelte Aretin vor allem, daß dieser sich weiterhin im royalistischen Heimat- und Königsbund engagierte und argumentierte, daß die Zeitung im Falle einer Entscheidung für Aretin »in Deutschland, in Österreich – aber auch

Trotz dieser scheinbar noch halbwegs intakten Position innerhalb der Zeitung befand Gerlich sich im Frühjahr 1927 in einer massiven Krise, die sich vor allem im persönlichen Bereich zeigte. Seine Ehe stand kurz vor dem Ende<sup>311</sup> und die Neigung zu übermäßigem Alkoholkonsum steigerte sich erheblich<sup>312</sup>. Im Mai 1927 führten diese Probleme zu einem völligen Zusammenbruch Gerlichs<sup>313</sup>, der daraufhin für einige Wochen eine Kur in einer Nervenheilanstalt antreten muß-

---

sonst – für die politischen Kreise einflußlos« würde. Vgl. Gerlich an Cossmann v. 28.2.1927; NLG 38/450. Aretin hat diesen grundsätzlichen Dissens mit Gerlich in seiner Biographie verständlicherweise verschwiegen, worauf Karl Otmar von Aretin bereits hingewiesen hat, vgl. E. V. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 155. Erwein von Aretin wurde erst nach dem Ausscheiden Gerlichs mit dem Ressort ›Bayern‹ betraut – in dieser Frage irrt P. HOSER (Münchner Tagespresse, S. 1069), wenn er angibt, Aretin habe dieser Stellung bereits seit dem 1.1.1926 innegehabt. Die kritische Haltung zum Bayerischen Heimat- und Königsbund hielt Gerlich auch noch in seiner Zeit als Herausgeber des ›Geraden Weg‹ aufrecht. So wirft er ihm und dem katholischen Adel im Juni 1932 vor, durch seine Forderung nach der Wiederherstellung der Monarchie einen Spaltpilz in der ›Einheitsfront für die Menschenrechte‹, die aus der Verbindung von Katholizismus und Arbeiterschaft bestehe, darzustellen. ›Gerader Weg‹ Nr. 26 v. 26.6.1932, S. 6.

<sup>311</sup>Gerlich ist Anfang 1927 aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen und hat diesen Zustand erst im Laufe des Jahres 1929 – wohl auf Drängen Therese Neumanns und der Konnersreuther Freunde – wieder beendet; Aussage Johannes Steiners gegenüber dem Verfasser.

<sup>312</sup>Ende März wurde Gerlichs Alkoholismus sogar bei der Polizei aktenkundig, nachdem er in betrunkenem Zustand Streit mit einem Kraftdroschkenfahrer bekam und anschließend auf der Polizeistation ausfällig wurde; Vgl. die Unterlagen zu diesem Vorfall bei der Personalakte Gerlichs im Staatsarchiv München PD 10056.

<sup>313</sup>Der Nervenzusammenbruch Gerlichs scheint sich in dramatischer Weise vollzogen zu haben. So schreibt Cossmann in einem Brief an Gerlich vom 14.5.1927: »Die heutigen Vorgänge, die Stadtgespräch sind und wohl auch in die Presse kommen werden, nötigen mich Sie zu bitten, bis zur Erledigung Ihrer persönlichen Angelegenheiten in Urlaub zu gehen. Sie würden sonst in gleicher Weise das Blatt und sich selbst schädigen, das freundschaftliche Verständnis, das ich für Ihren Zustand habe kann von der Öffentlichkeit nicht erwartet werden. Ich werde alles tun, um nach aussen und innen die Zwischenzeit bis zum hoffentlich bald kommenden Beginn eines neuen erfolgreichen Lebens und Wirkens zu überbrücken«; Cossmann an Gerlich v. 14.5.1927; NLG 38/451.



te<sup>314</sup>. Erst Anfang Juli nahm Gerlich seine Tätigkeit in der Schriftleitung wieder auf. Seine Position war nun natürlich erheblich geschwächt, es hatte in seiner Abwesenheit nicht an Intrigen gegen ihn gefehlt, denen Cossmann, bei aller zur Schau getragenen Solidarität, zumindest teilweise aufgeschlossen gegenüber stand<sup>315</sup>. Die Versuche Gerlichs, seine Stellung in der Zeitung zurückzugewinnen, scheinen nicht erfolgreich verlaufen zu sein. Offensichtlich war man der Meinung, daß er, nachdem die Schlachten geschlagen waren, nun nicht mehr der richtige Mann sei. Negativ dürfte sich darüber hinaus ausgewirkt haben, daß er sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Zeitungsbetriebs gegenüber wenig zugänglich zeigte, und auf der Verpflichtung zur programmatischen Gestaltung des Blattes bestand. Der Forderung Cossmanns, auch das Unterhaltungsbedürfnis der Leser zu befriedigen, stand er ablehnend gegenüber, »da mir die Stellung des Blattes in den religiös gesinnten Familien sämtlicher Konfessionen sowohl vom Redaktionellen wie vom Geschäftlichen aus, sehr viel wichtiger scheint als der Wunsch jener Menschen, die sich mit Zuschriften an die Zeitung wenden, weil sie irgendwie gelangweilt sind, und nun ihr Amüsement aus der Zeitung wünschen«<sup>316</sup>.

Um die Jahreswende 1927/28, Gerlich war mittlerweile in Konnersreuth gewesen und von der Übernatürlichkeit der dort sich zeigenden Phänomene überzeugt, wurde die Lage zunehmend unerträglich. Die Reibereien mit der Geschäftleitung des Hauses, vor allem mit dem Verlagsleiter Dr. Otto Pflaum, nahmen zu<sup>317</sup>. Am 15. Februar, Gerlichs 45. Geburtstag, eskalierte der Streit mit Pflaum. Es kam zu

---

<sup>314</sup>Die von Adolf Wagner herausgegebene ›Deutsche Wacht‹ spricht 1932 von einem »längeren Aufenthalt in einer Nervenheilanstalt«; ›Deutsche Wacht‹ vom 16.4.32 nach einem Zeitungsausschnitt in der Personalakte Gerlichs, BayHStA GDP 85.

<sup>315</sup>Vgl. Cossmann an Gerlich v. 13.6.1927; NLG 38/452.

<sup>316</sup>Gerlich an Cossmann v. 23.8.1927; NLG 36/354.

<sup>317</sup>Vgl. Gerlich an Pflaum v. 19.12.1927, NLG 36/374 und Gerlich an Pflaum v. 18.1.1928, NLG 37/439.

einem lautstarken, von bösen Worten und zerbrochenem Glas begleiteten Auftritt in den Redaktionsräumen der Zeitung<sup>318</sup> und dem anschließenden Rücktritt Gerlichs von seinem Posten als Chefredakteur<sup>319</sup>.

Über die konkreten Gründe für Gerlichs Ausscheiden kann aufgrund der Aktenlage nur spekuliert werden. Den Entfremdungsprozess zwischen Gerlich und den führenden Personen haben wir schon beschrieben. Eine Beleidigungsklage, die Gerlich sich durch einen, von Cossmann initiierten, Angriff auf einen Mitarbeiter des Kultusministeriums eingehandelt hatte, scheidet als Ursache aus<sup>320</sup>. Wahr-

---

<sup>318</sup>Vgl. E. v. ARETIN, Gerlich<sup>2</sup>, S. 60f., der sich rührend bemüht, die Tatsache zu erklären, daß Gerlich auch in diesem Fall alkoholisiert war, ohne die ihm ja bekannten Vorgänge des Vorjahres zu erwähnen. Den Realitäten wahrscheinlich am nächsten ist der Bericht von Arthur Hübscher, der deshalb trotz des darin enthaltenen Kraftausdrucks hier wiedergegeben sei: »Nach einer heftigen telefonischen Auseinandersetzung versuchte er, der ruhigen Verkehrsart ebenso vergessend wie des eigenen Bildungsstandes, unter wüsten Beschimpfungen in das Arbeitszimmer des Verlagsleiters Pflaum einzudringen, warf, da er die Tür verschlossen fand, ein gefülltes Bierglas durch das gläserne Überlicht und scheuchte den begütigend herbeieilenden alten Verlagsdirektor Friedrich Trefz grob zurück: ›Verroll Dich, Du um Dich selbst rotierendes Arschloch«; A. HÜBSCHER, S. 97.

<sup>319</sup>Die Trennung der beiden Parteien vollzog sich dabei keineswegs so schnell und glatt, wie Aretin dies in seiner Biographie behauptet. Gerlich versöhnte sich mit Pflaum, Trefz und Cossmann und blieb in einem losen Mitarbeiterverhältnis, bis es am 14. Juni zum endgültigen Abbruch jeglichen Verkehrs von Seiten der Zeitung kam. Die Gründe für diesen Schritt lagen auch für Gerlich im Dunkeln. Vgl. Trefz an Gerlich v. 14.6.1928, Aretin an Gerlich v. 15.6.1928, Büchner an Gerlich v. 19.6.1928, NLG 37/432 und Gerlich an Faulhaber v. 26.6.1928, NLG 37/434.

<sup>320</sup>PAUL HOSER (Münchner Tagespresse, S. 526 und in ähnlichem Sinne in seiner Zusammenfassung S. 1051) vermutet, daß der eigentliche Hintergrund die Auseinandersetzung in der Daxenberger-Sache gewesen sei und schließt auch eine Einflußnahme von Seiten der bayerischen Regierung nicht aus, die auf gute Verbindungen zur wichtigsten Zeitung in München nicht verzichten wollte. Diese Argumentation krankt an der Tatsache, daß es in der Daxenberger-Sache noch vor dem endgültigen Bruch mit der Zeitung zu einem Vergleich kam (Text des Vergleiches NLG 37/414. Alle Beteiligten der Zeitung gaben während des Verfahrens eidesstattliche Erklärungen ab, daß das Ausscheiden Gerlichs aus der Zeitung mit der Beleidigungssache nichts zu tun hatte, NLG 37/421–427). Auch war das Verhältnis Gerlichs zu Held durch die Beleidigungssache offensichtlich nicht getrübt. Held setzte sich in der Folgezeit für Gerlichs

scheinlich hatte sich Gerlich in dem Geflecht der verschiedensten Beziehungen, die zwischen Konnersreuth und ihm, Konnersreuth und Aretin, sowie Konnersreuth und Cossmann bestanden, verfangen. Die zu diesem Zeitpunkt allseits gepflegte Vorgehensweise, sich von Therese Neumann im ekstatischen Zustand Auskünfte auch über die Beweggründe des Handels anderer Personen einzuholen, lud zu intriganten Spielen geradezu ein. Festzustellen bleibt, daß das Verhältnis Gerlichs zu Cossmann dauerhaft gestört blieb<sup>321</sup>.

Gerlich war durch die großzügigen Vertragsbedingungen<sup>322</sup>, die ihm einen Betrag in Höhe von zwei Jahresgehältern, also 48.000 Goldmark, für den Fall seines Ausscheidens zusicherten, finanziell zunächst abgesichert. Auf eine feste Anstellung konnte und wollte er trotzdem nicht verzichten. So stellte er am 26.6.1928 einen Antrag auf Rückkehr in den Staatsdienst<sup>323</sup>. Die letzte Verlängerungsfrist für seine Beurlaubung war zwar am 1.7.1927 ausgelaufen, doch wurde ihm die Wiedereinstellung auf Vermittlung des bayerischen Ministerpräsidenten für den 1.8.1929 gewährt. Am 22.10.1929 wurde er zum Staatsoberarchivar<sup>324</sup>, am 1.3.1930 zum Staatsarchivrat 1. Klasse mit einer jährlichen Besoldung von 6.500 Reichsmark befördert<sup>325</sup>. Die Zeit bis zu seinem Wiedereintritt in den Archiv-

---

Wiederaufnahme in den Archivdienst ein.

<sup>321</sup>Im Januar 1930 kam es noch einmal zu einem Prozess, in dem die Einflußnahme Cossmanns auf die Redaktionen der Zeitung thematisiert wurde. Gerlich versuchte sich auf Anraten Therese Neumanns (Gerlich an Naber v. 20.1.1930, NLG 7/3039) in der Sache neutral zu verhalten. Vor allem Aretin scheint in der Angelegenheit gegen Cossmann intrigiert zu haben, wie aus seinen keineswegs philosemitischen Äußerungen gegenüber Gerlich hervorgeht; NLG 40/530.

<sup>322</sup>Vgl. den letzten gültigen Arbeitsvertrag zwischen Gerlich und der Knorr & Hirth GmbH v. 8.10.1924, NLG 34/127.

<sup>323</sup>Antrag Gerlichs v. 26.6.1928, BayHStA MK 36252.

<sup>324</sup>Verleihungsurkunde v. 22.10.1929, BayHStA GDP 85.

<sup>325</sup>Ernennungsurkunde v. 1.3.1930; BayHStA MK 36252.

dienst nutzte Gerlich zur Erarbeitung einer zweibändigen Studie über Therese Neumann.